



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Ägyptische, afghanische und serbische Diasporagemeinden in Deutschland und ihre Beiträge zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer

Tatjana Baraulina, Michael Bommers, Tanja El-Cherkeh,
Heike Daume, Florin Vadean

HWWI Research

Paper 3-5
des

HWWI-Kompetenzbereiches

Migration – Migration Research Group

Die Studie wurde vom Sektorvorhaben Wirtschaft und Beschäftigung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Auftrag gegeben.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Migration – Migration Research Group (MRG)
Neuer Jungfernstieg 21 | 20354 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 50 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 76
el-cherkeh@hwwi.org

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)
Universität Osnabrück
Neuer Graben 19/21 | 49069 Osnabrück
Tel +49 (0)541 969 4384 | Fax +49 (0)541 969 4380
imis@uni-osnabrueck.de

HWWI Research Paper
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Neuer Jungfernstieg 21 | 20354 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 76
info@hwwi.org | www.hwwi.org
ISSN 1861-504X

Redaktion:
Thomas Straubhaar (Vorsitz)
Tanja El-Cherkeh

© Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | Januar 2007
Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung des Werkes oder seiner Teile ist ohne Zustimmung des HWWI nicht gestattet. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Vorwort

Die Initiative für die vorliegende Studie ging von einer im Mai 2004 veranstalteten GTZ-Konferenz zum Thema „Kooperation mit der Diaspora“ aus. Die Beiträge auf dieser internationalen Tagung zeigten deutlich, welche große Bedeutung die vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten von Diasporagemeinden für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer sowie darüber hinaus für den Brückenschlag zwischen unterschiedlichen Gesellschaften haben. Eine wichtige Empfehlung der Konferenz war daher, diese positiven Wirkungen zu fördern und gezielter zu nutzen, um im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit gemeinsame Projekte zu formulieren und umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund hat die GTZ Ende 2005 eine umfangreiche Studie zur Erforschung und Bewertung von Aktivitäten dreier ausgewählter Diasporagemeinden – der ägyptischen, der afghanischen und der serbischen Diaspora – in Auftrag gegeben. Dafür konnte das Institut für Migration und Interkulturelle Studien (IMIS) in Osnabrück sowie zum anderen die Migration Research Group des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA) sowie des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) gewonnen werden. Ausgangspunkt der Untersuchungen waren die jeweils unterschiedlichen Wanderungsbewegungen sowie bestehenden Organisationsformen der Diaspora in Deutschland. Darauf aufbauend stellte sich die zentrale Frage, welche Entwicklungsbeiträge die jeweiligen Gemeinschaften bereits leisten und was unternommen werden kann, um diese nützlichen Aktivitäten besser mit denen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zu verbinden und mithin das Potenzial von Diasporagemeinschaften besser auszuschöpfen.

Die nunmehr vorliegenden Ergebnisse der Studie enthalten für die GTZ drei wesentliche Schlüsselbotschaften, die wiederum als Ausgangspunkt für konkrete gemeinsame Vorhaben mit der Diaspora im Rahmen des neu gestarteten Sektorvorhabens „Migration und Entwicklung“ dienen:

1. Die Autoren der Studie weisen anhand umfangreichen Interviewmaterials und auf fundierter wissenschaftlicher Basis das tatsächlich vorhandene Potenzial der Diasporagemeinschaften nach, über das bisher nur ungesicherte Annahmen und vereinzelte Informationen existierten.
2. Eine gute Integration der Migranten im Aufnahmeland wirkt sich positiv auf deren Aktivitäten im Herkunftsland aus. Integration und transnationales Engagement stellen also, wie bisweilen unterstellt wird, keinen Widerspruch dar; und
3. Diaspora-Aktivitäten und entwicklungspolitische Ansätze liegen nah beieinander und bieten somit eine gute Grundlage für zukünftige gemeinsame Vorhaben.

Dr. Hans Werner Mundt

Dr. Irina Kausch

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	iii
1. Einleitung	1
2. Beschreibung der Diasporagemeinden	5
2.1. Die ägyptische Diaspora in Deutschland.....	5
2.1.1. Ägyptische Bildungsmigranten: die „Rotary Clubs“	5
2.1.2. Ägyptische Heiratsmigranten, Flüchtlinge und Irreguläre: schwach organisierte Netzwerke	7
2.2. Die afghanische Diaspora in Deutschland.....	8
2.2.1. Struktur, Verteilung und Zuwanderungsphasen	8
2.2.2. Aufenthaltsstatus, Bildungshintergrund und berufliche Qualifikation	12
2.2.3. Soziale Interaktionen und Organisationsformen.....	13
2.3. Die serbische Diaspora in Deutschland.....	15
2.3.1. Die Gastarbeiter: serbische Clubs	15
2.3.2. Serbische Intellektuelle und Bildungsmigranten: politische Mobilisierung der Elite	19
3. Diaspora-Aktivitäten und deren entwicklungspolitische Bedeutung	21
3.1. Ökonomische Aktivitäten der Diaspora.....	21
3.1.1. Rücküberweisungen	21
3.1.2. Direktinvestitionen.....	24
3.1.3. Außenhandel.....	27
3.2. Aktivitäten beim Aufbau der Infrastruktur	28
3.2.1. Fall Ägypten	29
3.2.2. Fall Afghanistan	31
3.2.3. Fall Serbien.....	34
3.2.4. Vergleich der Fälle	36
3.3. Politische Beteiligung der Migranten in ihren Herkunftsländern.....	41
3.3.1. Fall Ägypten	42
3.3.2. Fall Serbien.....	45
3.3.3. Vergleich der Fälle	50
4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen	52
4.1. Feststellungen.....	52
4.2. Handlungsempfehlungen.....	55
Literaturverzeichnis	61

Zusammenfassung

In neueren wissenschaftlichen und politischen Diskussionen ist der Beitrag so genannter Diasporagemeinden zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer registriert worden. Es besteht jedoch ein erheblicher Wissensbedarf bezüglich (1.) der Typen und Muster ökonomischer, sozialer und kultureller Transferleistungen zwischen Diaspora und Herkunftsländern, (2.) der sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen für das Zustandekommen oder die Blockierung solcher Leistungen sowie (3.) die Anforderungen an eine Politik, die versucht, solche Leistungen in konstruktiver Weise zu unterstützen und für entwicklungspolitische Zielsetzungen zu nutzen.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel der hier vorgestellten Pilotstudie, am Beispiel der Diasporagemeinden der Ägypter, Afghanen und Serben in Deutschland explorativ einen Forschungsansatz zu entwickeln und zu erproben, der die relevanten Dimensionen bei der Untersuchung des Beitrags von Migration zur Entwicklung erfassen soll.

Die Studie, welche vom **Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)**, Universität Osnabrück, gemeinsam mit der **Migration Research Group (MRG)** des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA) sowie des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) durchgeführt wurde, stützt sich primär auf etwa 80 Leitfadenterviews. Diese Interviews wurden in einer Vielzahl von Städten in Deutschland mit „Schlüsselfiguren“ der drei Gemeinden, welche anhand des sogenannten „Schneeballverfahrens“ ermittelt worden waren, durchgeführt. Ein Teil der Interviews fand zudem direkt vor Ort in Serbien (Belgrad) sowie in Ägypten (Kairo) statt (aus sicherheitstechnischen Überlegungen und finanziellen Beschränkungen wurden keine Interviews in Afghanistan durchgeführt). Des Weiteren basiert die Studie auf der Auswertung wissenschaftlicher Studien sowie verschiedenster Dokumente von nationalen Gremien und internationalen Organisationen.

Ergebnisse der Studie

Für die Analyse der entwicklungspolitischen Beiträge von Diasporagemeinden haben wir folgende Rahmenbedingungen zu Grunde gelegt und die Fallbeispiele der Ägypter, Afghanen und Serben in Deutschland in dieser Perspektive untersucht: (a) die Migranten selbst, d.h. ihr Humankapital, (b) die Gründe für ihre Migration (Arbeit, Bildung, Flucht, Familie/Heirat), (c) die sozialen Bedingungen im Aufnahmeland und ihre dortige soziale Integration, (d) die sozialen Bedingungen im Herkunftsland und die Stellung der Migranten bzw. ihrer Familien dort sowie (e) die sozialen Organisationsformen von Migranten im Aufnahmeland (Struktur der Diaspora).

Je nach Diasporagemeinde treten die Variablen dieses Bezugsrahmens in unterschiedlichen Kombinationen auf, wie sich bei den von uns betrachteten Gemeinden in Deutschland zeigt:

Ägypter

Bei den Ägyptern handelt es sich hauptsächlich um Elitenwanderung von Bildungsmigranten der oberen Mittelschicht seit den 1950er Jahren nach Deutschland. Ein hoher Anteil der Ägypter gehört zum akademischen Fachkräftepersonal, weist relativ hohe Einbürgerungszahlen sowie deutsch-ägyptische Ehen auf und ist in Deutschland gut integriert. Hochqualifizierte mit ägyptischem Hintergrund organisieren sich mehrheitlich in professionellen

Vereinen oder ägyptischen Kulturvereinen. Ähnlich den ‚Rotary Clubs‘ dienen auch diese Vereine der Reproduktion, Stabilisierung und Stärkung der eigenen Elitennetzwerke. Im Vergleich zu den beiden anderen von uns betrachteten Gruppen bzw. Herkunftsländern herrschen in Ägypten relativ stabile politische und ökonomische Verhältnisse, verbunden mit zahlreichen Möglichkeiten zu profitablen Investitionen. Diese Möglichkeiten werden auch von einer Reihe von Ägyptern ergriffen, weswegen wir auf eine beträchtliche Anzahl von gewinnorientierten Investitionen sowie von individuell motivierten, gemeinnützigen Aktivitäten stießen, vor allem in den prestigeträchtigen Bereichen Bildung und Wissenschaft.

Afghanen

Die ersten afghanischen Migranten, ab den 1950er Jahren, waren vorrangig Geschäftsleute, insbesondere Teppichhändler, sowie Studierende. Seit Beginn des Krieges im Jahr 1979 und den darauf folgenden mehrfachen politischen Machtwechseln kamen Flüchtlinge nach Deutschland, die über die für den Fluchtweg notwendigen Ressourcen verfügten. Zunächst suchten vor allem Angehörige der westlich orientierten Bildungselite in Deutschland Asyl, und nach Machtübernahme der Mujaheddin kamen Anhänger der kommunistischen Partei. Das Taliban-Regime löste eine weitere Fluchtwelle von vorwiegend Angehörigen der urbanen Mittelschicht sowie ethnischer und religiöser Minderheiten aus. Aus den verschiedenen motivierten und sozial differenziert zusammengesetzten Zuwanderungen aus Afghanistan resultierte eine sehr heterogen zusammengesetzte Diaspora.

Flüchtlinge der späteren Wellen waren und sind zumeist mit erheblichen Integrationschwierigkeiten in Deutschland konfrontiert, die aus den aufenthalts- und arbeitsmarktrechtlichen Einschränkungen ihrer Handlungsmöglichkeiten in Deutschland resultieren. Die zweite Generation afghanischer Zuwanderer ist jedoch zunehmend erfolgreich in das deutsche Bildungssystem eingebunden.

Das Engagement in Afghanistan durch individuelle (z.B. Rücküberweisungen und vereinzelte Investitionen) und vor allem kollektive, durch eine Vielzahl von Vereinen organisierte Aktivitäten setzte mit dem Beginn des Kriegs 1979 ein und hat sich bis in die Gegenwart, insbesondere im Gefolge der politischen Entwicklungen nach 2001, noch intensiviert. Durch den mehr als zwei Jahrzehnte andauernden Krieg sind weite Teile der physischen und sozialen Infrastruktur des Landes weitgehend zerstört. Der neue afghanische Staat ist (noch) nicht in der Lage, die erforderlichen öffentlichen Güter zur Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens zur Verfügung zu stellen. Dem Engagement der Diaspora in Infrastrukturprojekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wissenschaft, Mädchen- und Frauenförderung, humanitäre Hilfe, Energie, Wasser und Verkehr kommt daher eine kompensatorische Funktion für den Ausfall des Staates zu. Das gesteigerte Engagement der Diaspora in Afghanistan ist ohne Zweifel durch die große internationale Aufmerksamkeit (besonders unmittelbar nach dem Nato-Einsatz im Jahr 2001) stimuliert und unterstützt worden. In diesem Zusammenhang konnten erfolgreich finanzielle und politische Ressourcen nationaler und internationaler Geber sowie weiterer Akteure wie Nichtregierungsorganisationen mobilisiert und zum Teil auch synergetisch mit den Projekten der Diaspora verknüpft werden.

Serben

Die Zuwanderung der Serben - zunächst als Jugoslawen – nach Deutschland begann in den 1960er Jahren mit dem Gastarbeiterabkommen und erfolgte auf dieser Basis bis zum Anwerbestopp im Jahr 1973. Ihre Qualifikationsstruktur reichte von ungelerten bis zu qualifizierten Facharbeitern, eine größere Zahl der niedrig Qualifizierten kehrte jedoch nach dem Anwerbestopp in ihr Herkunftsland zurück. Anschließend erfolgte die Zuwanderung der Serben nach Deutschland maßgeblich auf der Grundlage der Familienzusammenführung. Neben den Gastarbeitern war darüber hinaus bereits seit den 1950er Jahren eine geringe, jedoch stete Zahl von serbischen Intellektuellen, in ihrer Mehrzahl Gegner des kommunistischen Regimes, zugewandert.

Jugoslawen und später Serben organisierten sich in der Regel in Clubs (oder Sportvereinen), die im Kern am Leben der serbischen Migranten in Deutschland ausgerichtet waren. Mit dem Anwachsen der ethnischen Konflikte in Jugoslawien und seinem einsetzenden Zerfall nahm auch das nationale Bewusstsein der Serben in Deutschland zu; es wurden serbische anstelle der jugoslawischen Clubs gegründet.

Vor dem Beginn der Konflikte in Jugoslawien und bis in die Gegenwart standen im Fokus der auf das Herkunftsland bezogenen Aktivitäten der serbischen Migranten hauptsächlich individuelle Investitionen, insbesondere der Erwerb von Immobilien. Demgegenüber war im Vergleich zu den Ägyptern und Afghanen ihr Engagement in Infrastrukturentwicklungsprojekten in Jugoslawien eher gering. Anders stellte sich dies zur Zeit der jugoslawischen Auflösungskriege sowie im Kosovo-Konflikt dar. Hier sprang die serbische Diaspora vergleichbar zu den Afghanen, wenn auch weniger umfassend als diese, aus patriotischem Engagement heraus kompensatorisch für den im Krieg gebundenen Staat ein und engagierte sich in verschiedenen Projekten in den Bereichen Gesundheit, Wasserversorgung, Verkehr sowie humanitäre Hilfe.

Der Unterschied zu den Afghanen besteht darin, dass dieses Engagement auf die Stützung des geschwächten Staates zielte, von dem sich die Migranten national vereinnahmen und patriotisch mobilisieren ließen. Die Aktivitäten der Afghanen sind demgegenüber sehr viel stärker durch Staatsausfall gekennzeichnet, weshalb insofern auch der Staat gar nicht der Adressat ihrer Aktivitäten ist. Die Serben in Deutschland hingegen engagierten sich öffentlich, um das ihrer Ansicht nach einseitige Bild Serbiens in der internationalen Öffentlichkeit zu korrigieren. Erst in jüngster Zeit gibt es wieder Bemühungen des serbischen, 2005 eingerichteten Diasporaministeriums, das ökonomische und politische Potenzial der serbischen Diaspora zu reaktivieren. Dies verdeutlicht, dass Organisationsformen wie auch politische Ausrichtung und Engagement im Herkunftsland bei den serbischen Migranten – ganz anders als in den beiden anderen von uns untersuchten Fällen – in starkem Maße durch die politische Entwicklung im Herkunftsland bestimmt sind.

Handlungsempfehlungen

Die von uns untersuchten Fälle machen deutlich, dass es einer genauen Fall-zu-Fall-Analyse des Zusammentreffens der unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu verschiedenen Zeitpunkten und ihrer kombinierten Wirkung auf die Mobilisierung von Diasporagemeinden bedarf, um erkennen zu können, an welchem Punkt eine entwicklungspolitisch orientierte Unterstützung ansetzen könnte. Auf dieser Basis lassen sich Handlungsempfehlungen in unterschiedlichen Bereichen formulieren:

- (A) Unterstützung der Aktivitäten im wirtschaftlichen Bereich,
- (B) Unterstützung der Aktivitäten im Bereich der sozialen Infrastruktur,
- (C) Unterstützung der politischen Partizipation von Diaspora,
- (D) Unterstützung vorhandener Diaspora-Strukturen,
- (E) Gestaltung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen im Aufnahmeland sowie
- (F) Internationale Kooperation.

A) Unterstützung der Aktivitäten im wirtschaftlichen Bereich

- Förderung von **Exportmöglichkeiten** durch die Unterstützung bei der Entwicklung von EU kompatiblen Produkt- und Qualitätsstandards, insbesondere im Fall von Ägypten und Serbien.
- Unterstützung beim Ausbau des **Energiesektors** als Grundlage für die Erfolgsaussichten zahlreicher laufender und zukünftiger infrastruktureller und ökonomischer Aktivitäten in Afghanistan.
- Förderung des **Agrarsektors** in Afghanistan durch Kooperationen zwischen in Deutschland lebenden afghanischen Agraringenieuren und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.
- Fokus auf **Aktivitäten in den ruralen Regionen** Afghanistans, da viele ausländische Nichtregierungsorganisationen überwiegend in Kabul tätig sind. Afghanische Diaspora-Organisationen hingegen scheinen es aufgrund ihrer spezifischen Kenntnisse über ihre Herkunftsregionen eher zu wagen, auch in ländlichen Regionen Projekte aufzubauen.

B) Unterstützung der Aktivitäten im Bereich der sozialen Infrastruktur

- Aufbauend auf Projekten, wie beispielsweise der Deutschen Universität in Kairo, würden es **Stipendiatenprogramme** ermöglichen, diese oder ähnliche Einrichtungen für alle Interessierten zu öffnen.
- Bezogen auf Afghanistan wäre zunächst Unterstützung beim Wiederaufbau und Ausbau des **Bildungssektors** vonnöten. Den größten Bedarf für Unterstützung gibt es bei der **Qualifizierung von Lehrpersonal**.
- Auch im Bereich der **Gesundheitsversorgung** in Afghanistan wird qualifiziertes Personal benötigt. Mögliche Ansätze können hier Stipendien für die Fortbildung bzw. Spezialisierung von Ärzten oder der Austausch im Rahmen von internationalen Kongressen sein.
- Darüber hinaus ist ein **Wissenschaftsaustausch** und **Wissenstransfer** im Bildungs-, Forschungs-, Gesundheits- oder auch in anderen Bereichen auf unterschiedlichen Ebenen (Studenten, Dozenten oder Professoren) für alle drei Länder wünschenswert.

C) Unterstützung der politischen Partizipation der Diaspora

- Aus unseren Analysen geht hervor, dass die Serben ein starkes politisches Interesse an ihrem Herkunftsland haben; dennoch hat die Mehrzahl der Serben in Deutschland aufgrund des organisatorischen Aufwands an den **Wahlen** im Jahr 2004 nicht teilgenommen, obwohl sie rechtlich die Möglichkeit dazu besaßen. Hier wäre es denkbar, bilateral die serbische Regierung beim Aufbau eines effizienten Wahlverfahrens für die Diaspora (z.B. mittels Briefwahl o.ä.) zu unterstützen.

D) Unterstützung vorhandener Diaspora-Strukturen

- **Förderung des wechselseitigen Kontakts** und der Information zwischen offizieller Politik und Diaspora in Deutschland.
- „Quasi-Rückkehrer“ - meist **erfolgreiche Unternehmer** - können als Multiplikatoren des Wissens über Formen, Möglichkeiten und Perspektiven des Engagements gewonnen werden.
- In der Diaspora gibt es einzelne Akteure, die zwar interessiert, kompetent und engagiert sind, jedoch nicht über die notwendigen **finanziellen Ressourcen** verfügen. Hier könnten Möglichkeiten der Unterstützung vorgesehen werden.
- Eine starke Fraktionierung innerhalb der Diaspora – insbesondere der afghanischen Diaspora – behindert die Wirksamkeit entwicklungsrelevanten Engagements, da vorhandene Aktivitäten oftmals nicht gebündelt werden. Eine **Koordinationsstelle**, die den Austausch über und die Verknüpfung von Engagement mit laufenden Projekten organisiert, könnte Abhilfe schaffen.
- Darüber hinaus wäre eine Steigerung der **Professionalisierung** von Diasporaprojekten wünschenswert (z.B. über länderspezifische Seminarangebote zu *Fundraising* etc.).
- Ein besonderes Augenmerk sollte auf die **zweite Generation** gerichtet werden, die verstärkt Interesse an ihrem Herkunftsland zeigt und somit in eine Brückenfunktion als interkulturelle Vermittler hineinwachsen könnte.
- Es wurde großes Interesse an weitergehenden **Informationen über die Strukturen der Diaspora** selbst, ihr Spektrum und die von ihr ausgehenden verschiedenen Aktivitäten in den Herkunftsländern gezeigt. Ein **Informationszentrum** könnte hier Möglichkeiten des Engagements (Fördermöglichkeiten, Investitionsschwerpunkte etc.) aufzeigen. Informationen über Engagement und erfolgreiche Projekte unterstützen darüber hinaus die Wertschätzung der eigenen Arbeit und können im Weiteren als „**Best Practices**“ dienen.

E) Gestaltung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen im Aufnahmeland

- Grundsätzlich tragen vor allem jene Migranten, die auf der Basis eines **gefestigten Aufenthaltsstatus** und eines **gleichberechtigten Zugangs zum Arbeitsmarkt** eine gute soziale Stellung in der Aufnahmegesellschaft erreicht haben und damit gut integriert sind, durch ihr oftmals hohes Engagement zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer bei, d.h. ein **hoher Integrationsgrad** sowie eine gute soziale Stellung sind Voraussetzung für Aktivitäten der Diaspora. Das Potenzial von Migration kann sich nur dann entfalten, wenn es allen drei Parteien zugute kommt – zunächst den Migranten, dann dem Aufnahmeland durch deren soziale Integration und auf dieser Basis schließlich dem Herkunftsland. Die Integration von Migranten würde unseres Erachtens auch „**Brain Circulation**“ fördern.
- In diesem Zusammenhang ist die Frage der Zulassung der **doppelten Staatsbürgerschaft** ebenfalls von Bedeutung. Mit dem Verlust der Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes können der Verlust des Wahlrechtes sowie des Rechtes, Grund und Boden zu erwerben, und die Visumpflicht bei der Einreise einhergehen. Die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft kann daher auch eine angemessene Strategie sein, um das Engagement der in Deutschland niedergelassenen Zuwanderer bei der Entwicklung ihrer Herkunftsländer zu unterstützen.
- In der Konsequenz dessen liegt, dass eine Migrations- und Integrationspolitik mit der Zielsetzung der sozialen Integration der absehbar dauerhaft im Lande lebenden Migranten zusammen mit einer Politik, die die Diaspora in ihrem Engagement für ihr Herkunftsland im Sinne der hier vorgeschlagenen Richtung unterstützt, zugleich Teil einer guten Entwicklungspolitik ist, die eben an die **Ressourcen der Betroffenen** selbst anschließt

und für Entwicklung zu mobilisieren versucht. In diesem Zusammenhang ist bedeutsam, dass nach unserem Eindruck eine Reihe der Migranten in den Diasporagemeinden und ihre Netzwerke über spezifisches und wertvolles Wissen verfügen, das in dieser Perspektive bei der Ausarbeitung künftiger entwicklungspolitischer Strategien aufgegriffen werden sollte. Daher sollte man darüber nachdenken, in welcher Weise Vertreter der Diasporagemeinden in **konsultativer Funktion** stärker in die Entwicklungspolitik einbezogen werden können.

F) Internationale Kooperation

- Nicht nur auf der nationalen Ebene im Aufnahmeland, sondern auch international gehört zu den wichtigsten Themen im Zusammenhang mit den Aktivitäten von Diasporagemeinden das Ausmaß und die Auswirkungen ihrer **Rücküberweisungen**. Wie von vielen internationalen Organisationen mittlerweile angeregt, gilt es, durch internationale Kooperationen, transparente und vor allem kostengünstigere Systeme des Geldtransfers zu entwickeln.
- Des Weiteren wäre ein **internationaler (oder bilateraler) Austausch** mit Staaten, die Aufnahmeländer größerer Diaspora-Gemeinden unterschiedlicher Herkunft sind, denkbar. Darüber hinaus wäre die Unterstützung bei der **internationalen Vernetzung** der jeweiligen Diaspora ein möglicher Ansatz, der bilateral oder auch international diskutiert werden könnte.

1. Einleitung

1.1. Ziele der Studie

Das Interesse an den Beiträgen so genannter Diasporagemeinden zur Entwicklung in ihren Herkunftsländern resultiert aus der wachsenden Einsicht, dass Migranten im Verlaufe ihres Migrationsprojektes in soziale Bezüge sowohl der Ausgangs- als auch der Zielregionen eingespannt bleiben. Migration wird dabei als ein Prozess verstanden, der über Generationen hinweg für verschiedene Aspekte der Lebensführung bedeutsam bleibt. Eben dies begründet in entwicklungsperspektivischer Hinsicht auf verschiedene Weise die Relevanz der Migranten für die Herkunftsländer.

Auf der Grundlage empirischer Hinweise wird angenommen, dass für die Art dieser Bezüge verschiedene Randbedingungen bedeutsam sind. Diese betreffen systematisch betrachtet:

- die Migranten selbst (ihr Humankapital),
- die Gründe für ihre Migration (Arbeit, Bildung, Flucht, Familie/Heirat),
- die sozialen Bedingungen im Aufnahmeland und ihre dortige soziale Integration,
- die sozialen Bedingungen im Herkunftsland und die Stellung der Migranten bzw. ihrer Familien dort,
- ihre sozialen Organisationsformen im Aufnahmeland (Struktur der Diaspora).

Diese Bedingungen formulieren einen Bezugsrahmen, der der durchgeführten Studie zugrunde gelegt wurde, in dem vorläufig die Dimensionen unterschieden sind, die bei der Untersuchung des Beitrags von Migration zur Entwicklung der Herkunftsländer zu berücksichtigen sind. Es war ein Hauptziel der Studie über die drei ausgewählten Diasporagemeinden der Ägypter, Afghanen und Serben, die in den gegenwärtigen Diskussionen zur Bedeutung von Migration für Entwicklung (oftmals unzusammenhängend) vorgetragenen Annahmen über Zusammenhänge, Ursachen und Wirkungen in konkrete Fragestellungen und ein entsprechendes Forschungsdesign zu übersetzen. Dieses soll die Beiträge der verschiedenen Gemeinden zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer konkret erforschbar und damit realistisch einschätzbar machen.

1.2. Methodisches Vorgehen und Aufbau der Studie

Die durchgeführte Untersuchung stützt sich primär auf etwa 80 semi-strukturierte Leitfadeninterviews, die mit ägyptischen, afghanischen und serbischen Migranten geführt worden sind, welche auf der Grundlage von vermittelten Adressen, Internetrecherchen und Schneeballverfahren als Schlüsselfiguren oder Führungspersonen zentraler Organisationen, Träger bedeutsamer Transferaktivitäten in den Gemeinden oder als renommierte Vertreter der jeweiligen Migrantengruppen ermittelt worden waren. Dabei wurden diese Interviews für die Ägypter in den Städten Frankfurt, München und Berlin, für die Afghanen in Hamburg, Berlin, Köln, Bonn, Bochum, Detmold, Hagen i.T., Freiburg und Karlsruhe und für die Serben in Berlin, Frankfurt, München, Hamburg, Bonn und Bielefeld durchgeführt. Recherchen zu Zahl und Aufenthalt der untersuchten Migrantengruppen haben ergeben, dass jeweils größere Anteile bzw. Vorsitzende aktiver Organisationen in diesen Städten leben und der Zugang zu ihnen dort gesichert erschien. Repräsentativität ist mit dieser Untersuchung nicht beansprucht. Wesentliche Ziele der durchgeführten Interviews waren:

- Transferwege und -zusammenhänge in explorativer Weise zu erschließen, über die bisher kein oder wenig gesichertes Wissen oder nur Vermutungen vorliegen - so erlauben z.B. auch die nicht publizierten Daten der Deutschen Bundesbank zur Zahlungsbilanzstatistik keine Rückschlüsse auf inoffizielle Rücküberweisungsflüsse;
- Einsichten in Kosten von Überweisungen, Formen und Strukturen von Überweisungskanälen, Stabilität und Vertrauenswürdigkeit des Bankwesens, der staatlichen Finanzpolitik sowie der praktischen Überweisungsagenten zu gewinnen;
- Welche sozialen Bindungen dauerhaftes Engagement in soziale, politische und kulturelle Transferaktivitäten und auch die Beteiligung an öffentlichen oder privaten Projekten im Herkunftsland begründen oder verhindern.

Es wurde darauf geachtet, dass der Fragebogen die im dargelegten Bezugsrahmen unterschiedenen Dimensionen erfasste (Merkmale der Migranten, Migrationsgründe, soziale Integration und Einbindung, soziale Organisationsformen, Bedingungen im Herkunftsland).

Über die Auswertung dieser Interviews hinaus stützt sich der nachfolgende Bericht auf die Auswertung weiterer Materialien. Dies sind insbesondere verschiedenste Dokumente (wissenschaftliche Artikel und Forschungsberichte; Dokumente von nationalen Stellen wie z.B. der Deutschen Bundesbank sowie von internationalen Organisationen wie Weltbank, Global Commission on International Migration, Internationaler Währungsfonds, International Organization for Migration etc.), Websites, Broschüren, Jahresberichte von Organisationen und Vereinen sowie Statistiken (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Statistisches Bundesamt, Visa-Statistiken des Auswärtigen Amtes etc.).

Im Rahmen der Untersuchung wurden darüber hinaus für zwei der untersuchten Gruppen, Ägypter und Serben, Gespräche in den Herkunftsländern mit Vertretern dortiger Regierungen und politischer Administration, Unternehmern, Banken, Wirtschaftskammern, Universitäten und Schulen, aber auch zurückgekehrten Migranten sowie mit Repräsentanten deutscher Einrichtungen wie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Industrie- und Handelskammer, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), sowie dem Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) geführt. Dies verschaffte einen Einblick in die Art und Weise, in der die Aktivitäten und ihre Auswirkungen auf die Herkunftsländer aus der Sicht dortiger insbesondere politischer und wirtschaftlicher Organisationen registriert und bewertet werden. Aufgrund beschränkter zeitlicher und finanzieller Ressourcen der Studie wurde auf eine entsprechende Untersuchung in Afghanistan verzichtet.

Nachfolgend werden die Ergebnisse der Auswertung der erhobenen Materialien anhand des skizzierten Bezugsrahmens der Untersuchung dargestellt. Zunächst wird ein zusammenfassender Überblick über die drei untersuchten Migrantengruppen in Deutschland sowie die durchgeführten Einzeluntersuchungen gegeben (Kap. 2). In Kapitel 2 werden die verschiedenen Zuwanderungsgeschichten und -formen für die drei Gruppen präsentiert. Es wird ausgeführt, welche Typen von Wanderungen (Arbeits-, Flucht-, Bildungs- oder Familienmigration) für die untersuchten Gruppen charakteristisch waren, denn diese erweisen sich für den Bezug zu den Herkunftsregionen und die Art der Transferaktivitäten als bedeutsam. Anschließend wird auf die soziale Integration der drei Gruppen eingegangen, insbesondere, soweit erfassbar, ihre aufenthaltsrechtliche Stellung, ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt, berufliche Stellung, Bildungsgrad und berufliche Ausbildung, Einkommen und familiäre Situation. Wie im Weiteren zu zeigen sein wird, erweist sich die soziale Integration der Migranten

im Zuwanderungskontext, das unterschiedliche Ausmaß des Zugangs insbesondere zu monetären, beruflichen/professionellen und politischen Ressourcen, als eine entscheidende Bedingung für ihre Kapazitäten, dauerhafte und nachhaltige Transferaktivitäten in Gang zu setzen.

Anschließend wird auf die verschiedenen Formen des Engagements und der Aktivitäten der Migranten in ihren Herkunftsländern eingegangen (Kap. 3): auf ihre ökonomischen Transaktionen, ihre Bedingungen und ihre Schwerpunkte, ihre Bedeutung für die Infrastrukturentwicklung in ihren Herkunftsländern und auf ihr politisches Engagement. Die Ergebnisse werden jeweils vergleichend präsentiert. Wir fragen nach der Bedeutung der von uns erfassten Formen der Organisation der untersuchten Migrantengruppen und nach deren Bedeutung für die Mobilisierung von Migranten für Problemstellungen in ihren Herkunftsregionen und -ländern sowie für ihre Bereitschaft, sich ökonomisch, sozial oder politisch in einem noch auszuführenden Sinne zu engagieren. Obwohl wir keine Repräsentativität beanspruchen, glauben wir dennoch, auf Grundlage der durchgeführten Recherchen und Gespräche für die untersuchten Migrantengruppen selbst relevante Organisationen erfasst zu haben.

Zur Erläuterung ist hier eine methodische Bemerkung einzufügen: Für die Durchführung unserer Untersuchung sind wir nicht von der Existenz ägyptischer, serbischer oder afghanischer Diaspora oder Gemeinden ausgegangen. Beiden Begriffen liegen starke Annahmen über zwischen den Migranten gültige soziale Konstellationen zugrunde,¹ die von uns nicht zu unterstellen, sondern ggf. in ihrer Relevanz für die von uns untersuchte Fragestellung zu beweisen sind. Darüber hinaus wohnt ihnen eine Tendenz zur Homogenisierung inne, der in der Realität eine große soziale Heterogenität auch unter den Migranten aus einem Herkunftsland gegenübersteht. Unsere Fragestellung interessiert sich für die differenzierten Auswirkungen, die von Zuwanderern auf ihre Herkunftsregionen ausgehen. Dies stützt sich auf die Annahme, dass Migranten im Verlaufe ihres mehrere Generationen überspannenden Migrationsprojektes in transnationale soziale Bezüge ökonomischer, rechtlicher, politischer, familiärer und kultureller Art eingespannt bleiben, die Ausgangs- und Zielregionen ihres Wanderungsprozesses umfassen. Vor diesem Hintergrund sind (Selbst-)Organisationen der Migranten ein guter Ausgangspunkt für die Untersuchung: Sie sind einerseits empirisch gut zugängliche Adressen für die Durchführung von Erhebungen und andererseits im Unterschied zu formalen Organisationen hinsichtlich ihrer Handlungskapazitäten immer auch von den Motiven ihrer Mitglieder und ihrer mehr oder weniger erfolgreichen Mobilisierung abhängig.² In diesem Zusammenhang wird dann erst ersichtlich, in welchem Ausmaß diese Mobilisierung von Mitgliedschaftsmotiven ggf. ethnisch oder national, vergemeinschaftend oder vergesellschaftend (Weber, 1972) strukturiert und welche Art von Problemstellungen – ökonomische, politische, soziale oder kulturelle – fokussiert werden.

Ökonomische Transaktionen umfassen dabei zunächst Geldflüsse, die ohne weitere Unterscheidung als Rücküberweisungen erfasst werden. Im Weiteren ist aber zwischen Transaktionen zu unterscheiden, mit denen Migranten entweder ihren im Herkunftsland verbleibenden Familien (oder anderen) ein Einkommen zur Verfügung stellen, und investiven Transaktionen, die an der Erzielung von Gewinn orientiert sind. Darüber hinaus umfassen ökonomische Transaktionen noch Im- und Exportgeschäfte mit dem Herkunftsland. Mit der

¹ Diese betreffen Formen der gemeinsamen Ausrichtung am Herkunftsland sowie der mehr oder weniger weit reichenden Vergemeinschaftung. Zum Begriff der Diaspora vgl. Cohen, 1999.

² Zu dem Unterschied zwischen formalen Organisationen und Vereinen, Selbstorganisationen etc. vgl. Luhmann, 2000 und Stichweh, 2000.

Ausrichtung an sozialer Infrastruktur meinen wir solche Aktivitäten, die in irgendeiner Weise an Problemen der Bereitstellung von Gütern insbesondere in den Bereichen Erziehung, Gesundheit, Verkehr oder Wissenschaft ausgerichtet sind. Dabei ist zu beachten, dass in Ländern, in denen Güter wie Erziehung, Wissenschaft oder Gesundheit primär oder alternativ marktvermittelt bereit gestellt werden, Migranten in diesen Bereichen auch als Unternehmer tätig werden können. Das ist zu unterscheiden von einer Konstellation, in der solche Güter als Kollektivgüter politisch bereitgestellt werden – bzw. bereitgestellt werden sollten. In diesem Fall springen Migranten ggf. substitutiv für das Leistungsversagen ihrer Herkunftsstaaten ein. Dieser Unterschied erweist sich, wie weiter unten gezeigt wird, als relevant für das je unterschiedliche Engagement von ägyptischen, afghanischen und serbischen Migranten. *Politisch ausgerichtet* sind im Unterschied dazu Aktivitäten, die sich primär auf die Herstellung oder Veranlassung politischer Entscheidungen oder auf die strukturellen Bedingungen der Herstellung solcher Entscheidungen in den Herkunftsländern beziehen, sich in diese einmischen oder die sich durch politische Dynamiken in diesen Ländern mobilisieren lassen.

Den Abschluss des Berichtes bildet das Kapitel 4, in dem unsere Schlussfolgerungen aus der Untersuchung und Handlungsempfehlungen formuliert sind.

2. Beschreibung der Diasporagemeinden

2.1. Die ägyptische Diaspora in Deutschland

2.1.1. Ägyptische Bildungsmigranten: die „Rotary Clubs“

Einwanderer aus Ägypten nach Deutschland waren traditionell überwiegend männliche Studenten der oberen Mittelschicht (Schmidt-Fink, 2001). Diese Studenten kamen bereits seit den 1950er Jahren. Sie studierten Sprach- und Kulturwissenschaften, Naturwissenschaften und Ingenieurwesen³. Diese Tradition der Bildungsmigration setzt sich bis heute fort. Im Jahre 2001 reisten 58% aller ägyptischen Bürger, die nach Deutschland kamen, zu Bildungszwecken ein. In den Jahren 2003 und 2004 lag der Anteil der Bildungsmigranten bei 76% (Tab. 2). Insgesamt leben heute knapp 14.500 ägyptische Staatsangehörige in Deutschland. Ägyptische Behörden geben die weit höhere Zahl von 24.000 Personen an. Die Unterschiede in den Zahlen ergeben sich aus unterschiedlichen Vorgehensweisen bei der statistischen Erfassung der Aus- bzw. Einwanderer in den Herkunfts- und Aufnahmeländern. Oft werden in den Aufnahmeländern nur die Einwanderer erster Generation gezählt, die einen ausländischen Pass besitzen. Die eingebürgerten Migranten sowie die Migrantenkinder mit dem Anspruch auf die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes fallen oft aus Einwandererstatistiken heraus.⁴

Tabelle 1: Einwanderungszahlen ägyptischer Staatsbürger nach Deutschland

Jahr	Zugezogene	Fortgezogene
1988	2.400 (*)	
1995	1.600 (*)	
2000	1.742	1.327
2001	1.917	1.361
2002	1.870	1.348
2003	1.592	1.512
2004	1.446	1.458

Quelle: Statistisches Bundesamt, VI B, Wanderungsstatistik; (*) Daten aus: (2001). International Migration Statistics in the Mediterranean Countries: Current Data Sources and Statistics Available from International Organizations. Luxembourg, Office for Official Publications of the European Communities: 47.

Ägyptische Bildungsmigranten haben sich in Deutschland im Vergleich zu Migranten aus anderen arabischen Ländern und der Türkei recht gut etablieren können. Diese Einwanderergruppe weist hohe Einbürgerungsquoten (Tab. 3) und einen hohen Prozentsatz von Eheschließungen mit deutschen Partnern auf (Gesemann, 1995). Außerdem gehören ägyptische Migranten mit 14,6% zu einem relativ hohen Anteil zum akademischen Fachkräftepersonal (Gesemann, 1995). Die ägyptischen Bildungsmigranten haben zahlreiche Vereine und professionelle Interessenverbände gegründet, sind in der deutschen Politik aktiv, und waren

³ Im Jahr 1992, zum Beispiel, studierten 30,8% der ägyptischen Studenten in Deutschland Ingenieurwissenschaften, 24,5% Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Sport und 23,6% Mathematik und Naturwissenschaften.

⁴ Zu Problemen und Besonderheiten bei Vergleichen in den Wanderungsstatistiken aus Med-MENA-Staaten vgl. Fargues, 2005.

Mitbegründer verschiedener muslimischer und koptischer Gemeinden.⁵ In dieser Studie haben wir uns aber auf säkulare Organisationen und Netzwerke der ägyptischen Bildungsmigranten konzentriert, weil ihre Bedeutung für Aktivitäten dieser Migranten im Herkunftsland herausragte.

Tabelle 2: Bildungsausländer und Bildungsinländer aus Ägypten (absolute Zahlen)

Jahr	Bildungsausländer	Bildungsinländer
2001	1.125	66
2002	1.222	56
2003	1.211	53
2004	1.124	68

Quelle: wissenschaft-weltoffen, 2005

Tabelle 3: Einbürgerungen der Ägypter in Deutschland

	2000	2001	2002	2003	2004
Zahlen (Absolut)	423	465	443	437	381

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2005

Bereits in den 1960er Jahren gab es regelmäßige Treffen ägyptischer Studenten in Deutschland. Solche Gruppen gab es in Darmstadt, Stuttgart, München, Düsseldorf, Hamburg und Heidelberg. Wenige von ihnen waren bei den deutschen Behörden als Vereine eingetragen. Die ersten Gruppen stellten so etwas wie erweiterte Freundschaftskreise dar. Oft beruhten sie zunächst auf Bekanntschaften, die auf familiäre Kontakte und Verpflichtungen in Ägypten zurückgingen. Über das Studium wurden auch neue Bekanntschaften in Deutschland geknüpft. Einige dieser Studententreffen haben sich dann als Kulturvereine formiert. Ihre aktiven Mitglieder bestanden in der Zwischenzeit aus professionell erfolgreichen Ägyptern. Während der 70er und 80er Jahre entstanden weitere solcher ägyptischen Kulturvereine und professionelle Vereinigungen. 1983 schlossen sich 24 ägyptische Vereine zum „Ägyptischen Haus“, einem Dachverband der ägyptischen Vereine in Deutschland, zusammen, um die informell untereinander bestehenden Kontakte zu stärken.⁶

⁵ Die Selbstorganisation ägyptischer Migranten entlang religiöser Kriterien stellt im Übrigen ein weiteres Unterscheidungsmerkmal bei der Herausbildung ihrer Migrantennetzwerke dar. In den 1950er Jahren, nach dem Anschlag auf den ägyptischen Präsidenten Nasser, flohen einige Vertreter der religiösen Intelligenzija aus Ägypten in unterschiedliche Staaten, unter anderem nach Deutschland. Sie wurden ein Teil der islamischen Elite in Deutschland. Sie gründeten Moscheen und übernahmen Führungspositionen in den islamischen Vereinen. Eine islamische Organisation in Deutschland, die von ägyptischen muslimischen Aktivisten gegründet worden ist und bis heute dominiert wird, ist die Islamische Gemeinschaft in Deutschland (die IGD). Das erste islamische Zentrum der Gemeinschaft entstand im Jahre 1960 in München unter der Führung eines der wichtigsten ägyptischen Aktivisten der Muslimbrüder. Nach Auskunft des IGD-Präsidenten koordiniert die Gemeinschaft heute um die 60 islamische Gemeinden bundesweit. Der Verfassungsschutz schätzt die Zahl der aktiven Mitglieder der IGD auf etwa 1300 Menschen (Verfassungsschutzbericht 2004, www.bmi.bund.de oder www.verfassungsschutz.de). In den 1960er Jahren kamen die ersten koptischen Einwanderer aus Ägypten nach Deutschland. Ägypter christlichen Glaubens waren meist Bildungsmigranten. Etwa 66% von ihnen hatten einen Universitätsabschluss (Ibrahim, 2000). Über die Hälfte der ägyptischen Kopten in Deutschland heirateten Deutsche. Über die Hälfte aller Kopten ließen sich in Deutschland einbürgern (Ibrahim, 2000). Die offizielle Zahl der Kopten in Deutschland beläuft sich heute auf 5.000 Personen (Ibrahim, 2005). Anfang der 1990er Jahre gründeten Kopten mit Unterstützung der christlichen Kirchen in Deutschland zwei Klöster, die als Kultur- und Begegnungszentren dienen. Insgesamt gibt es heute 12 aktive koptische Gemeinden in Deutschland.

⁶ Es gibt in Deutschland auch ägyptische Vereine, die nicht Mitglieder im Ägyptischen Haus sind. Es wäre interessant zu erfahren, wie diese Vereine zusammengesetzt sind, welches Verhältnis sie zum Ägyptischen Haus haben und welche Aufgaben sie sich stellen. In dieser Pilotstudie war es aber nicht möglich, diese „unabhängigen“ Vereine systematisch einzubeziehen.

Tabelle 4: Zuwanderer aus Ägypten in den ausgewählten Bundesländern

	2001	2002	2003	2004
Baden-Württemberg	1.507	1.507	1.466	1.176
Bayern	1.460	1.528	1.551	1.230
Berlin	1.678	1.783	1.789	1.810
Hamburg	1.559	1.635	1.677	1.698
Hessen	1.628	1.571	1.556	1.262
Nordrhein-Westfalen	2.257	2.298	2.271	1.920

Quelle: Zusammengestellt aus Ausländerstatistiken des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden

Die ägyptische professionelle Elite in Deutschland ist auf diese Weise bundesweit vernetzt. Das Netzwerk ist öffentlich durch die jeweiligen kulturellen und professionellen Vereine und durch den Dachverband repräsentiert. Von außen betrachtet, wird es durch die gemeinsame nationale Herkunft zusammengehalten: Die Vereine definieren sich als „ägyptische Vereine“. In den offiziellen Vereinssatzungen ist die ägyptische Herkunft meist das wichtigste Mitgliedschaftskriterium. Faktisch steht der Zugang zu diesem Netzwerk jedoch nur Menschen mit einem bestimmten sozialen Status offen. Einige Vereine selektieren mittels hoher Mitgliedsbeiträge, in anderen Vereinen greifen informelle Ausschlussmechanismen wie Beziehungen oder familiärer Hintergrund. Letztlich sind diejenigen Kernmitglieder, die in Deutschland professionell erfolgreich sind oder aus bedeutenden ägyptischen Familien stammen. Religiöse Zugehörigkeit spielt demgegenüber kaum eine Rolle. Die Form der Selbstorganisation der ägyptischen Hochqualifizierten besitzt daher einige Ähnlichkeit zu den Rotary Clubs. Wie Rotary Clubs dienen auch die ägyptischen Vereine in Deutschland der Reproduktion, Stabilisierung und Stärkung der eigenen Elitennetzwerke.⁷

2.1.2. Ägyptische Heiratsmigranten, Flüchtlinge und Irreguläre: schwach organisierte Netzwerke

Eine kleine Gruppe der legal einreisenden Einwanderer aus Ägypten bilden Personen, die im Rahmen der Familienzusammenführung, am häufigsten infolge der Heirat mit einem deutschen Ehepartner, einreisen. Zwischen 1984 und 1992 kam aber auch eine gewisse Anzahl asylsuchender Ägypter nach Deutschland. Die Zahlen der ägyptischen Asylantragsteller stieg insbesondere in den Jahren 1991 und 1992 stark an, sank jedoch nach dem sog. Asylkompromiss im Jahre 1993 wieder rapide ab. Meist beriefen sich die Antragsteller auf Verfolgung wegen religiöser Zugehörigkeit. Viele waren ägyptische Christen, d.h. Kopten, oder Mitglieder der Muslimbruderschaft, welche in Ägypten verboten war. Die Anerkennungsquote der beiden Antragstellergruppen ging nicht über 1,2% hinaus. Trotzdem kann man davon ausgehen, dass einige Asylbewerber ägyptischer Herkunft sich in Deutschland

⁷ Nicht alle ägyptischen Professionellen gehören diesem sich von den 1960er und bis in die 1980er Jahre hinein herausgebildeten und relativ geschlossenen Netzwerk an. Einige ägyptische Intellektuelle sind nicht in den rein ägyptischen, sondern in den arabischen Vereinigungen aktiv (für Beispiele siehe, Gesemann, 1995). Viele haben kein Interesse an der Teilnahme in diesen Vereinen, obwohl sie oft in persönlichem Kontakt zu Vereinsmitgliedern stehen. Insbesondere ägyptische Studenten, die in jüngster Zeit nach Deutschland gekommen sind, und die zweite Generation der Ägypter in Deutschland sind kaum in den ägyptischen Vereinen vertreten. Die Vereine bzw. ihre Mitglieder altern und ihre Aktivitäten schlafen allmählich ein. Der Vorstand des Ägyptischen Hauses hat dieses Problem erkannt und setzt sich zum Ziel, die Vereine jungen Mitgliedern zu öffnen. So möchte der Dachverband seinen Internetauftritt verbessern, da junge Menschen lose Beziehungen über das Internet bevorzugen würden. Auch andere Strategien der Nachwuchsförderung werden verfolgt. Ein ägyptischer Kulturverein beabsichtigt, seine Satzung zu ändern, um jüngeren Vereinsmitgliedern den Zugang zum Vorstand zu erleichtern. Außerdem übernimmt er die Betreuung neu ankommender ägyptischer Studenten an einer Hochschule vor Ort.

langfristig niedergelassen haben (Gesemann, 1995). Seit Anfang der 1990er Jahre reisten zudem regelmäßig irreguläre Einwanderer ägyptischer Herkunft in Deutschland ein. Über ihre genaue Zahl und soziale Herkunft gibt es nur wenige Informationen. Bekannt ist einzig, dass in den 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre organisierte Schleusungen von Ägyptern stattfanden, für die bis zu 10.000 DM verlangt wurden. Das lässt vermuten, dass nicht die Ärmeren kamen, sondern auch auf diese Weise Mitglieder ägyptischer Mittelschichtfamilien in den Westen gelangen konnten (vgl. Elwert, 2002).

In den 1980er und 1990er Jahren kamen also ägyptische Migranten hauptsächlich aus der Mittelschicht in der geschilderten Weise nach Deutschland. Über die soziale Situation dieser Migranten ist wenig bekannt. Es ist anzunehmen, dass sie ähnlich wie Migranten mit vergleichbaren Einwanderungsmustern auf dem deutschen Bildungs- und Arbeitsmarkt schwer Anschluss finden (vgl. Bommes 1999). Ihr rechtlicher Aufenthaltsstatus ist zumindest in den ersten Jahren unsicher. Sie können keine in Deutschland anerkannten Bildungsabschlüsse vorweisen und finden nur mit Schwierigkeiten Zugang zum deutschen Bildungs- und Beschäftigungssystem. Ein zusätzliches Problem sind unzureichende Sprachkenntnisse. Vor diesem Hintergrund durchlaufen viele von ihnen einen sozialen Abstiegsprozess relativ zum sozialen Status ihrer Familien im Herkunftsland. Diese Migranten stützen sich in Deutschland vermutlich auf persönliche Netzwerke, die vor allem Arbeit, Einkommen, Wohnraum und andere Formen sozialer Unterstützung im Einwanderungskontext vermitteln.

Im Rahmen dieser Pilotstudie wurde diese Gruppe ägyptischer Migranten und ihre sozialen Unterstützernetzwerke nicht näher erforscht. Die empirische Untersuchung richtete sich hauptsächlich auf die Selbstorganisationen der Migranten. Hier stießen wir jedoch auf keine Organisationen, die diese strukturell schwach positionierten ägyptischen Migranten einbezogen oder repräsentierten. Von uns darauf angesprochen, vermuteten unsere ägyptischen Gesprächspartner, dass diese Migranten sich eher in den muslimischen Organisationen anzutreffen seien. Zudem finden sich Hinweise in der Literatur auf formell als ägyptische Vereine anerkannte, faktisch aber als kleine Unternehmen (meist Reisebüros) funktionierende Gesellschaften, welche von familiären oder freundschaftlichen Netzwerken unter ägyptischen Migranten mit relativ niedrigem sozialen Status in Deutschland getragen seien (Gesemann, 1995).

2.2. Die afghanische Diaspora in Deutschland

2.2.1. Struktur, Verteilung und Zuwanderungsphasen

Nach Angaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben sich etwa 100.000 afghanische Migranten und Migrantinnen in Deutschland niedergelassen.⁸ Diese grob geschätzte Zahl umfasst afghanische Staatsangehörige und Deutsche afghanischer Herkunft. Da letztere nach der Einbürgerung nicht mehr im Ausländerzentralregister geführt werden, beziehen sich die folgenden demographischen Angaben nur auf Personen mit afghanischer Staatsbürgerschaft.

Im Dezember 2004 lebten laut Statistischem Bundesamt insgesamt 57.933 afghanische Staatsangehörige in der Bundesrepublik, von denen 50.457 im Ausland und 7.476 in Deutschland geboren waren. Der Anteil der Männer überwiegt gegenüber dem der Frauen noch um knapp 5.000 Personen, jedoch ist die Differenz in den letzten Jahren geringer ge-

⁸ Siehe <http://www2.gtz.de/migration-and-development/konferenz-2/deutsch/afghanen.htm>

worden (Tab. 5). Alle Altersgruppen sind vertreten, jedoch sind 60% aller in Deutschland lebenden Afghanen unter 30 Jahre alt (Abb. 1). Fast zwei Drittel der afghanischen Bevölkerung in Deutschland wohnt in den Bundesländern Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen, wobei in Hamburg mit 14.469 Personen die größte afghanische Population in Deutschland (und Europa) registriert ist⁹ (Tab. 6). Afghanen haben sich bevorzugt in urbanen Zentren und Ballungsgebieten niedergelassen und ihre Konzentration in einzelnen Bundesländern und Städten ist auf den erweiterten Familiennachzug und auf bessere Vermittlungschancen von Arbeitsmöglichkeiten innerhalb solcher größeren „Communities“ zurückzuführen.

Tabelle 5: Afghanische Bevölkerung in Deutschland, 2001 –2004

Jahr	männlich	weiblich	insgesamt
2001	39.766	31.896	71.662
2002	38.193	30.823	69.016
2003	36.179	29.651	65.830
2004	31.321	26.612	57.933

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2005

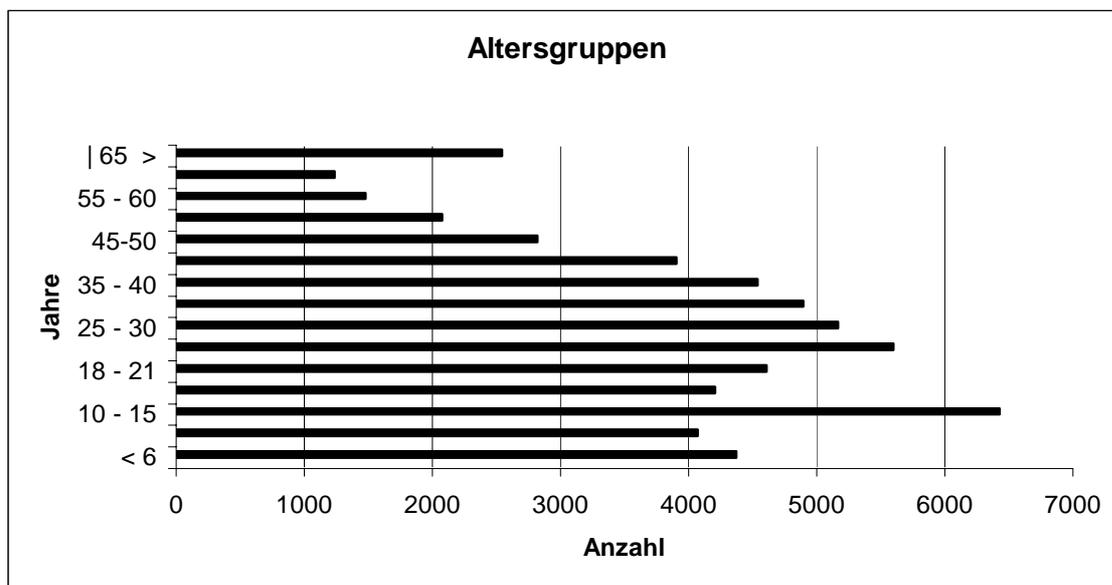
Tabelle 6: Regionale Verteilung der afghanischen Bevölkerung in Deutschland, Stand 31.12.2004

	männlich	weiblich	insgesamt
Baden-Württemberg	1.674	1.286	2.960
Bayern	4.634	3.351	7.985
Berlin	441	349	790
Brandenburg	329	196	525
Bremen	189	170	359
Hamburg	7.655	6.814	14.469
Hessen	7.370	6.551	13.921
Mecklenburg-Vorpommern	70	21	91
Niedersachsen	1.902	1.678	3.580
Nordrhein-Westfalen	4.881	4.533	9.414
Rheinland-Pfalz	758	638	1.396
Saarland	51	35	86
Sachsen	861	512	1.373
Sachsen-Anhalt	67	25	92
Schleswig-Holstein	706	548	1.254
Thüringen	42	15	57

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, 2005

⁹ Zu den Unterschieden in der Sozialstruktur bei den afghanischen Populationen in den genannten Bundesländern vgl. Horr u.a., 1989.

Abbildung 1: Afghanische Staatsangehörige in Deutschland nach Altersgruppen, Stand 31.12.2004



Quelle: Ausländerzentralregister, 2005

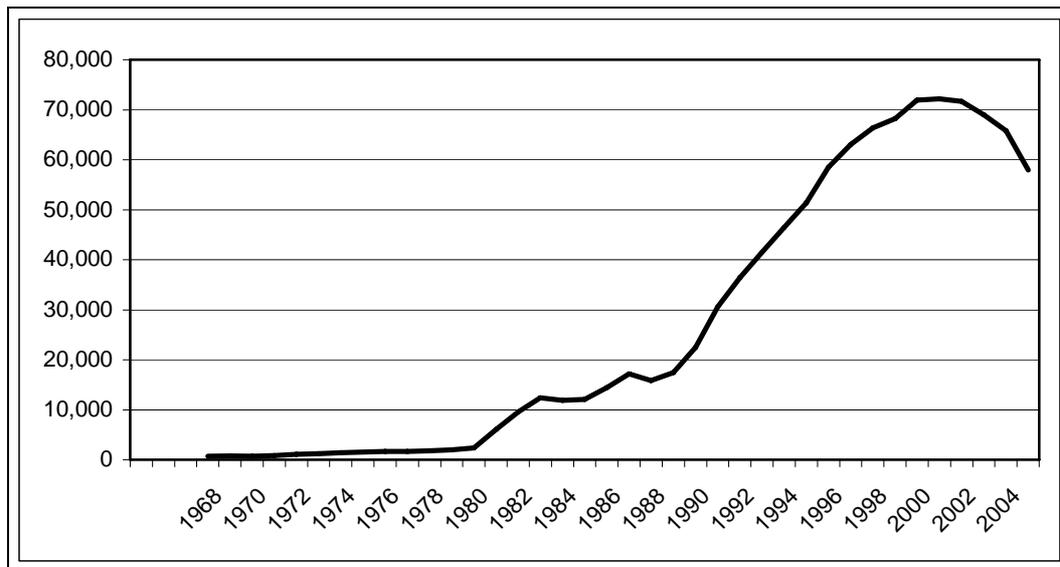
Vor 1979 lebten weniger als 2.000 Afghanen in Deutschland, bei denen es sich vorrangig um Geschäftsleute und Studierende handelte. Insbesondere Hamburg als Hafenstadt zog damals afghanische Kaufleute an, darunter viele Teppichhändler, die in der Speicherstadt Firmen gründeten. In den 1960er und 1970er Jahren kamen zudem zahlreiche vorrangig männliche Studenten, wie auch einige unserer Gesprächspartner, um an verschiedenen deutschen Universitäten insbesondere Medizin und Ingenieurwissenschaften, aber auch andere Fächer zu studieren. Mit Beginn des Krieges in Afghanistan suchten viele afghanische Flüchtlinge in Deutschland Asyl.¹⁰ Im Laufe der 1980er und besonders der 1990er Jahre wuchs die afghanische Bevölkerung stark an, so dass im Jahr 2000 72.199 afghanische Staatsangehörige in Deutschland lebten (Abb. 2). Danach fiel die Zahl der afghanischen Migranten in Deutschland, was zum einen durch die geringere Zahl von neu zuwandernden afghanischen Asylsuchenden nach 2001 (Tab. 7) und zum anderen durch Einbürgerungen (Abb. 5) erklärt werden kann. Es lassen sich drei Zuwanderungswellen afghanischer Flüchtlinge unterscheiden, die im Zusammenhang mit den Phasen des Krieges und den jeweiligen politischen Machtverhältnissen in Afghanistan stehen.¹¹ In der ersten Phase, die der Machtübernahme der kommunistischen DVPA 1978 und der sowjetischen Invasion 1979 folgte, waren Flüchtlinge vor allem Angehörige der westlich orientierten Bildungselite (z.B. Universitätsprofessoren, Lehrer und Studenten), hohe Beamte oder wohlhabende Kaufleute, die Repressionen von Seiten des kommunistischen Regimes ausgesetzt waren oder diese fürchteten. Nach der Machtübernahme der Mujaheddin 1992 flüchteten Personen, die der kommunistischen Regierung angehört, für diese gearbeitet hatten bzw. mit dieser assoziiert wur-

¹⁰ Der gewaltsame Konflikt in Afghanistan seit Ende der 1970er Jahre erzeugte eine sehr große Flüchtlingsdiaspora. Während die meisten afghanischen Flüchtlinge in den Nachbarländern Pakistan und Iran Schutz suchten - Ende der 1980er Jahre lebten in den beiden Ländern jeweils um die 3 Millionen afghanische Flüchtlinge (vgl. UNHCR Afghan Refugee Statistics, Sep. 2001) -, schaffte es eine Minderheit, die über die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen verfügte, in den Westen zu gelangen. In Europa war Deutschland das wichtigste Zielland für afghanische Flüchtlinge. Schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts hatten sich enge institutionelle und wirtschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern entwickelt, die für den Fluchtweg nach Deutschland Anknüpfungspunkte boten (vgl. Schetter, 2004).

¹¹ Zu den unterschiedlichen Fluchtphasen siehe z.B. Centlivres-Demont, 2000; Tietjens, 2002.

den.¹² Die dritte Phase begann mit dem Aufstieg der Taliban, ihrer Einnahme Kabuls 1996 und reichte bis zum Sturz des fundamentalistischen Regimes im Jahr 2001. Die repressive Politik der Taliban, insbesondere die Unterdrückung der Frauen, führte dazu, dass nun auch die Mitglieder der urbanen Mittelschicht, die bis dahin im Land ausgeharrt hatten, versuchten, in den Westen zu gelangen. Ebenso flüchteten verstärkt ethnische und religiöse Minderheiten, z.B. schiitische Hazaras, Ismailiten, Hindus und Sikhs, deren Leben durch die extremistischen Taliban bedroht war.¹³

Abbildung 2: Die Entwicklung der afghanischen Bevölkerung in Deutschland, 1967-2004



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2005

Hinweis: 1967 bis 1990 – früheres Bundesgebiet, ab 1991 – Deutschland; wegen einer Bereinigung des Ausländerzentralregisters im Jahre 2004 sind die Angaben mit Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.

Tabelle 7: Asylanträge afghanischer Staatsangehöriger von 1995-2004

Jahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anträge	7.515	5.663	4.735	3.768	4.458	5.380	5.837	2.772	1.473	918

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Während die ersten Flüchtlinge noch fast ausschließlich der Elite angehörten, kamen im Laufe der Zeit auch immer weniger wohlhabende und gut ausgebildete Afghanen nach Deutschland (Tietjens, 2002). Nicht selten haben diese Flüchtlinge ihr Eigentum verkauft oder sich hoch verschulden müssen, um die Flucht bezahlen zu können. Teilweise wurden sie auch von Angehörigen der Diaspora in Deutschland unterstützt. Aus den verschiedenen motivierten und sozial differenziert zusammengesetzten Zuwanderungen aus Afghanistan

¹² Außerdem gingen unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer zahlreiche afghanische Stipendiaten an den Universitäten der ehemaligen Ostblockstaaten in den Westen (vgl. Centlivres-Demont, 2000). Zu afghanischen Migranten (Studenten) in der DDR siehe z.B. Hötzel u.a.; Zamani, 2000.

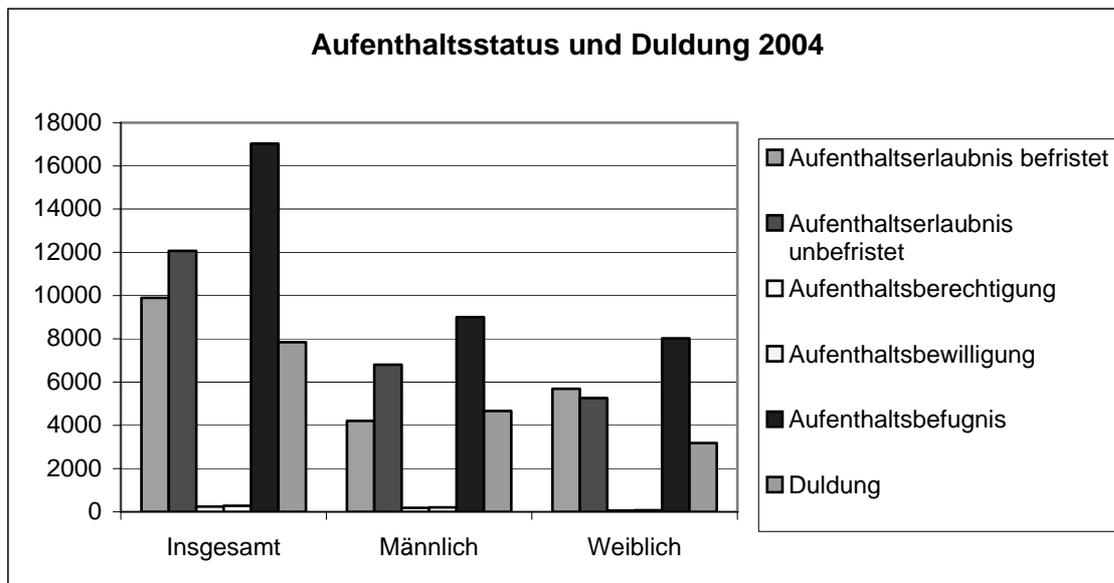
¹³ Nicht alle verließen Afghanistan aufgrund politischer Verfolgung. Menschen flüchteten auch vor den Bombardierungen und sonstigen Gefahren der kriegerischen Auseinandersetzungen. In den 1980er Jahren kamen nach Aussagen eines Gesprächspartners viele Menschen aus Herat und Kandahar nach Deutschland, weil diese Städte besonders vom Kriegsgeschehen betroffen waren. Während der Kämpfe zwischen den rivalisierenden Mujaheddin Anfang der 1990er Jahre lag besonders Kabul unter Dauerbeschuss, womit die Hauptstadtbevölkerung zur Flucht gezwungen wurde. Außerdem standen bei vielen auch ökonomische Beweggründe hinter der Migration nach Deutschland. Sie wollten hier Geld verdienen, um ihre Familien in Pakistan und Afghanistan unterstützen zu können.

resultiert daher eine sehr heterogene Migrantenpopulation. Afghanen in Deutschland unterscheiden sich erheblich nach ihren jeweiligen religiösen und politischen Orientierungen, ihrem Bildungshintergrund sowie ihrer sozialen Schichtzugehörigkeit.

2.2.2. Aufenthaltsstatus, Bildungshintergrund und berufliche Qualifikation

Afghanische Migranten in Deutschland verfügen über unterschiedliche Arten des Aufenthaltsrechts. Etwa 40% besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit. Zwischen 1981 und 2004 ließen sich insgesamt 37.456 Personen einbürgern (Abb. 5) und im Vergleich zu anderen Migranten in Deutschland ist die Zahl der Einbürgerungen unter der Bevölkerung afghanischer Herkunft damit relativ hoch.¹⁴ Unter den Afghanen ohne deutschen Pass verfügen mehr als 80% über einen relativ gefestigten Aufenthaltsstatus (Abb. 4) und knapp 17% haben eine Duldung.¹⁵ Der Aufenthaltsstatus hat großen Einfluss auf die sozialen Chancen in Deutschland. Menschen mit einem Duldungsstatus wie auch Personen, die sich noch in einem laufenden Asylverfahren befinden, dürfen in der Regel nicht studieren oder eine Berufsausbildung machen, unterliegen Arbeitsbeschränkungen und der Residenzpflicht.

Abbildung 4: Afghanische Staatsangehörige nach Aufenthaltstatus, 31.12.2004



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2005. Im Diagramm nicht aufgeführt sind die geringen Zahlen der Personen mit Aufenthaltserlaubnis EU befristet: 42, und unbefristet: 12 Personen.

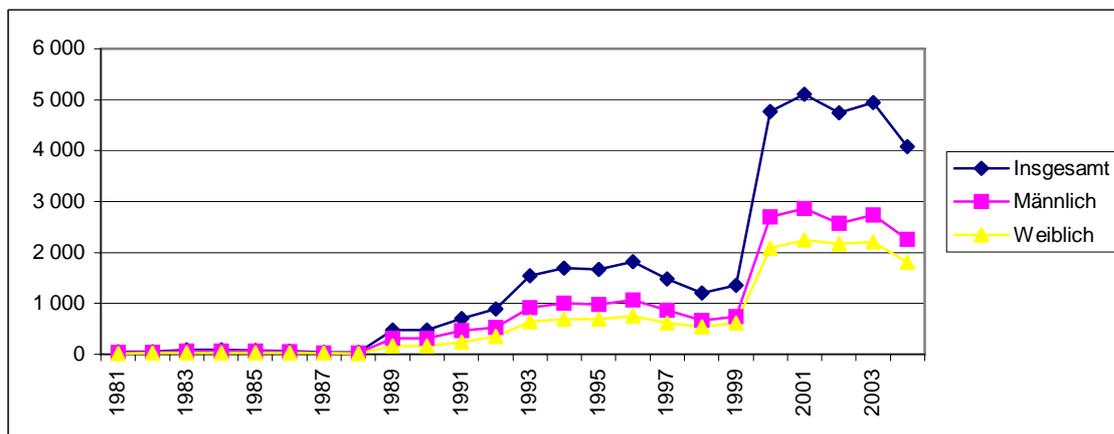
Afghanen in westlichen Ländern sind in der Mehrzahl städtischer Herkunft und verfügen über ein durchschnittlich höheres Bildungsniveau als die ländliche Bevölkerung Afghanistans (Centlivres-Demont, 2000). In einer Studie der Arbeitsgruppe Entwicklung und Fachkräfte im Bereich der Migration und Entwicklungszusammenarbeit (AGEF, 2002) zum Fachkräftepo-

¹⁴ Im Jahr 2000 betrug die Einbürgerungsquote von Afghanen 6,61% und die aller Ausländer 2,56% (Tietjens, 2002).

¹⁵ Die unterschiedlichen Aufenthaltstitel stehen im Zusammenhang mit den Zeitpunkten der Zuwanderung und Veränderungen in der deutschen Asyl- und Einwanderungspolitik. Bis 1980 konnten afghanische Staatsangehörige ohne Visum einreisen und sich für drei Monate in der Bundesrepublik aufhalten. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges wurden Anfang der 1980er Jahre Afghanen als „Opfer kommunistischer Aggression“ aufgenommen und ihre Asylanträge meist innerhalb kurzer Zeit positiv entschieden. Dies änderte sich im weiteren Verlauf der 1980er Jahre und schon 1988 wurden 74% der Asylanträge abgelehnt (Horr u.a., 1989). In den 1990er Jahren wurden nahezu alle Asylanträge negativ beschieden, da im Gefolge des Bürgerkriegs keine staatliche Institution in Afghanistan mehr vorhanden war und somit staatliche Verfolgung nicht mehr nachgewiesen werden konnte (Hötzeldt u.a.). Flüchtlinge, die häufig illegal oder mit gefälschten Papieren einreisten, hatten kaum noch Chancen auf der Grundlage des Asylrechts oder der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt zu werden. Ihr Aufenthalt wurde aus humanitären Gründen oder aufgrund eines allgemeinen Abschiebestopps nach Afghanistan lediglich geduldet (Arendt-Rojan u.a., 2005; Gehrig, 2004).

tenzial afghanischer Migrantinnen und Migranten in Deutschland (eingeschlossen wurden auch Deutsche afghanischer Herkunft) gaben 30,9% der Befragten an, die Hochschulreife zu besitzen, und 18,2% ein Hochschulstudium absolviert zu haben. Die am häufigsten vertretenen Berufsgruppen sind der Studie zufolge Lehrer, Architekten, Ingenieure, Mediziner und Pflegekräfte. Diese gute Qualifizierung ist jedoch zu relativieren, denn in vielen Fällen liegt der Zeitpunkt der Abschlüsse sehr lange zurück, und nur ein geringer Anteil unter ihnen hatte die Möglichkeit, Berufserfahrungen in Deutschland im erlernten Beruf zu sammeln, bedingt durch die mit dem Asyl- und Aufenthaltsrecht verbundenen Arbeitsbeschränkungen.¹⁶ Sie mussten daher häufig weniger qualifizierte Arbeiten annehmen und haben entsprechend auch keine Weiterbildungen in den ursprünglich erlernten Berufen durchlaufen. Unsere Interviewpartner vermuteten demgegenüber ein größeres Potenzial bei den Mitgliedern der zweiten Generation, die noch in der Ausbildung sind oder ihr Studium erst vor Kurzem abgeschlossen haben. Die afghanischen Migranten, die selber einen sozialen Abstieg im Aufnahmeland erfahren haben, scheinen besonderen Wert auf die Ausbildung ihrer Kinder zu legen, um so durch langfristige Investition in Bildung die Risiken des Exils zu bewältigen (Centlivres-Demont, 2000; Zulfacar, 1998).

Abbildung 5: Einbürgerungen afghanischer Staatsangehöriger



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2005

Hinweis: Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland; 1997-1999 ohne Hamburg.

2.2.3. Soziale Interaktionen und Organisationsformen

Familiären und verwandtschaftlichen Beziehungen und Loyalitäten sowie Freundschaften, die schon in Afghanistan bestanden, kommt eine sehr große Bedeutung zu. Zudem spielen soziale Netzwerke innerhalb der afghanischen Diaspora offenkundig eine große Rolle. Ihre innere Struktur und Funktionsweise ließ sich aber im Rahmen dieser Pilotstudie auf der Grundlage der uns zugänglichen Informationen und Materialien nicht im Einzelnen aufschlüsseln. Im Folgenden soll auf übergreifende Gesichtspunkte eingegangen werden, an denen sich die sozialen Interaktionen und Zusammenschlüsse in Vereinen unter den afghanischen Migranten ausrichteten.

Die Afghanen in Deutschland unterscheiden sich nach ethnischer Zugehörigkeit, regionaler Herkunft und Muttersprache. Tadschiken und Paschtunen bilden die größten Gruppen, darüber hinaus sind insbesondere Hazaras, Usbeken, Nuristani, Paschaien sowie Hindus und Sikhs vertreten (AGEF, 2002). In einigen Vereinen sind nach Angaben der von uns Be-

¹⁶ 78,4% der Befragten gaben an, gar keine oder weniger als ein Jahr Berufserfahrung im erlernten Beruf zu besitzen.

fragten faktisch nur Angehörige einer bestimmten ethnischen Gruppe Mitglieder, z.B. Paschtunen, auch wenn eine solche Exklusivität in der Vereinssatzung nicht vorgesehen ist. Migranten gleicher regionaler oder lokaler Herkunft pflegen intensivere Kontakte untereinander und in einem Fall war dies offensichtlich die Grundlage dafür, dass ein Verein zur Förderung des Wiederaufbaus der Infrastruktur in der Herkunftsregion gegründet wurde. Zudem sind ethnische Zugehörigkeit und/oder geteilte regionale Herkunft meist mit gemeinsamer Muttersprache als Basis der Verständigung gepaart. Die Bedeutung von Ethnizität für soziale Abgrenzungsprozesse ist jedoch mit Vorsicht einzuschätzen, denn Nassery (2003) zufolge ist Schichtzugehörigkeit für die Binnenstruktur der Diaspora weit bedeutsamer.

Ein weiteres bedeutendes Kriterium ist die Religionszugehörigkeit. Die überwiegende Mehrheit der Afghanen bekennt sich zum Islam entweder sunnitischer oder schiitischer Konfession. Der Anteil der schiitischen Muslime ist Tietjens (2002) zufolge in Deutschland im Vergleich zur Bevölkerung in Afghanistan relativ hoch, da viele Angehörige der verfolgten schiitischen Minderheit über den Iran nach Europa geflohen sind. Die afghanischen Hindus und Sikhs bilden unter den Afghanen in Deutschland eine eigene geschlossene Gruppe mit starker Innenorientierung (Daume, 2004). Sie haben in einer Reihe deutscher Städte Vereine gegründet, die in einem Dachverband der afghanischen Hindus und Sikhs zusammen geschlossen sind, der sich für die Belange seiner Mitglieder im Aufnahmeland einsetzt.

Der politische Hintergrund der afghanischen Migranten stellt ebenfalls eine bedeutende Basis für Gruppenbildungen und innere Abgrenzungen untereinander dar. In den 1960er und 1970er Jahren waren Studierende aus Afghanistan in Vereinen zusammengekommen, die meist linksorientiert und von der Studentenbewegung der 68er beeinflusst waren.¹⁷ Diese sind heute nicht mehr aktiv, aber einige dieser ehemaligen Studenten haben in Deutschland Hilfsorganisationen aufgebaut, die in der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan tätig sind. Zudem haben Afghanen der zweiten Generation inzwischen wieder mehrere Vereine für afghanische Studierende und Jugendliche mit dem Ziel einer Vernetzung innerhalb Deutschlands sowie des Austauschs mit Jugendlichen und Studierenden in Afghanistan gegründet. In den 1980er Jahren gründeten afghanische Migranten politische Vereine, die jeweils den unterschiedlichen Oppositionsparteien nahe standen, welche in den Afghanistankonflikt involviert waren. Dazu gehörten verschiedene islamistische Widerstandsgruppen (Mujaheddin), Royalisten, Maoisten oder kleinere liberale Parteien. Später gründeten Mitglieder oder Anhänger der gestürzten kommunistischen Regierung, die besonders Anfang der 1990er Jahre als Flüchtlinge kamen, ihre eigenen Vereine. So spiegelte die Organisationsbildung die politische Lagerbildung des Afghanistankonfliktes wider und reproduzierte seine Konfliktkonstellationen in Deutschland.

Afghanische Frauen in Deutschland haben sich in diversen Vereinen zusammengeschlossen, deren Ziel die Verbesserung der Lebenssituation für Frauen und Mädchen in Afghanistan ist.¹⁸ Ihr Engagement umfasst Versuche der Netzwerkbildung, politische Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung über die Situation der Frauen in Afghanistan sowie die Initiierung und Betreuung von Bildungs- und Ausbildungsprojekten für Mädchen und Frauen. Die Mitglieder dieser von uns befragten Vereine leben deutschlandweit verstreut, gehören verschiedenen Generationen an und besitzen unterschiedliche soziale Hintergründe.

¹⁷ 1968 wurde die Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAFS) gegründet.

¹⁸ Ihre Zusammenschlüsse können auf der Basis einer exklusiven politischen Orientierung geschehen (z.B. bei DVPA - Anhängerinnen oder RAWA, einer international vernetzten Untergrundorganisation afghanischer Frauen) oder auch überpolitisch, d.h. politische Differenzen überwindend, ausgerichtet sein (z.B. Afghanisch-Deutsches-Frauenforum e.V. in Bonn).

Es konnten mehrere Vereine ausgemacht werden, bei denen neben der afghanischen Herkunft die gemeinsame Profession die Organisationsgrundlage bietet. Besonders afghanische Ärzte und andere medizinische Fachkräfte haben sich in Deutschland organisiert.¹⁹ 2002 haben sich acht Vereine in dem „Dachverband des medizinischen Fachpersonals und deren Kollegen im deutschsprachigen Raum“ (DAMF e.V.) zusammengeschlossen (Medicina Afghanistanica, 2003). Ihr Ziel ist die Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Afghanistan. Ein Verein setzt sich darüber hinaus für die Belange der afghanischen Ärzte in Deutschland ein. Es geht z.B. um die Anerkennung von Diplomen oder die Einschränkung der Berufsausübung aufgrund ausländerrechtlicher Bestimmungen. Zudem haben afghanische Ingenieure und Techniker zwei Vereine gegründet: „Verein afghanischer Ingenieure und Techniker in Deutschland (VAIT) und Gesellschaft für landwirtschaftliche und technische Entwicklung (GltEA).²⁰ Sie führen Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur in Afghanistan, besonders im Energiesektor, durch. Des Weiteren sind afghanische Lehrerinnen²¹ in einem Elternrat tätig, und organisieren muttersprachlichen Unterricht in Hamburg.

Es sei darauf hingewiesen, dass die ausgeführten leitenden Gesichtspunkte, die den Zusammenschlüssen, Vernetzungen und Vereinsgründungen der Migranten zugrunde lagen, nicht exklusiv, sondern miteinander kombinierbar sind, so dass z.B. politische Orientierung mit religiöser Ausrichtung und ethnischer Zugehörigkeit einhergehen und vor allem in einer bestimmten sozialen Schicht angetroffen werden.²² Zudem muss im Auge behalten werden, dass die Mehrzahl der afghanischen Vereine in Deutschland primär auf die Lebensgestaltung im Aufnahmeland ausgerichtet ist. Sie ermöglichen etwa die Ausübung der Religion durch die Errichtung sakraler Stätten oder die Reproduktion kultureller Traditionen durch gemeinsame Feiern. Davon sind solche Organisationen zu unterscheiden, die primär zu dem Zweck gegründet worden sind, Leistungen für Afghanistan zu erbringen oder afghanischen Flüchtlingen in Pakistan zu helfen. Dies gilt z.B. für die genannten professionellen Vereine oder die Frauenvereine. Neben diesen gibt es in Deutschland zahlreiche weitere NGOs ohne klar definierte Mitgliedschaft, die in Afghanistan in der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit aktiv sind.²³

2.3. Die serbische Diaspora in Deutschland

2.3.1. Die Gastarbeiter: serbische Clubs

Die massive Anwerbung der jugoslawischen Gastarbeiter in Deutschland begann bereits im Jahre 1961 und dauerte bis zum Erlass des allgemeinen Anwerbstopps im Jahre 1973. In dieser Zeit kamen rund 535.000 jugoslawische Arbeiter nach Deutschland (Tab. 8). Über ein Drittel davon stammte aus Serbien, die übrigen kamen v.a. aus Kroatien, Bosnien und

¹⁹ Laut der bereits erwähnten AGEF-Studie gaben 7,8% der Befragten an, Mediziner und weitere 7,6% Krankenpflege- oder andere medizinische Fachkräfte zu sein.

²⁰ Architekten, Ingenieure und verwandte Berufe gehören mit ca. 10,3% ebenfalls zu den häufigsten Berufsgruppen unter afghanischen Migranten in Deutschland (AGEF, 2002).

²¹ Lehrer und Lehrerinnen stellen mit 11,1% die am stärksten vertretene Berufsgruppe in der afghanischen Diaspora in Deutschland.

²² Beispielsweise gibt es bei den kommunistischen Vereinen die Unterteilung entsprechend den beiden Flügeln Khalq und Parcham der DVPA (Demokratische Volkspartei Afghanistans), wobei Anhänger des Parcham-Flügels eher aus oberen Gesellschaftsschichten kommen. Mitglieder der Ingenieursvereine kommen aus dem Bildungsbürgertum und setzen sich mehrheitlich aus den Absolventen der Amani-Schule in Kabul zusammen (hier gehen demnach Berufszugehörigkeit und soziale Herkunft einher). Des Weiteren soll die Afghanische Sozialdemokratische Partei nur paschtunische Mitglieder rekrutieren (d.h. die politische Orientierung steht in Zusammenhang mit der Ethnizität).

²³ Eine Gesprächspartnerin schätzte, dass es in Deutschland ca. 70 Hilfsorganisationen mit Afghanistanbezug gibt. Gründungs- und sonstige Mitglieder sind Afghanen und Deutsche. Die vorliegende Studie konzentrierte sich in der empirischen Untersuchung auf Vereine, die in der Mehrzahl afghanische Mitglieder haben und durch diese initiiert wurden.

Herzegowina (Haberl, 1978). Zunächst wurden hauptsächlich unqualifizierte Hilfsarbeiter nach Deutschland angeworben, mit den Jahren jedoch immer mehr höher qualifizierte Facharbeiter (Tab. 9). Nach dem Anwerbestopp und im Zuge der Rückkehrpolitik der Bundesregierung kehrte etwa ein Viertel der jugoslawischen Arbeiter in ihre Herkunftsland zurück (Malac'ic', 1996). Unter den Rückkehrern waren vor allem niedrig qualifizierte Migranten mit schlechten Aussichten auf eine Weiterbeschäftigung. Dies hob das durchschnittliche Qualifikationsniveau unter den in Deutschland verbleibenden jugoslawischen Arbeitern an (Haberl, 1978). Der Anwerbestopp hatte jedoch nicht nur die Abwanderung niedrig Qualifizierter zur Folge, sondern insbesondere auch die Nachwanderung der Familien der in Deutschland verbliebenen Arbeiter. Daher blieb die Zahl der jugoslawischen Staatsbürger in Deutschland während der 80er Jahre trotz erheblicher Abwanderung etwa auf dem gleichen Niveau (Malac'ic', 1996). Mit dem Ausbruch der ethnischen Konflikte in Jugoslawien nahm die Zahl der Zuwanderer aus dem zerfallenden Jugoslawien nach Deutschland wieder erheblich zu. Zwischen 1991 und 1997 flohen etwa 300.000 Menschen, und knapp die Hälfte von ihnen ging nach Deutschland und Österreich (Simeunovic, 1997).²⁴ Die letzte Einwanderungswelle kam schließlich mit dem Kosovokonflikt Ende der 1990er Jahre.²⁵

Tabelle 8: Die Gesamtzahl der jugoslawischen Abwanderer nach ausgewählten Anwerbestaaten, 1961 - 1973

Jahr	Benelux	Deutschland	Frankreich	Österreich	Schweden	Schweiz	Europa insg.
1961		17.500	200		1.900		30.000
1962	6.700	36.400	500	1.000	2.400	1.100	50.000
1963	9.800	42.900	2.000	2.700	2.600	2.000	90.000
1964	12.000	48.800	3.900	5.500	3.700	5.500	115.000
1965	12.000	68.700	6.600	13.200	7.600	8.500	140.000
1966	11.000	90.500	10.000	25.700	13.100	10.000	210.000
1967	10.000	84.800	32.800	37.500	14.000	11.000	220.000
1968	9.000	148.400	40.800	35.600	14.800	12.500	300.000
1969	14.500	297.000	52.100	40.100	17.700	21.000	420.000
1970		415.500	62.700	56.100	22.600		550.000
1971		434.900	69.900	128.800	22.900	34.000	660.000
1972	15.000	465.600	77.200	166.200	24.000	40.000	760.000
1973		535.000	86.200	195.500	25.800	32.000	860.000

Quelle: Haberl, O. N. (1978) - Die Abwanderung von Arbeitskräften aus Jugoslawien. Zur Problematik ihrer Auslandsbeschäftigung und Rückführung. München, R. Oldenbourg Verlag München. S. 276

²⁴ Nach Hochrechnungen von Torsten Jäger und Reso Jasna (1999) waren nur 5% der hauptsächlich aus Bosnien stammenden Bürgerkriegsflüchtlingen in Deutschland serbischer Herkunft.

²⁵ Allerdings dürfte auch hier die Zahl der Flüchtlinge serbischer Herkunft sehr niedrig sein. Deutschland nahm in dieser Phase des Konfliktes überwiegend Kosovoalbaner sowie Sinti und Roma aus Kosovo auf. Serben aus dem Kosovo gehörten dagegen zu den sogenannten innerstaatlich vertriebenen Personen, d.h., dass sie meist aus dem Kosovo nach Serbien (und nicht nach Europa) flüchteten (vgl. www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/0/e233f4a8e296414dc1256aa00045d2d4?OpenDocument).

Tabelle 9: Qualifikationsstruktur der in die Bundesrepublik Deutschland vermittelten jugoslawischen Arbeitskräfte, 1969 – 1973

Jahr		Insgesamt vermittelte	unqualifiziert	qualifiziert
1969	absolut	67.745	55.526	12.226
	%	100,0%	82,0%	18,0%
1970	absolut	106.495	77.203	29.292
	%	100,0%	72,5%	27,5%
1971	absolut	73.492	51.389	22.103
	%	100,0%	69,9%	30,1%
1972	absolut	47.815	30.613	17.202
	%	100,0%	64,0%	36,0%
1973	absolut	67.111	42.663	24.448
	%	100,0%	63,6%	36,4%

Quelle: Haberl, O. N. (1978) - Die Abwanderung von Arbeitskräften aus Jugoslawien. Zur Problematik ihrer Auslandsbeschäftigung und Rückführung. München, R. Oldenbourg Verlag München. S. 284

Heute leben etwas über 500.000 Einwanderer serbischer Staatsangehörigkeit in Deutschland. Der gegenwärtige Einwanderungssaldo der Serben in Deutschland ist negativ (Tab. 11). Es verlassen also mehr Serben Deutschland als zuziehen. Hinter den inzwischen wieder sinkenden hohen Abwanderungszahlen verbarg sich wahrscheinlich die politisch forcierte Rückkehr der Flüchtlinge des Kosovokonfliktes. Zusammen mit den eingebürgerten Migranten leben schätzungsweise etwa 700.000 Migranten serbischer Herkunft in Deutschland. Ihre soziale Situation unterscheidet sich je nach Aufenthaltsstatus und -dauer. Die meisten von ihnen sind jedoch im Rahmen der Arbeitsmigration der 1960er und 1970er Jahre sowie des Familiennachzugs gekommen und befinden sich in einer relativ sicheren sozialen Lage. Im Jahre 2004 besaßen über 60% von ihnen einen gesicherten Aufenthaltsstatus (Tab. 10). Die jugoslawischen Arbeiter wurden wie alle vormaligen „Gastarbeiter“ zudem über die Gewerkschaften und über die in den 1970er und 1980er Jahren eingerichteten Ausländervertretungen in den Kommunen sukzessiv politisch einbezogen. Auf der Grundlage ihrer langjährigen versicherungspflichtigen Beschäftigung sowie ihres Einbezugs in die Einrichtungen des deutschen Rechts- und Wohlfahrtsstaates haben diese Arbeitsmigranten daher zivile, politische und soziale Rechte akkumuliert und sich zu sog. „denizens“, Wohnbürgern im Sinne von Hammar (1989), entwickelt. Im Laufe der Zeit hat sich daher der soziale Status der jugoslawischen Gastarbeiter dem Status deutscher Arbeiter immer mehr angeglichen. Der soziale Aufstieg darüber hinaus ist ihnen jedoch mehrheitlich und insbesondere der Gruppe der Serben nicht gelungen. Dies zeigt sich an der Bildungssituation der zweiten Generation der Migranten serbischer Herkunft. Obwohl die Serben (inkl. Montenegriner) eine der größten in Deutschland lebenden Migrantengruppen aus den ehemaligen Anwerbestaaten sind, sind die Zahlen der in Deutschland geborenen Studenten serbischer bzw. montenegrinischer Herkunft relativ niedrig. Sie stellen nur 3,5% aller Bildungsinländer in Deutschland, während der Anteil der Bildungsinländer aus anderen Anwerbestaaten bedeutend höher liegt (Tab. 12). Die zweite Generation der Serben in Deutschland scheint daher eher den sozialen Status ihrer Eltern zu beerben.

Tabelle 10: Aufenthaltsstatus der serbischen Bevölkerung am 31.12.2004

Staats- angehörigkeit	Insgesamt	Davon haben den Aufenthaltsstatus					
		Aufenthalts- erlaubnis		Aufenthalts- berechtigung	Aufenthalts- bewilligung	Aufenthalts- befugnis	Duldung
		befr.	unbefr.				
Jugoslawien	381.563	77.406	117.449	65.753	2.704	32.656	50.103
Serbien und Montenegro	125.765	30.510	31.594	15.827	791	13.475	23.285

Quelle: Ausländerzentralregister, Zusammenstellung des BAMF

Tabelle 11: Einwanderungszahlen der Staatsbürger Serbiens und Montenegro nach Deutschland, 2000 - 2004

Jahr	Zugezogene	Fortgezogene
2000	33.015	89.269
2001	28.349	35.989
2002	25.501	36.303
2003	21.442	27.958
2004	20.366	25.679

Quelle: Statistisches Bundesamt, VI-B, Wanderungsstatistik

Die jugoslawischen Arbeitsmigranten wurden primär politisch durch die Bemühungen des Staates Jugoslawien, die Loyalität der Abwanderer zum Herkunftsstaat aufrechtzuerhalten, zur Bildung eigener Vereine veranlasst. In den 1970er Jahren wurden die „jugoslawischen Clubs“ in Deutschland gegründet, initiiert durch die jugoslawischen Konsulate. Wohlfahrtsverbände, wie vor allem die AWO, und Kommunen trugen zur finanziellen Unterstützung dieser Clubs bei. Schon 1975 gab es 130 jugoslawische Clubs mit jeweils etwa 150 Mitgliedern (Haberl, 1978) und im Jahr 1980 bereits 400 Clubs (Brieden, 1996). Trotz dieser gut funktionierenden jugoslawischen Clubs war die Zahl der aktiv engagierten jugoslawischen Arbeitsmigranten eher gering. So waren in den 1970er Jahren nur etwa 4% aller jugoslawischen Gastarbeiter in den Clubs aktiv (Haberl, 1978). Mit dem Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren lösten sich die meisten dieser Clubs auf. Denn mit diesem Zerfall war die (Re)Mobilisierung verschiedener „Nationalismen“ eng verknüpft, die auch auf die Arbeitsmigranten übersprangen. Insbesondere Serben und Kroaten entdeckten ihre nationale Identität wieder, und ein Teil der im Ausland lebenden Serben und Kroaten wurden gewissermaßen zu den Vorposten ihrer nationalen Bewegungen in den Herkunftsländern (Conversi, 2000 und Frykman, 2002). Entsprechend formierten sich die vormalig jugoslawischen Clubs auf national bzw. ethnisch homogener Basis neu, und es kam in den 1990er Jahren zu einem Gründungsboom serbischer Clubs, die ähnlich wie die anderen nationalen oder ethnischen Gruppen aus Jugoslawien ihren neu entdeckten Nationalstolz und ihre nationale Identität zelebrierten. Die jugoslawischen Konsulate unterstützten diesen neuen „Diasporanationalismus“. Deutsche Organisationen stellten dagegen ihre Unterstützung serbischer Vereine ein. Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Jugosla-

wien im Zusammenhang mit der NATO-Intervention zerbrachen jedoch auch die engen Beziehungen der serbischen Clubs zu den Konsulaten, die auch nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht mehr wiederbelebt wurden.²⁶

Tabelle 12: Bildungsinländer serbischer Herkunft im Vergleich

Herkunftsstaat	Absolute Migrantenzahlen (1)	Studierende, anteilig an der Gesamtzahl der Bildungsinländer (2)
Türkei	1.764.318	29%
Italien	548.194	5%
Jugoslawien / Serbien und Montenegro	507.328	3,5%
Griechenland	315.989	6%
Polen	292.109	4%
Kroatien	229.172	6%

Quelle: (1) BAMF, 2004; (2) Statistisches Bundesamt, 2004

Tabelle 13: Bildungsausländer und Bildungsinländer aus Serbien und Montenegro

Jahr	Bildungsausländer	Bildungsinländer
2001	1.116	2.454
2002	1.108	2.345
2003	1.104	2.206
2004	1.097	2.155

Quelle: wissenschaft-weltoffen, 2005

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die jugoslawischen Gastarbeiter zunächst mithilfe des Herkunftsstaates gut organisiert waren. Das Netz jugoslawischer Clubs wurde in den 1990er Jahren durch die serbischen Vereine ersetzt, jedoch verloren sie seit Ende der 1990er Jahre jegliche Unterstützung durch den Herkunftsstaat. Als Folge davon wurden viele Clubs geschlossen. Geblieben sind eine Reihe von Sport-, Folklore- und Kulturvereinen, deren Fortbestehen heute auch bedroht ist. Der Organisationsgrad der serbischen Arbeiter in Deutschland ist daher in der Gegenwart recht gering.

2.3.2. Serbische Intellektuelle und Bildungsmigranten: politische Mobilisierung der Elite

Bereits in den 1950er Jahren waren einige Intellektuelle aus Serbien nach Deutschland migriert. Viele von ihnen waren Anhänger der serbischen Monarchie und Kritiker des kommunistischen Regimes. Auch später kamen kontinuierlich Serben zum Studium nach Deutschland; ihre Zahlen waren aber eher gering, und sie sind bis heute weitgehend unbekannt. Knapp über 1.000 Studierende aus Serbien (sogenannte Bildungsausländer) schrei-

²⁶ Dies hatte wohl seine politische Ursache darin, dass die neue Regierung nach dem Sturz Milosevics alle Maßnahmen „der Diasporapolitik“ von Milosevic abschaffte. Zudem vermutete die neue sich als oppositionell und demokratisch bezeichnende politische Elite Serbiens, dass in den serbischen Clubs eher ressourcenarme, konservative „Bauern“ und Unterstützer des Milosevicregimes organisiert seien, die für sie wenig interessant waren.

ben sich aktuell jährlich an deutschen Hochschulen ein (Tab. 13). Der Anteil der Bildungsmigranten an der Gesamtzahl der Einwanderer aus Serbien und Montenegro steigt allerdings allmählich an: Im Jahre 2001 betrug er knapp 4% und in 2004 gute 5%. Es ist zu erwarten, dass die Bedeutung der Bildungswanderung aus Serbien zunehmen wird, da die Bildungsmigration aus den Grenzstaaten der EU im Rahmen der europäischen Bildungspolitik gefördert wird, während die Möglichkeiten anderer Wanderungsformen (Familienzusammenführung und Flucht) auslaufen.

Die lange in Deutschland lebenden hochqualifizierten Serben konnten sich gut etablieren. Den Einschätzungen unserer serbischen Gesprächspartner zufolge arbeiten viele von ihnen als Mediziner, Lehrer und Ingenieure in Deutschland. Im Rahmen dieser Studie haben wir darüber hinaus Kontakte zu serbischen Journalisten, Universitätsangestellten und Dolmetschern herstellen können. Zudem finden sich unter den Hochqualifizierten auch eine Reihe mittelständischer Unternehmer.

Im Zusammenhang mit dem serbisch-kroatischen Konflikt Anfang der 1990er Jahre engagierten sich ebenfalls die hochqualifizierten Serben in Deutschland unter nationalen Vorzeichen. Ähnlich wie die serbischen Gastarbeiter organisierten sie sich in serbischen Kulturvereinen, agierten aber, im Unterschied zu den serbischen Gastarbeiterclubs, weitgehend autonom. Ihre Aufmerksamkeit galt stark der politischen und sozialen Entwicklung in Jugoslawien, wobei einige dieser Vereine in engem Kontakt mit der serbisch-orthodoxen Kirche in Deutschland standen und zur Gründung neuer Kirchengemeinden in Deutschland beitrugen.²⁷ Nach Einführung des Parteienpluralismus wurden in Deutschland inoffizielle Parteiniederlassungen fast aller neu etablierten politischen Parteien in Rest-Jugoslawien gegründet, die ebenfalls meist von serbischen Hochqualifizierten und Studenten ins Leben gerufen wurden. Die politische Mobilisierung der hochqualifizierten Serben erreichte mit dem Kosovokonflikt Ende der 1990er Jahre ihren Höhepunkt. Ihre Organisationen protestierten aktiv gegen die NATO-Angriffe auf Serbien, veranstalteten öffentliche Auftritte gegen die aus ihrer Sicht verzerrte Darstellung der Situation in Jugoslawien durch die Medien, warben in Hilfsaktionen für Serbien und traten für oder gegen Milosevic auf. Mit dem Ende des Krieges und der Beruhigung der innenpolitischen Situation verloren auch die Aktivitäten dieser Vereine ihren mobilisierenden Elan.

Die serbischen Hochqualifizierten und Bildungsmigranten sind zwar zahlenmäßig unbedeutend, besitzen jedoch ein hohes Mobilisierungspotenzial. Sie haben es in den 1990er Jahren vermocht, sich autonom und effektiv zu organisieren. Jedoch waren ihre Aktivitäten ausschließlich auf die politisch konfliktgeladenen Konstellationen ihres Herkunftslandes gerichtet und verloren mit der Normalisierung der Verhältnisse in Serbien an Kraft und Intensität.

²⁷ In der Bundesrepublik Deutschland leben heute weit über 250.000 gläubige Serben, die in verschiedenen Gemeinden organisiert sind. Die serbisch-orthodoxe Kirche in Deutschland ist der orthodoxen Theologie und dem orthodoxen Kirchenrecht entsprechend bischöflich verfasst. Sie bildet eine Diözese mit dem Bischof an der Spitze, mit 29 Großgemeinden und 36 Gottesdienststätten in Deutschland. Bis zum heutigen Tag sind 16 Kirchen Eigentum der serbisch-orthodoxen Kirche, unter anderem in Düsseldorf, Osnabrück, München, Hannover, Berlin, Dortmund, Stuttgart, Ulm (www.kokid.de/bistuemer/sok.htm).

3. Diaspora-Aktivitäten und deren entwicklungspolitische Bedeutung

3.1. Ökonomische Aktivitäten der Diaspora

3.1.1. Rücküberweisungen

Rücküberweisungen von Migranten haben in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, weil sie in vielen Ländern einen erheblichen Anteil an dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausmachen, zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen beitragen und vielfach auch die Höhe der von diesen Ländern bezogenen öffentlichen Entwicklungshilfe überschreiten (vgl. Weltbank, 2005; Straubhaar und Vadean, 2006). Jedoch bedarf es auch hier eines genaueren Blicks, denn das empirische Wissen über Rücküberweisungen, über die Bedingungen, unter denen sie vorgenommen werden, und über ihre jeweilige Verwendung ist lückenhaft.

a) Unsichere Datenlage

Die Datenlage über Rücküberweisungsflüsse aus Deutschland nach Afghanistan, Ägypten und Serbien ist aus verschiedenen Gründen unvollständig. In Afghanistan und Serbien werden die Statistiken nur sehr dürftig geführt. Für Ägypten sind die Methoden der Datenerhebung sehr unterschiedlich.

In Afghanistan erfassen weder nationale Behörden noch internationale Finanzorganisationen die Rücküberweisungszuflüsse. Unpublizierten Bundesbankstatistiken zufolge sind aus Deutschland im Jahr 2004 22 Mio. Euro an „Heimatüberweisungen von Gastarbeitern“²⁸ nach Afghanistan erfolgt. Diese Statistiken erfassen jedoch nur offizielle Zahlungsströme nichteingebürgerter, in Deutschland lebender Afghanen.

Die Rücküberweisungsflüsse nach Serbien werden vom Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht erfasst, und die serbische Zentralbank dokumentiert nur laufende öffentliche und private Übertragungen in aggregierter Form, ohne diese weiter nach Herkunftsländern zu unterscheiden.²⁹ Aufgrund nicht publizierter Bundesbankstatistiken sind im Jahr 2004 240 Mio. Euro an „Heimatüberweisungen von Gastarbeitern“ aus Deutschland nach Serbien geflossen. Auch hier gilt aber, dass nur offizielle Zahlungsströme nichteingebürgerter in Deutschland lebender Serben erfasst sind.

Im Falle Ägyptens ist die statistische Datenlage weit besser, dennoch stimmen die Angaben der ägyptischen Zentralbank mit denen der Deutschen Bundesbank nicht überein. Laut ägyptischer Zentralbank betrug der Zufluss von Rücküberweisungen aus Deutschland im Jahr 2004 ca. 90 Mio. US\$.³⁰ Laut nicht publizierten Statistiken der Deutschen Bundesbank belaufen sich die Heimatüberweisungen der Gastarbeiter aber auf nur 4 Mio. Euro. Dieser erhebliche Unterschied in den statistischen Angaben resultiert aus den unterschiedlichen Methoden der Schätzung der Rücküberweisungsflüsse. Die ägyptische Zentralbank erfasst in sehr breiter Auslegung als Rücküberweisungen von Arbeitskräften alle Überweisungen

²⁸ Rücküberweisungen werden in der Zahlungsbilanz der Deutschen Bundesbank als „Heimatüberweisungen von Gastarbeitern“ ausgewiesen. Diese erscheinen als Unterkonto der *Laufenden Übertragungen* und sind dem Konto *Private Leistungen an das Ausland* zugeordnet.

²⁹ Der größte Teil der Rücküberweisungen wird in den Zahlungsbilanzstatistiken unter der Rubrik *Private Laufende Übertragungen* erfasst. Weitere Rubriken nach Vorgaben des IWF zur Erfassung von Rücküberweisungen sind *Erwerbseinkommen* und *Vermögensübertragungen von Migranten*; zur Erfassung von Rücküberweisungen in den Zahlungsbilanzstatistiken (vgl. Straubhaar; Vadean, 2006).

³⁰ Vgl. Fargues, 2005.

von Privatpersonen aus dem Ausland, die in Ägypten Privatpersonen zugute kommen, obwohl solche Überweisungen von Ausländern vorgenommen werden können. Die Deutsche Bundesbank definiert Rücküberweisungen lediglich als „Heimatüberweisungen der Gastarbeiter“, welche durch Hochrechnungen aufgrund von Statistiken der Bundesagentur für Arbeit über die Beschäftigten- und Arbeitslosenzahlen von Ausländern bestimmt werden. (IWF, 2005). Das führt jedoch zu einer starken Unterschätzung, da Ausländer, die kein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis eingegangen sind, und eingebürgerte Ausländer auf diese Weise nicht berücksichtigt werden.³¹

Weitere Erklärungsansätze für diese große Differenz liegen in der (möglichen) Einbeziehung der Erwerbseinkommen und der privaten Vermögensübertragungen bei der Schätzung der Rücküberweisungsflüsse durch die ägyptische Zentralbank. Des Weiteren ist es möglich, dass Buchungen von bestimmten privaten Überweisungen unter verschiedenen Posten vorgenommen werden. So können private Überweisungen beispielsweise bei der ägyptischen Zentralbank unter *Rücküberweisungen*, hingegen bei der Deutschen Bundesbank unter *Direktinvestitionen* gebucht werden.

b) Bedeutung der Aufenthaltsdauer

Eine Hypothese über die Verhaltensweise der Haushalte bezüglich der Rücküberweisungen geht davon aus, dass im Verlauf der Niederlassung und der damit einhergehenden fortschreitenden Assimilation im Aufnahmeland die Intensität der Beziehungen zur Herkunftsregion im Allgemeinen und zu den dort gebliebenen Verwandten im Besonderen abnimmt, und dass damit auch die Rücküberweisungen zurückgehen (Lucas und Stark, 1985; Glytsos, 1997). Die finanzielle Unterstützung von Familienangehörigen blieb aber im Falle der von uns Befragten über Jahre hinweg relativ konstant. Auch scheinen Rücküberweisungen zum Zweck der Immobilienanschaffung oder produktiver Investitionen eher typisch für Migranten mit dauerhaftem und verfestigtem Aufenthaltsstatus in Deutschland zu sein. Diese Migranten konnten mit der Zeit höhere Ersparnisse ansammeln und besitzen daher ein größeres Investitionspotenzial. Die Hypothese, dass Rücküberweisungen mit fortschreitender Assimilation abnehmen, konnte daher für die drei von uns untersuchten Diasporagemeinden nicht bestätigt werden.

c) Bedeutung offizieller Finanzsysteme

Die ökonomische Theorie geht davon aus, dass informelle Rücküberweisungskanäle um so stärker genutzt werden, je schwächer das offizielle Finanzsystem ausgebaut ist bzw. von politischer, institutioneller oder makroökonomischer Instabilität im Herkunftsland bedroht ist (z.B. durch Krieg, Bankeninsolvenzen, Inflation). Dies bestätigt sich auch in dem Vergleich unserer drei Fallbeispiele. Aufgrund der porösen Infrastruktur des Finanzsektors fließen die meisten Rücküberweisungen nach Afghanistan – Angaben der IWF zufolge 80 bis 90% – über das informelle *Hawala*-System. Serbien verfügt zwar über ein gut ausgebautes Bankensystem, die serbische Bevölkerung in Deutschland hat aber kein Vertrauen in dieses System, da die serbische Regierung in den 1990er Jahren ihre Währungskonten zum Zwecke der Kriegsfinanzierung gesperrt hatte. Des Weiteren ging von betrügerischen Pyramiden-

³¹ In den deutschen Statistiken wie auch in anderen kontinentaleuropäischen Ländern unterscheidet man Zuwanderer und Inländer nach der Staatsangehörigkeit. In angelsächsischen Ländern unterscheidet man Zuwanderer nach dem Geburtsland.

systemen³² sowie der Hyperinflation eine weitere Verunsicherung aus. Auch wenn mittlerweile der serbische Finanzmarkt stabiler ist, erhöhte Garantien und attraktive Zinssätze (z.B. 4 bis 6% für Festgeld in Euro) angeboten werden und auch viele westeuropäische Banken Filialen in Serbien eröffnet haben, wird weiterhin geschätzt, dass ca. ein Drittel der Rücküberweisungen auf informellem Wege fließen (Jelasic, 2004). Demgegenüber registriert Ägypten im Vergleich mit schätzungsweise 50 bis 70% den höchsten Anteil an Rücküberweisungen auf offiziellem Wege.³³ Dies verdankt es einem relativ gut ausgebauten Bankensystem und einer relativen makroökonomischen und politischen (wohl kaum in Zukunft als gewiss gelten könnenden) Stabilität in den letzten Jahrzehnten.

d) *Transferkosten*

Auch Transferkosten spielen eine wichtige Rolle bei der Wahl von Rücküberweisungskanälen. Die informelle *Hawala* wird von den meisten Afghanen genutzt, weil dieser Transfer als sicher gilt und nur 1 bis 2% des überwiesenen Betrags kostet. Eine formelle *Hawala* befindet sich in Deutschland im Aufbau. Mit 3 bis 5% des überwiesenen Betrags ist sie zwar teurer als die informelle, jedoch bietet sie eine kostengünstigere Alternative im Vergleich zu Banken oder Geldtransferunternehmen, wie Western Union, und zudem auch bessere Dienstleistungen, wie die Lieferung des überwiesenen Geldes an die Adresse der Empfänger.

Unter Ägyptern scheinen Überweisungen über Konten üblich zu sein. Die Kosten der Banküberweisungen sind mit 3 bis 4% vergleichsweise niedrig. Dennoch wird nach Angaben unserer Gesprächspartner viel Geld in bar überführt, um solche Transferkosten zu sparen.

Demgegenüber ist im Falle der Serben der Transfer über Bus- und Reiseunternehmen weiter verbreitet. Die Kosten sind mit 8 bis 10% weit höher als bei einem Transfer über Banken (3 bis 4%) oder über Western Union (7%). Das Misstrauen gegenüber den Finanzinstituten scheint nach den Erfahrungen in den 1990er Jahren geblieben zu sein und gibt daher bei der Wahl der Rücküberweisungsmodalität den Ausschlag.

e) *Verwendung und Höhe der Rücküberweisungen*

Die Nutzung der rücküberwiesenen Gelder hängt stark von der wirtschaftlichen Situation der Migranten selbst, der Empfänger sowie der politischen und makroökonomischen Lage im Herkunftsland ab. Beispielsweise lebt der größte Teil der Bevölkerung in Afghanistan unter der Armutsgrenze (53%) (CIA, 2005), und viele Familien, insbesondere in der ländlichen Bevölkerung, sind auf Rücküberweisungen angewiesen (Weltbank, 2004). Afghanen in Deutschland besitzen relativ geringes finanzielles Potenzial. Aus diesen Gründen überweisen afghanische Migranten, nach Auskunft unserer Interviewpartner, regelmäßig kleinere Summen (ca. 200 Euro monatlich), die hauptsächlich zum Lebensunterhalt der Empfänger beitragen.

Im Vergleich zur afghanischen Diaspora besitzt die serbische Diaspora schon aufgrund ihrer Größe in Deutschland ein stärkeres finanzielles Potenzial. Da Serbien mit einem BIP pro Kopf von 2.700 US-Dollar zu den Ländern mit einem mittleren Einkommen gehört (CIA,

³² Ein *Pyramidensystem* (auch *Schneeballsystem* genannt) ist im weiteren Sinn ein sozialer Prozess, bei dem früh Teilnehmende profitieren, spät Teilnehmende benachteiligt werden. Im Falle der Geldanlagen werden Teilnehmer durch hohe Zinsen angelockt. Die hohen Zinsen werden durch die Anlagen späterer Teilnehmer finanziert. Das System kollabiert, wenn nicht mehr genügend neue Teilnehmer beitreten und somit zu den jeweiligen Fristen die Anlagen samt Zinsen nicht mehr ausgezahlt werden können. Je später Teilnehmer einem solchen System beigetreten sind, um so eher verlieren sie ihr angelegtes Geld.

³³ Der geschätzte Anteil ist je nach Studie unterschiedlich (vgl. Carling, 2005 und ECORYS, 2005).

2005), nehmen wir an, dass der Lebensunterhalt serbischer Familien nicht so stark von den rücküberwiesenen Geldern abhängt wie im Falle Afghanistans. Daher unterscheidet sich auch die Nutzung der überwiesenen Gelder im Fall der Serben von dem Fall der Afghanen. Laut unserer Gesprächspartner überweisen Serben im Durchschnitt ca. 5.000 Euro pro Jahr, davon dient ein großer Teil dem Bau oder Erwerb von Immobilien. Sie betrachten die Investitionen in Immobilien als eine lukrative Geldanlage, mit der im Vergleich zu einer Investition in ein Unternehmen weniger Aufwand und Risiko verbunden ist.

Ägypten gehört ebenfalls zur Gruppe der Länder mit einem mittleren Einkommen (BIP/Kopf 4.400 US-Dollar), genießt aber im Vergleich zu Serbien in den letzten Jahrzehnten eine relative politische und makroökonomische Stabilität. Zudem stammen viele Mitglieder der ägyptischen Diaspora in Deutschland aus der wohlhabenden Elite Ägyptens. Es ist deswegen nicht überraschend, dass sie den größten Teil ihres rücküberwiesenen Geldes in Immobilien, Industrien, Servicebranchen, im Bildungswesen u.ä. investieren (dazu weiter unten unter 3.1.2: *Direktinvestitionen*). Individuell unterstützen viele ägyptische Migranten auch islamische Organisationen durch den sogenannten *Zaqqat* und *Sadaqqa*,³⁴ meist für den Aufbau bzw. Erhalt von Schulen und Moscheen in ihren Heimatdörfern (ECORYS, 2005).

Rücküberweisungen spielen also eine wichtige Rolle im Falle ärmerer Länder bei der Arbeitsbekämpfung. In Ländern mit einem mittleren Einkommen tragen sie durch die erhöhte Nachfrage nach Immobilien zur Entwicklung der Baubranche bei. Besitzt die Diaspora das entsprechende finanzielle Potenzial und vertraut in die politischen und makroökonomischen Rahmenbedingungen, dann fließen Rücküberweisungen auch vermehrt in Investitionen und in den Aufbau von Infrastruktur.

f) *Makroökonomische Bedeutung*

Aus makroökonomischer Sicht spielten Rücküberweisungen in den von uns untersuchten Ländern eine positive und wichtige Rolle. Rücküberweisungen haben zur Deckung eines beträchtlichen Teils des Handelsbilanzdefizits beigetragen, in Ägypten haben sie sogar zu einem Zahlungsbilanzüberschuss geführt. Allgemein wird geschätzt, dass der umfangreiche Zufluss an Rücküberweisungen in allen drei Ländern auch zur Wechselkursstabilität beitrug.

3.1.2. **Direktinvestitionen**

a) *Verschiedene Arten des Engagements*

Die von uns untersuchten serbischen, afghanischen und ägyptischen Migranten spielen auf unterschiedliche Weise eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Strukturentwicklung ihrer Herkunftsländer. Dies unterstreichen etwa die Angaben der *Afghan Investment Support Agency (AISA)*,³⁵ der zufolge 28% der Investitionen in Afghanistan von Diaspora-Afghanen getätigt wurden. Es sind jedoch drei Arten des Engagements von Migranten in Direktinvestitionsprozessen zu unterscheiden:

³⁴ Laut Koran sollen 2 bis 5% des Einkommens für Arme oder für einen islamischen Zweck gespendet werden. Diese islamische Abgabe soll als *Zaqqat* jährlich gezahlt werden. *Sadaqqa* bezeichnet Gelder, die freiwillig für solche Zwecke gespendet werden.

³⁵ Die *Afghan Investment Support Agency (AISA)* wurde 2003 von der afghanischen Regierung mit Beratung der GTZ aufgebaut, um über Investitionsmöglichkeiten in Afghanistan zu informieren und verschiedene Dienstleistungen für Investoren anzubieten: z.B. Beratung zu lokalen Bank- und Kreditsystemen und möglichen Förderungsprogrammen sowie Unterstützung beim Aufbau von Unternehmen und Hilfe bei der Beschaffung von Lizenzen (www.aisa.org.af).

Weniger vermögende, aber gut ausgebildete Migranten tragen zur wirtschaftlichen Strukturentwicklung ihrer Herkunftsländer bei, indem sie ihr dortiges Engagement als Chance zu einem Karriereaufstieg im Rahmen von Transnationalisierungsprozessen eines Unternehmens nutzen. Solche Migranten haben zum Beispiel jahrelang für ein deutsches Unternehmen gearbeitet und überzeugen im Rahmen dieser Tätigkeit die Leitung ihres Unternehmens davon, dass es sich lohnt, in ihrem Herkunftsland tätig zu werden. Sie klären vor Ort die Bedingungen für entsprechende Investitionsmöglichkeiten, wirken bei der Durchführung mit und übernehmen nach erfolgreicher Ansiedlung eine Leitungsposition in der neu gegründeten Tochtergesellschaft. Solche Fälle haben wir vor allem bei Afghanen und Serben gefunden.

Andere Migranten sind für die Realisierung von Direktinvestitionen in ihren Herkunftsländern bedeutsam, indem sie ihre guten Kontakte zur Regierung des Landes zur Verfügung stellen und entsprechend in einer Vermittlerrolle tätig werden. So wurde zum Beispiel ein Serbe, der zuvor als Wirtschaftsattaché in der serbischen Botschaft gearbeitet hatte, von einem deutschen Beratungsunternehmen angestellt. Er nutzte seine guten Kontakte zur serbischen Regierung zur Beratung von Direktinvestitionsvorhaben deutscher Firmen in Serbien. Ein anderes Beispiel ist ein Afghane, der beim Aufbau einer Mineralwasserfabrik in Kabul mitwirkte. Er wurde über einen Bekannten, der bei der afghanischen Regierung angestellt war, mit einer afghanischen Investorengruppe in Verbindung gebracht. Für diese übernahm er die organisatorische Verantwortung für den Ankauf von Maschinen in Deutschland, ihren Transport nach Afghanistan sowie ihre Montage und Inbetriebnahme. Außerdem organisierte er die Servicebereitstellung für die Maschinen und fungierte für die neu gegründete Firma als kaufmännischer und technischer Berater.

Hinreichend vermögende Migranten treten demgegenüber eher selbst als Investoren auf, wie wir dies – wie erwartet – am häufigsten bei den Ägyptern vorgefunden haben. So beschäftigt ein deutscher Geschäftsmann ägyptischer Herkunft ca. 1.000 Ägypter in einer Autozubehörfabrik. Zudem besitzt er eine Hydraulikfabrik, deren Mitarbeiter in Deutschland ausgebildet werden. Ein weiterer ägyptischer Geschäftsmann mit Wohnsitz in Deutschland beteiligte sich erfolgreich an einer in Ägypten angesiedelten Papierfabrik. Er gründete zusätzlich eine Handelsfirma, die vor allem Produkte wie Maschinen, Spezialsteine für Hochtemperaturöfen und Stahl im Auftrag verschiedener deutscher Firmen in Ägypten vertrieb. Zuletzt investierte er in der Tourismusbranche. Ein ägyptischer Arzt, der eine Facharztausbildung in Deutschland absolviert hat und parallel in Deutschland praktiziert, hat im Jahr 2005 eine Orthopädiepraxis in Kairo eröffnet, in der Patienten mittels Telemedizin von deutschen Fachärzten untersucht werden. Zwei weitere Beispiele für erfolgreiche Investitionen finden sich im ägyptischen Bildungswesen. Ein in Deutschland ausgebildeter ägyptischer Hochqualifizierter eröffnete eine private Deutsche Schule in Kairo. Ein in Deutschland habilitierter Naturwissenschaftler gründete in Kairo eine private Deutsche Universität.

b) Komparative Vorteile der Migranten

Die von uns befragten Unternehmer insbesondere aus Ägypten sehen sich meist im Vorteil bei der Durchführung ihrer eigenen Investitionen, sowohl gegenüber Unternehmern ohne Migrationshintergrund, als auch gegenüber ausländischen mittelständischen Investoren. Über das Studium in Deutschland und viele Jahre der Tätigkeit an deutschen Universitäten oder in Unternehmen haben sie professionelle Expertise und Kontakte gesammelt, die ihren Konkurrenten vor Ort fehlen; umgekehrt verfügen sie über bessere Orts- und Kulturkenntnis in Ägypten als ihre deutschen Konkurrenten. Zudem besitzen einige von ihnen Zugänge zur

Politik auf verschiedenen föderalen Ebenen in Deutschland und sie vermögen so, erfolgreich die Politik für die Förderung einzelner Investitionsprojekte zu mobilisieren (z.B. im Fall der Deutschen Universität Kairo).

Zentrale Ressourcen der unternehmerischen Migranten, die aus ihrer Migration resultieren, sind ihr relativer finanzieller Wohlstand und die starke innerethnische Vernetzung und Organisation. Die geknüpften und gepflegten Kontakte beschränken sich nicht auf Deutschland. Ausgehend von den Bekanntschaften in der Diaspora sind wichtige Kontakte in das jeweilige Herkunftsland hinein erweitert und ausgebaut worden. Im Fall Ägyptens sorgten dafür insbesondere zwei Umstände: Erstens ist die dortige wirtschaftliche und politische Kultur durch Klientelismus geprägt, und entsprechend geben die richtigen Beziehungen für unternehmerischen Erfolg oftmals den Ausschlag; zweitens stammt eine Reihe der ägyptischen Hochqualifizierten bereits aus Familien, die in wichtige klientelistische Netzwerke der Politik und Wirtschaft eingebunden sind.

Entsprechend kommt der Loyalität innerhalb der Familie eine hohe Bedeutung zu. Bei fast allen unternehmerischen Ägyptern, die wir interviewt haben, haben Mitglieder der erweiterten Familie bei der Gründung oder der Führung ihrer Unternehmen aktiv mitgewirkt. Bei einigen stellten sie fehlendes finanzielles Kapital zur Verfügung, bei anderen übernahmen sie Führungsaufgaben vor Ort oder sorgten für eine ordnungsgemäße Geschäftsabwicklung.

c) Hindernisse

Die beschriebenen Vorteile der tatsächlich tätig werdenden Unternehmer bezeichnen zugleich den Zusammenhang, der viele Migranten auch davon abhält, unternehmerisch tätig zu werden. Denn viele entscheiden sich, obwohl sie alle Voraussetzungen mitbringen (wichtige Kontakte, Kapital, Familienunterstützung), gegen ein wirtschaftliches Engagement in ihrem Herkunftsland, da diesem auch zahlreiche Hindernisse entgegenstehen.

Als ein Hindernis betrachten viele, dass ihre professionelle Sozialisation in Deutschland und die Geschäftskultur in ihren Herkunftsländern stark auseinanderfallen. Migranten aus allen drei von uns untersuchten Ländern, die in ihrem Herkunftsland regelmäßig Verwandte besuchen oder dort Urlaub machen, klagen immer wieder über die Unzuverlässigkeit der dortigen Geschäftsleute und über Korruption. Für viele in Deutschland verwurzelte Migranten ist dies ein entscheidender Grund, dort nicht zu investieren. Die ihnen fremd gewordene Geschäftskultur ist für potenzielle Investoren unter den Migranten auch dann eine besondere Hürde, wenn sie ihre Herkunft als einen komparativen Vorteil *per se* ein- und damit überschätzen.

Das, insgesamt betrachtet, eher seltene wirtschaftliche Engagement wohlhabender Migranten in ihren Herkunftsländern erklärt sich auch daraus, dass die Gewährleistung des Erfolgs einer Direktinvestition einen besonderen Aufwand erfordert, der nicht zuletzt eine längerfristige oder gar dauerhafte Rückverlagerung des Lebensmittelpunktes ins Herkunftsland verlangt. Dies ist aufgrund familiärer Bindungen und eingegangener geschäftlicher oder professioneller Verpflichtungen im Zuwanderungsland nicht immer möglich.

Zudem verlangen Direktinvestitionen viel Kapital und damit die Kapazität, für eine gewisse Zeit ggf. Verluste in Kauf nehmen und überbrücken zu können. In diesem Zusammenhang stellen dann nach den Angaben unserer Gesprächspartner die nach wie vor unsicheren politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen (Afghanistan, Serbien) und eine schlecht funktionierende Gerichtsbarkeit (Afghanistan, Ägypten und Serbien) ebenso erhebliche Hür-

den dar, wie die Schwierigkeiten, ausstehende Geldsummen aus unbeglichenen Rechnungen erfolgreich einzutreiben. Materiell kommt in einem Land wie Afghanistan als weiteres Hindernis die mangelnde Infrastruktur (insbesondere Elektrizität) sowie der schwierige Zugang zu Land, ausgebildeten Arbeitskräften und Finanzdienstleistungen hinzu (Weltbank, 2005).

3.1.3. Außenhandel

a) Individuelle Geschäftsbeziehungen

Migranten trugen in allen unseren Fallbeispielen zum Erhalt und auch zum Aufbau von Handelsbeziehungen mit dem Herkunftsland bei. Dabei übernahmen Individuen aus den drei Migrantengruppen Vermittlerfunktionen. Individuelle Geschäftsverbindungen und persönliche Kontakte im Herkunftsland zählen zu den wichtigsten Möglichkeiten der Senkung der Transaktionskosten. Dies bestätigt die Theorie, dass die Netzwerkverbindungen kleiner ethnischer Gruppen (wie im Fall der Afghanen, Ägypter und Serben in Deutschland) Transaktionskosten verringern.³⁶

So war die Niederlassung von Teppichhändlern in Hamburg, die dort ihre Ware im Freihafen lagerten und Kontore gründeten, einer der wichtigsten Gründe, warum weitere Afghanen Hamburg als Auswanderungsziel wählten. Die starke Präsenz von Afghanen in Hamburg führte dann dazu, dass der Teppichhandel mit Afghanistan (und allgemein mit den Ländern des Nahen Ostens) weiter auf- und ausgebaut wurde. Der Hafen wurde zu einem der wichtigsten Umschlagsorte für Teppiche weltweit. Die Hälfte der ca. 300 Teppichhandelsfirmen in der Hamburger Speicherstadt gehört Geschäftsleuten afghanischer Herkunft, so die subjektive Einschätzung eines unserer Interviewpartner.

Im Falle der serbischen Diaspora berät zum Beispiel ein Mitglied eines serbischen Vereins serbische Kunststoffhersteller über Absatzmärkte in Deutschland. Zudem vermittelte er Kontakte zwischen serbischen Forstbetrieben und deutschen Holzverarbeitungsfirmen. Ein weiterer Diaspora-Serbe, der bei einem deutschen Autohersteller arbeitet, hat die Erstellung eines Katalogs serbischer Kfz-Produkte angeregt. Der Katalog wird in Deutschland von der Autoindustrie sowie von Kfz-Einzelhändlern stark nachgefragt.

b) Herausforderungen

In den Interviews wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass insbesondere im Falle Ägyptens und Serbiens die Einhaltung von Qualitätsvorschriften (wie z.B. Verpackungsaufgaben) und fehlende Produktionsstandards große Hindernisse für den Ausbau von Exporten nach Deutschland und in die Europäische Union darstellen.³⁷

In Ägypten fehlen in vielen Betrieben klare Produktionsstandards und die Qualitätsüberprüfungsverfahren sind mangelhaft. Genau das ermöglichte es einem unserer Gesprächspartner, sich als Zwischenhändler für Kümmelöl zu etablieren. Man könne die Qualität der

³⁶ Größere ethnische Gemeinschaften (relativ zu der Bevölkerung des Aufnahmelandes), die viele grenzüberschreitende Verbindungen haben, stellen eher Marktinformationen bereit, wobei Diasporamitglieder eine Vermittlungsfunktion ausüben (Rauch und Trindade, 2002). In diesem Fall werden Transaktionskosten nur gesenkt, wenn die Migrantengruppe aus einem Land stammt, dessen soziale und politische Institutionen sich stark von denen des Aufnahmelandes unterscheiden (vgl. Münz u.a., 2006).

³⁷ Vermutlich ist dieses Problem im Falle Afghanistans noch nicht aufgetreten, da die inländische Produktion zurzeit nicht einmal die interne Nachfrage befriedigen kann. Mit dem Ausbau der Produktionskapazitäten wird es ggf. ebenfalls bedeutsam werden.

Öle in Ägypten oftmals nicht verlässlich überprüfen und daher riskierten nur wenige Importeure aus Europa, die Ware direkt aus Ägypten zu beziehen. Der ägyptische Geschäftsmann importiert daher den Rohstoff nach Deutschland und lässt ihn in Deutschland zu Öl verarbeiten. Aufgrund fehlender Standards könne er sich auf die Ölhersteller in Ägypten nicht verlassen, da die Qualität sehr stark von einer Produktionscharge zur anderen variere. Der Aufbau unabhängiger Prüfstellen oder Labors in Ägypten sei entscheidend, um die ägyptischen Anbieter zu disziplinieren und zu zwingen, gleichbleibend hohe Qualität zu liefern. Eine solche Qualität zu erreichen, sei aber auch aufgrund mangelnder Information und Erfahrung für die Produzenten sehr schwer, und daher bestehe die Gefahr, dass sie den Anschluss an den europäischen Markt verlören. Vergleichbare Probleme sind auch für Serbien bekannt, und ein von der GTZ durchgeführtes Projekt zur Förderung der serbischen Exportindustrie hat sich zum Ziel gesetzt, serbische Produzenten über EU kompatible Produktstandards und Wege zu ihrer Erreichung zu informieren und zu beraten.

Die Erhöhung der Qualitäts- und Produktionsstandards bezeichnet aber kein reines Außenhandelsproblem. Wenn die heimische Produktion die nachgefragte und andernorts angebotene Qualität nicht erreicht, fließen auch Rücküberweisungen vermehrt in Importe. Die durch Rücküberweisungen erhöhte Nachfrage trägt dann nicht mehr zum Ausbau der inländischen Produktionskapazitäten bei, und entsprechend gehen die damit potenziell verbundenen Entwicklungschancen wieder verloren.

3.2. Aktivitäten beim Aufbau der Infrastruktur

Das obige Kapitel behandelt die Aktivitäten von Migranten, die sich auf ihre Herkunftsländer beziehen, primär unter dem Gesichtspunkt ihres ökonomischen Beitrages. Dort haben wir den Blick auf Geldflüsse, Geldverwendung und Einsatz unternehmerischer oder beruflicher Kompetenzen in den Herkunftsländern gerichtet, sowie nach den Auswirkungen auf Handelsbilanzen, Nachfrage- und Investitionsstruktur, Aufbau von Industrie- und Handel und die Entwicklung von Produktstandards gefragt. Jedoch werden Migranten in Bezug auf ihre Herkunftsländer nicht nur und nicht primär unter ökonomischen Gesichtspunkten aktiv, auch wenn ihre Aktivitäten in der Folge erhebliche ökonomische Auswirkungen haben. Beispielsweise dient die Überweisung von Geld an Familienmitglieder zunächst dem Lebensunterhalt der Familie, wobei eine entsprechende Verwendung des Einkommens zu ökonomischen Effekten führen kann. So zeigt sich ebenfalls, dass Migranten erhebliche Leistungen in individueller oder organisierter Form erbringen, um zum Wieder-Aufbau oder Erhalt sozialer Infrastruktur beizutragen, die der Erziehung, der Gesundheit, der Wissenschaft oder der öffentlichen Versorgung dienen. Zwar geht es jeweils um die Schaffung oder Erhaltung von Strukturbedingungen der benannten Bereiche, die zweifelsohne zunächst einer Investition bedürfen, deren Nichtfunktionieren aber eben auch die Funktionsmöglichkeiten von Märkten erheblich einschränkt. Im Folgenden gehen wir auf Beiträge von Afghanen, Ägyptern und Serben zum Aufbau der Infrastrukturen in ihren jeweiligen Herkunftsländern ein. In diesem Rahmen untersuchen wir, ob es sich um individuelle oder kollektive Aktivitäten handelt, und beziehen darüber hinaus den Umfang, die Dauer sowie die jeweilige Veranlassung bzw. Motivation mit ein.

3.2.1. Fall Ägypten

Am Aufbau der Infrastruktur beteiligten sich im Falle Ägyptens hauptsächlich hochqualifizierte Migranten. Fast alle Projekte, die uns bekannt wurden, lagen in der individuellen Verantwortung einzelner Migranten. Seltener waren kollektive Projekte – Projekte von Migrantenorganisationen oder anderen Migrantenbündnissen. Im Folgenden werden einige Beispiele der individuellen und kollektiven Infrastrukturprojekte der hochqualifizierten ägyptischen Migranten aufgeführt.

a) Individuelle Aktivitäten

Gesundheitssektor: Als Beispiel sollen die Unternehmungen eines Arztes beschrieben werden. Dieser studierte Medizin in Ägypten und ging in den 1980er Jahren nach Deutschland, um dort eine Facharztausbildung zu absolvieren. Nach einigen Jahren Tätigkeit in einem Krankenhaus gründete er in Deutschland eine eigene gutgehende medizinische Praxis. In den 1990er Jahren begann er, die Idee einer Praxisgründung in Ägypten zu entwickeln, welche nach einigen Jahren realisiert wurde. Seitdem pendelt er im Zwei-Wochen-Rhythmus zwischen der deutschen und der ägyptischen Praxis hin und her.

Bildung: Die Deutsche Universität in Kairo zählt zu den Erfolgsprojekten der ägyptischen Diaspora in ihrem Herkunftsland. Allerdings steht kein kollektiver Akteur, sondern eine einzelne Person dahinter. Der Universitätsgründer promovierte und habilitierte sich in Deutschland, kehrte jedoch im Anschluss daran nach Ägypten zurück. Dort verfolgte er die Idee, sich in der Wissenschaft selbstständig zu machen. Zunächst erkundete er die Möglichkeit einer Institutsgründung, welche sich jedoch in ihrer ursprünglichen Form nicht umsetzen ließ. So entschied er, bestehende Kontakte nach Deutschland zu nutzen und intensiviert - parallel zu den Vorbereitungen vor Ort – die Kontakte zu seiner vormaligen Gastuniversität sowie zu politischen Gremien in Deutschland. Die deutsche Gastuniversität stellte sich als offizielle Patenuniversität der Deutschen Universität in Kairo zur Verfügung. Die politischen Kontakte des Universitätsgründers reichten sogar so weit, dass der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder mit einer Delegation und Mitgliedern ägyptischer Vereine in Deutschland an der Universitätseröffnung in Kairo teilnahmen. Nach diesem erfolgreichen symbolischen Auftakt konnte die Deutsche Universität in Kairo sechs weitere deutsche Organisationen für die Unterstützung gewinnen. Die Universität ist eine private Einrichtung. Einige Gesprächspartner berichteten, dass der Universitätsgründer das gesamte Familienkapital in die Universität investiert habe. Sie ist auf wirtschaftlichen Gewinn ausgerichtet und adressiert sich insbesondere an die obere ägyptische Mittelschicht. Weniger begüterte ägyptische Familien haben daher keinen Zugang zu dieser Universität.

Ein weniger bekanntes, jedoch ähnlich angelegtes Projekt, ist die Deutsche Schule in Ägypten. Der Gründer dieser Schule war in Ägypten bereits seit einigen Jahren unternehmerisch tätig. Er ist Mitinhaber einer Verarbeitungsfabrik in Ägypten und einer deutsch-ägyptischen Handelsfirma. Er beteiligt sich außerdem an einigen anderen kleineren Investitionsprojekten. Auf Grundlage dieses stabilen wirtschaftlichen Erfolgs begann er, langfristig in Bildung zu investieren und eröffnete eine private Deutsche Schule in Kairo. Die Schule ist zweisprachig und nach den in Deutschland herrschenden didaktischen Unterrichtsprinzipien aufgebaut. Sie strebt die Kooperation mit einem Gymnasium in Deutschland an. Die Schule steht in Konkurrenz zu zwei weiteren etablierten Deutschen Schulen in Kairo und versucht, ägyptische Mittelschichtfamilien durch niedrigere Schulgelder zu gewinnen.

Neben diesem vor allem auch am wirtschaftlichen Gewinn ausgerichteten Aufbau von höheren Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen finden sich auch stärker ideell ausgerichtete Bemühungen ägyptischer Migranten, welche auf die Vermittlung von Wissenschafts- bzw. Wissenschaftheraustausch und professionellem Know-How abzielen.

Wissenschaftsaustausch und Wissensvermittlung: Einige ägyptische Migranten, die an deutschen Hochschulen in längerfristigen Beschäftigungsverhältnissen standen, bemühten sich um Studenten- und Wissensaustausch zwischen Ägypten und Deutschland. Insbesondere in Deutschland tätige Professoren ägyptischer Herkunft ermöglichten ägyptischen Studenten kurze Studienaufenthalte und/oder wissenschaftliche Weiterqualifizierungen in Deutschland. Akademische Fachkräfte in Geschichts- und Kulturwissenschaften luden ägyptische Kollegen zu Vorträgen und anderen Präsentationen ihrer Tätigkeit ein. Nach Angaben unserer Gesprächspartner führen auch einige Hochschuldozenten ägyptischer Herkunft unentgeltlich Fachseminare und Vorträge in Ägypten durch. Die Bemühungen um Wissensaustausch sind nicht nur im universitären Bereich, sondern auch bei anderen ägyptischen Professionellen zu beobachten. Beispielsweise organisierte ein in Deutschland praktizierender ägyptischer Arzt einen Ärztekongress in Ägypten. Ein anderer Facharzt führte in Ägypten Seminare zu einem spezifischen, vor Ort unbekanntem Therapieverfahren durch. Eine im deutsch-ägyptischen Kulturaustausch engagierte Ägypterin setzte sich für die Unterstützung der neugebauten Bibliothek in Alexandria ein. Zwei in Deutschland promovierte Ingenieure gründeten ein Institut zur Erforschung der Sonnenenergie in Ägypten, in dem die Zusammenarbeit mit deutschen Wissenschaftlern angestrebt werden soll.

Sozialwesen: Ein ägyptischer Politikwissenschaftler, der in Deutschland als Leiter einer sozialen Beratungsstelle bei einem deutschen Wohlfahrtsverband arbeitete, gründete einen Verein, der verschiedene Formen der Unterstützung für Mitglieder aus der koptischen Unterschicht in Ägypten organisiert. Der Verein besteht, abgesehen von seinem Gründer, hauptsächlich aus deutschen Akteuren. Er führt einige kleinere Projekte für koptische Müllmänner in Kairo durch und engagiert sich in weiteren Projekten für Frauen und Mädchen. Außerdem unterstützt er eine von der koptischen Kirche getragene Schule in Ägypten und führt ein Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekt in einer stark von Abwanderung betroffenen Region durch. Als Vereinsgründer und Hauptaktivist war der ägyptische Sozialarbeiter maßgeblich für den Fokus des Vereins auf Ägypten und hier speziell auf die koptische Minderheit verantwortlich. Jedoch hatte er Schwierigkeiten, für seinen Verein Partner aus der Diaspora zu gewinnen. Einzig die koptische Kirche in Deutschland unterstützte ihn symbolisch, sie zählt diese Initiative jedoch nicht zu ihren eigenen Projekten und unterstützt den Verein weder personell noch finanziell. Der örtliche Pfarrer der koptischen Kirche ist dennoch formales Mitglied des Vereins und leistet persönliche Unterstützung, indem er beispielsweise den Verein bei Studienreisen durch Ägypten begleitet.

b) Kollektive Aktivitäten

Die Zahl der Infrastrukturprojekte der Organisationen ägyptischer Migranten in Deutschland scheint unseren Ergebnissen zufolge eher gering zu sein. So unterstützt der Verband der ägyptischen Unternehmer zusammen mit dem Ägyptischen Haus in Deutschland (die beiden wichtigsten Vertretungsorganisationen ägyptischer Professioneller in Deutschland) den Aufbau einer Kinderkrebsklinik in Ägypten. Insgesamt wurden 20.000 Euro für die Klinik gesammelt sowie die Expertise bei der Planung und Durchführung des Projektes zur Verfügung gestellt. Ein weiteres Projekt hatte den Bau eines Kindergartens in einer ägyptischen

Stadt zum Ziel. Dieses Projekt wurde von einem der ältesten ägyptischen Vereine in Deutschland, der zugleich Mitglied im „Ägyptischen Haus“ ist, durchgeführt. Dem Verein gelang es, die Unterstützung anderer ägyptischer Organisationen in Deutschland zu gewinnen und dadurch Geld für das Projekt zu akquirieren.

3.2.2. Fall Afghanistan

Im Rahmen der empirischen Erhebung konnten zahlreiche von Migrantenorganisationen getragene Infrastrukturprojekte ausgemacht werden. Diese Projekte im Bereich Infrastruktur und das zugrunde liegende Engagement müssen vor dem Hintergrund der politischen Verhältnisse in Afghanistan betrachtet werden. Der (noch) schwache afghanische Staat ist nicht in der Lage, rechtliche und politische Vorleistungen zu erbringen, auf die sich Hilfsorganisationen stützen könnten, so dass sie in großer Unsicherheit agieren müssen und sich mit Problemen wie Korruption konfrontiert sehen. Durch den über zwei Jahrzehnte dauernden Krieg ist die Infrastruktur in allen Bereichen größtenteils zerstört worden, und die Diaspora-Organisationen erfüllen originär staatliche Aufgaben, wirken also substitutiv bei der Schaffung von Infrastruktur.

Für die Durchführung von Infrastrukturprojekten haben sich afghanische Migranten in Deutschland in unterschiedlichen Organisationen zusammengeschlossen (z.B. professionelle Vereine, Frauen- und Studentenvereinigungen, diverse Hilfsorganisationen, Stiftungen). Die ersten Organisationen entstanden bereits Ende der 1970er Jahre, als die sowjetische Invasion einen Flüchtlingsstrom aus Afghanistan auslöste. Programme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit förderten Anfang der 1990er Jahre die Entstehung weiterer NGOs afghanischer Migranten in Deutschland. Beispielsweise führte die GTZ ein Fachkräfteprogramm durch, welches zum Ziel hatte, afghanische Migranten in Deutschland nach dem Ende des kommunistischen Regimes in Wiederaufbau und Entwicklungsmaßnahmen im Herkunftsland einzubinden. Aufgrund der verschlechterten politischen Rahmenbedingungen in Afghanistan ab 1992 (Ausbruch des Bürgerkriegs) wurde das Projektziel – die Integration afghanischer Fachkräfte – jedoch in Frage gestellt. Das Fachkräfteprogramm wurde in ein Nothilfe- und Sofortprogramm für rückkehrende Flüchtlinge aus Pakistan und Iran umgewandelt, in welchem afghanische Migranten eine beratende Funktion einnahmen oder in Eigenregie Entwicklungsaufgaben wahrnahmen. Im Rahmen des Fachkräfteprogramms wurden Fortbildungsseminare durchgeführt und verschiedene Fachgruppen (Landwirtschaft, Gesundheit, Bau- und Siedlungswesen, Energie- und Industrieanlagen, Berufsbildung, Grund- und Frauenförderung) konstituiert. Teilweise bildeten sich aus der Fachgruppenarbeit eigenständige Strukturen heraus, die zu einer Vereinsgründung führten.³⁸ Nach den politischen Veränderungen 2001 in Afghanistan kam es, aufgrund des weltpolitischen Interesses nach dem Sturz des Talibanregimes, zu zahlreichen weiteren Neugründungen von NGOs (nicht nur afghanischen Migrantenorganisationen), die im Land in diversen Infrastrukturprojekten aktiv sind.

Afghanische Migranten engagieren sich sowohl individuell als auch kollektiv, wobei wir hier keine Unterteilung der beiden Aktionsformen vorgenommen haben, da die Mehrheit aller Projekte kollektiv durchgeführt werden. Das starke Interesse der Migranten am Wiederaufbau des Landes resultiert daraus, dass sie selbst oder ihre Familien von der gesellschaftli-

³⁸ Z.B. der Verein afghanischer Ingenieure und Techniker in Deutschland (VAIT), die Gesellschaft für landwirtschaftliche und technische Entwicklung Afghanistans (GlTEA), der Afghanische Frauenverein (AFV), der Afghanische Hilfs- und Entwicklungsdienst (AHED) (vgl. GTZ Schlussbericht, 1995: Fachkräfteprogramm Afghanistan).

chen Katastrophe in Afghanistan betroffen sind. Nach den Erkenntnissen aus der empirischen Erhebung konzentriert sich individuelles Engagement vor allem auf Sachspenden, z.B. auf die Verteilung von Schulmaterial. Herausragend viele Projekte afghanischer Diaspora-Organisationen beschäftigen sich mit der Bereitstellung von Infrastruktur im Bereich von Gesundheit und Bildung. Des Weiteren wurden bei der Erhebung Projekte identifiziert, die dem Aufbau des Sozialwesens, der Emanzipation von Mädchen und Frauen und der Bereitstellung von Energie dienen.

Gesundheit: Die Gesundheitsversorgung in Afghanistan ist auf einem sehr niedrigen Niveau, da medizinischen Einrichtungen qualifiziertes Personal fehlt. Die Arbeit der befragten Organisationen dient daher der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur. So stellen sie etwa Mittel zur Verfügung, um Kliniken zu bauen, oder zu sanieren, um sie z.B. mit OPs und Klimaanlage auszustatten und die Wasserversorgung zu gewährleisten oder (mobile) Ambulanzen einzurichten. Ein Ärzteverein unterhält beispielsweise seit 1999 eine Mutter-Kind-Klinik in Jalalabad, wo kostenlose gynäkologische und pädiatrische Untersuchungen und Behandlungen durchgeführt werden. Der Verein trägt die Kosten für die Miete des Gebäudes und Bezahlung des Personals. Mit Hilfe von Spendengeldern konnte des Weiteren eine Zahnklinik, die ein Diaspora-Afghane früher geleitet hat, saniert werden. In Zusammenarbeit mit einer italienischen NGO hat der Dachverband des afghanischen medizinischen Fachpersonals und deren Kollegen im deutschsprachigen Raum (DAMF e.V.) ein Gesundheitszentrum für Flüchtlinge in Chewa aufgebaut. DAMF e.V. plant außerdem, in Mazar-e Sharif ein Universitätskrankenhaus zu errichten.

Dem Mangel an medizinischen Geräten, Medikamenten und pflegerischen Hilfsmitteln (Betten, Rollstühle) in Afghanistan versucht man durch eine Überführung dieser Güter aus Deutschland (gesammelte Spenden von Krankenhäusern, Ärzten und Pharmakonzernen) abzuwehren (vgl. *Medicina Afghanica*, 9/2003). Für die Bereitstellung der personellen Infrastruktur sind einzelne Mitglieder der Ärztevereine – insbesondere unter Koordination des DAMF e.V. – in der Aus- und Fortbildung von Kollegen in Afghanistan im Sinne eines „Capacity building“ tätig. Dabei ermöglichen die unterschiedlichen Spezialisierungen der Diasporamediziner Fortbildungen in verschiedenen Bereichen (z.B. Zahnmedizin, Pädiatrie oder Kardiologie). Neben den Fortbildungskursen in Afghanistan stellt DAMF e.V. Einzelstipendien für Ärzte aus Afghanistan zur Verfügung. Diese können für eine begrenzte Zeit entsprechend ihrer Spezialisierung in bestimmten Abteilungen deutscher Kliniken hospitieren. Für die Vermittlung von Plätzen nutzen die in Deutschland lebenden afghanischen Ärzte ihre Kontakte zu Krankenhäusern oder anderen medizinischen Einrichtungen.

Bildung: Wie im Gesundheitsbereich müssen auch alle infrastrukturellen Voraussetzungen für die Organisation von Bildung substitutiv geschaffen werden.³⁹ Nach 2001 sind bereits zahlreiche Schulgebäude neu gebaut worden und viele Jungen und Mädchen eingeschult worden.⁴⁰ Ein großes Problem besteht jedoch in der mangelnden Qualifizierung des Lehrpersonals. Aktivitäten von Diasporaorganisationen umfassen den Neu- oder Wiederaufbau von Schulen, Sanierungsarbeiten, Bau von Tiefbrunnen, Toiletten oder die Ausstattung mit Schulmöbeln. In Kunduz hat der Afghanische Frauenverein beispielsweise ein Schulgebäude

³⁹ Die Analphabetenquote in Afghanistan gehört zu den höchsten in der Welt. Unter dem kommunistischen Regime hatte es zumindest in den Städten noch Bildungsangebote gegeben. Mit dem Bürgerkrieg in den 1990er Jahren ist das Bildungswesen zunehmend kollabiert, und unter den Taliban war insbesondere der Schulbesuch für Mädchen bis auf wenige Ausnahmen nicht möglich.

⁴⁰ Die Zahl der Neueinschulungen wird auf über 3 Mio. geschätzt (National Human Development Report, 2004).

gebaut, in dem vormittags Mädchen und nachmittags Jungen zum Unterricht kommen können. Die Gesellschaft für Landwirtschaft und technische Entwicklung Afghanistans e.V. (GlTEA) hat eine Schule in der Provinz Wardak wieder aufgebaut, die durch den Krieg zerstört wurde. In dem Gymnasium können Schüler von der 1. – 12. Klasse unterrichtet und auf die Universität vorbereitet werden. Eine Schule in der Provinz Nimroz wurde vom afghanischen Kommunikations- und Kulturzentrum in Berlin, dem Verein Scheherazade e.V., mit finanzieller Unterstützung anderer Organisationen aufgebaut. In dieser Grundschule ist koedukativer Unterricht aufgrund der liberal gesinnten Provinzregierung möglich.

Über die Bereitstellung der baulichen Infrastruktur hinaus gewährleisten einige Organisationen den laufenden Betrieb von Schulen, indem sie z.B. Lehrer und anderes Personal einstellen und für deren Gehälter aufkommen. Des Weiteren stellen sie Lehr- und Lernmittel sowie Uniformen für die Schüler bereit. Neben der fortlaufenden Unterstützung von bestimmten Schulen werden in Spendenaktionen z.B. an Kinder Schulhefte und Stifte verteilt, die vor Ort oder in Pakistan eingekauft werden. Ein weiteres Ziel der Organisationen ist die Qualifizierung des Lehrpersonals.⁴¹

Sozialwesen: Die hier unter Sozialwesen aufgeführten Projekte dienen der Versorgung der durch den Krieg zerstörten Familien. So werden von den afghanischen Migrantenorganisationen schwerpunktmäßig Waisen, Witwen und kriegsverletzte Kinder unterstützt. Beispielsweise hat ein Verein ein Witwen- und Waisenhaus in Kabul aufgebaut, in dem in jeweils abgeschlossenen Wohneinheiten Witwen mit ihren eigenen Kindern und einer oder mehreren Vollwaisen leben. In den Friedenhäusern einer anderen NGO werden Jungen und Mädchen mit Kriegsverletzungen betreut. Neben diesen konkreten Projekten berichteten Gesprächspartner über Projektideen, z.B. eine Einrichtung für Behinderte oder ein Haus für geschiedene Frauen.

Emanzipation von Mädchen und Frauen: Aufgrund der schlechten oder zeitweise fast gar nicht vorhandenen Bildungsmöglichkeiten für Mädchen, konzentrieren sich einige Organisationen darauf, diese Benachteiligung durch den Bau und die Betreuung spezieller Mädchenschulen auszugleichen, da koedukativer Unterricht in weiten Teilen Afghanistans nicht toleriert wird. Für erwachsene Frauen unterhält beispielsweise der Afghanische Frauenverein (AFV e.V.) Ausbildungszentren, in denen Frauen den Beruf der Schneiderin oder Stickerin erlernen und parallel an Alphabetisierungskursen, Hygiene- und Ernährungsseminaren teilnehmen können. Die Ausbildung und der Erhalt einer Nähmaschine nach Abschluss des Kurses soll ihnen die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit eröffnen. Für die Gesprächspartner stellten die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen für Frauen die effektivste Maßnahme zu Stärkung ihrer gesellschaftlichen Stellung dar.

Energiesektor: Afghanische Ingenieure und Techniker (VAIT e.V.) in Deutschland engagieren sich im Aufbau des Energiesektors in ihrem Herkunftsland und konzentrieren sich dabei vorrangig auf regenerative Energie. Ein Mitglied von VAIT hat eine Solarlampe entwickelt, welche die gesundheitsschädigende Öllampe ersetzen soll. Man versucht besonders in den ländlichen Regionen den Aufbau zu unterstützen, da die internationale Hilfe sich bisher fast ausschließlich auf Kabul konzentriert. Ein Verein hat ein Musterdorf in der Provinz War-

⁴¹ Verschiedene NGOs, die im Bildungssektor in Afghanistan tätig sind, haben nach Aussagen einer Gesprächspartnerin eine Arbeitsgruppe gebildet, um über die Möglichkeiten der Qualifizierung von afghanischen Lehrern zu beraten. Diese müssen anhand eines neuen Curriculums, das vom Erziehungsministerium entworfen wurde, geschult werden. Im Bildungsbereich engagieren sich zahlreiche Vereine in Deutschland, die afghanische und häufig mehr deutsche Mitglieder haben und von denen viele bei der jährlich in Iserlohn stattfindenden Tagung zusammen kommen.

duk auf der Basis regenerativer Energie aufgebaut. Mit Solarkraft betriebene einfache Geräte erleichtern die Arbeit der Frauen beim Waschen, Backen und Butterschlagen. Im Dorf sind zur Stromgewinnung Stationen aufgebaut worden, die aus einer Kombination aus Solarmodulen und Windrädern bestehen.

3.2.3. Fall Serbien

Das Engagement der serbischen Migranten beim Aufbau der Infrastruktur ist heute verschwindend gering. Es gibt einzelne individuelle Bemühungen, den Wissenschafts- und Wissenstransfer zwischen Deutschland und Serbien voranzubringen. Insgesamt scheinen sich die Serben heute stärker mit den Möglichkeiten ihrer öffentlichen Repräsentation und ihrer politischen Interessensvertretung in Deutschland zu befassen. So ist beispielsweise die Schaffung eines serbischen Dachverbandes, der hauptsächlich der Interessensvertretung der Serben in Deutschland dienen soll, geplant. Vielen serbischen Vereinen mangelt es an Ressourcen. Sie sind daher damit beschäftigt, das eigene Überleben zu sichern. Beziehungen unterschiedlicher serbischer Organisationen zum Herkunftsland gestalten sich eher auf einer politischen Ebene. Diese mündet jedoch meist in symbolische Politik: in die gegenseitige Anerkennung zwischen der sogenannten Diaspora und dem serbischen Staat, jedoch nicht in konkrete gemeinsame Projekte bzw. Zugeständnisse des Staates der Diaspora gegenüber. Allerdings gab es in der Vergangenheit sowohl kollektive als auch individuelle Aktivitäten der serbischen Migranten beim Aufbau der Infrastruktur in Serbien. Diese erreichten ihren Höhepunkt während und unmittelbar nach dem NATO-Einsatz in Serbien Ende der 1990er Jahre. Mit der Normalisierung der politischen Situation im Herkunftsland ist jedoch die Zahl der Infrastrukturprojekte drastisch gesunken. Im Folgenden wird auf die Phase der Mobilisierung von Migranten für den Infrastrukturaufbau während der politischen Krise in Jugoslawien sowie auf den Rückgang der Aktivitäten nach 2002 eingegangen.

a) Individuelle Aktivitäten

Einzelne Migranten serbischer Herkunft unterstützten während des Krieges vor allem ihre Herkunftsorte in Serbien. Beispielsweise organisierte ein bei einem deutschen Großunternehmen tätiger Facharbeiter mit Hilfe seines Arbeitgebers eine Maschine zur Überprüfung der Wasserqualität. Durch die Bombardements chemischer Fabriken bestand die Gefahr einer Wasserverseuchung. Andere individuelle Initiativen beinhalteten den Transport – auf eigene Kosten – von Kleidung und Medikamenten nach Serbien. Die meisten jedoch spendeten in kleinerem Umfang für Hilfsprojekte der serbischen Vereine, für die von Serben in Deutschland gegründeten Hilfsfonds, oder überwiesen Gelder auf die Spendenkonten deutscher Hilfsorganisationen.

b) Kollektive Aktivitäten

Während des Kosovokrieges setzten die Clubs die durch die Mobilisierung von Migranten gesammelten finanziellen Mittel unter anderem für die humanitäre Unterstützung der serbischen Bevölkerung ein. Humanitäre Unterstützung fand hauptsächlich in Form von Hilfsgütertransporten statt. Einige Clubs lieferten die Hilfsgüter (Medikamente, Kleidung, Decken und andere Sachspenden) an zentrale Sammelstellen, andere wiederum suchten eigenständig nach bedürftigen Adressaten in Serbien (z.B. Krankenhäuser, Kinderheime, Flüchtlingslager) und belieferten diese direkt. Mit dem Ende des Konfliktes war die Mobilisierung der Migranten und die Hilfswelle seitens der serbischen Clubs in Deutschland zunächst un-

gebrochen. Es entwickelte sich eine Phase der politischen Euphorie, die sich in hohen Erwartungen der Migrantenorganisationen und einzelner serbischer Aktivisten im Ausland gegenüber dem serbischen Staat niederschlug. Die Aktivitäten konzentrierten sich in dieser Zeit auf den Wiederaufbau der Infrastruktur. Ein Verein serbischer Hochqualifizierter richtete beispielsweise eine zahnmedizinische Fakultät in einer serbischen Stadt ein. Des Weiteren vernetzten sich hoch engagierte und wohl situierte Migranten serbischer Herkunft aus Deutschland, der Schweiz und Österreich (wenige aus anderen Ländern Europas und den USA) und gründeten unmittelbar nach dem Ende des Kosovokonfliktes den sogenannten Rat der Diaspora. Im Rahmen dieses Gremiums wurde ein Fonds eingerichtet, für welchen innerhalb kürzester Zeit 13 Mio. DM gespendet wurden. Aus den Mitteln des Fonds wurde der Aufbau mehrerer zerstörter Brücken in Serbien sowie zweier Kinderkrankenhäuser unterstützt. In einigen deutschen Städten taten sich serbische Kulturvereine zusammen, um Hilfsprojekte in Serbien durchzuführen. Bereits während des Kosovokrieges entstand z.B. in München ein Koordinierungskreis serbischer Vereine, die mit den deutschen Hilfsorganisationen zusammenarbeiteten. Diese Koordinationsgruppe sammelte im Rahmen von zwei Projekten Gelder, welche für die Einrichtung einer Schule und für unterschiedliche medizinische Geräte für eine Kinderklinik in Belgrad bestimmt waren. Auch die serbisch-orthodoxe Kirche in Deutschland unterstützte verschiedene Initiativen, die hauptsächlich die Vermittlung von Patenschaften für Waisenkinder zum Ziel hatten.

c) Rückgang der Aktivitäten nach dem Ende des Konfliktes

Mit der relativen Normalisierung der politischen Situation in Serbien ließ auch das Engagement der Migranten für den Aufbau der Infrastruktur nach. Dies lag zum einen daran, dass serbische Clubs und andere Migrantensorganisationen nicht mehr imstande waren, Spenden in großem Umfang zu sammeln. Mit dem Ende des Konfliktes sank die Spendenbereitschaft der in Deutschland lebenden Serben rapide. Zum anderen war es den besonders engagierten hochqualifizierten Serben nicht gelungen, ihre eigenen politischen Aspirationen hinsichtlich Serbiens zu verwirklichen, weshalb sie in der Folge das Interesse an einer Beteiligung im öffentlichen Sektor verloren. Z.B. sank der politische Einfluss des oben erwähnten Rats der Diaspora mit dem Amtseintritt des neuen Premier Ministers Zizic, da viele serbische Aktivisten aus dem Ausland von der neuen Regierung für bewusste Unterstützer des Milosevic-Regimes gehalten wurden. Darüber hinaus kam das Konto des Hilfsfonds – samt der darin angelegten Gelder - im Zuge der Privatisierung der serbischen Nationalbank „abhanden“. Der Rat stellte jegliche Infrastrukturprojekte in Serbien ein und seine Aktivisten beschäftigten sich zurzeit damit, die verschwundenen Gelder wieder aufzufinden.

Viele demokratisch orientierte, politisch engagierte Serben aus dem Ausland, die sich als Teil der Milosevic-Opposition begriffen, fühlen sich von der neuen serbischen Regierung verraten, denn sie haben weder politischen Einfluss noch reelle Möglichkeiten politischer Beteiligung. Einige serbische Clubs, die während der Krisenzeit Hilfsprojekte für Serbien organisiert hatten, erklärten, sie seien heute kaum aktiv, weil ihnen seitens des serbischen Staates kein Interesse entgegengebracht werde. Da die Regierungsstellen sie nicht ansprachen, könnten sie auch nicht beurteilen, wo und in welcher Form Hilfe vonnöten sei. Des Weiteren seien sie heute auf die finanzielle Unterstützung von institutionellen Geldgebern angewiesen, weil die Mobilisierung der serbischen Migranten in Deutschland „in einer ruhigen Zeit“ sehr schwierig sei.

3.2.4. Vergleich der Fälle

Im Falle Ägyptens überwiegen individuelle Projekte zum Aufbau der Infrastruktur, die hauptsächlich auf Bildung und Wissenschaft sowie auf den Gesundheitssektor gerichtet sind. Ägyptische Migranten engagieren sich in einem erheblichen Umfang beim Aufbau der Infrastruktur. Ihr Engagement reicht von sporadischen individuellen Vermittlungsleistungen, wie im Falle des Wissenschafts- und Wissensaustausches, bis hin zu langfristigen Investitionen in Bildungs-, Wissenschafts- und Gesundheitseinrichtungen. Es engagierten sich hauptsächlich Migranten, die in Ägypten der oberen Mittelschicht angehören, über den höheren Bildungsweg nach Deutschland kamen und relativ erfolgreiche Karrieren in Deutschland eingeschlagen haben. Es handelt sich daher um gebildete und gut integrierte Migranten, die sich am Aufbau der Infrastruktur beteiligen. Hauptmotive des Engagements dieser in Deutschland ansässigen Professionellen aus privilegierten ägyptischen Familien sind ihre Gewinnorientierung, aber auch die Suche nach Anerkennung ihres, im Laufe der Migration erworbenen, sozialen Status. Ihr Engagement in Ägypten erlaubt ihnen gewissermaßen die Verdopplung und Verfestigung ihres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolgs durch den Zugewinn von Ansehen und Einfluss bei der professionellen, wirtschaftlichen und politischen Elite Ägyptens.

Kollektive Projekte spielen unter den Ägyptern eine weit geringere Rolle. Insbesondere im Vergleich zur Vielfalt der kollektiven Infrastrukturprojekte bei den Afghanen - einer strukturell ähnlichen Gruppe hinsichtlich des sozialen Status und der professionellen Qualifikationen der engagierten Migranten - engagieren sich ägyptische Migranten kaum kollektiv, um zur Lösung von Infrastrukturproblemen ihres Herkunftslandes beizutragen. Die im Migrationsprozess entstandenen Verbindungen untereinander dienen primär der informellen Unterstützung individueller Initiativen (insbesondere zur Weitervermittlung wichtiger Kontakte in Ägypten, finanzieller Mitbeteiligung an Erfolg versprechenden Projekten, Werbung für Projekte in Deutschland und in seltenen Fällen Spendensammlungen).

Im Gegensatz zu Ägypten engagieren sich unterschiedlichste Vereine und Verbände für den Aufbau der Infrastruktur in Afghanistan. Das Engagement dieser Organisationen ist sehr umfangreich und intensiv. Die meisten Projekte sind nicht gewinnorientiert, sondern gemeinnützig. Faktisch suchen die Migrantenprojekte in Afghanistan, die Leistungsprobleme des noch immer kaum handlungsfähigen Staates zu kompensieren, indem sie stellvertretend Infrastruktur für das Gesundheits-, Bildungs-, Erziehungs- und andere Funktionssysteme bereitzustellen versuchen. Dabei gehören, ähnlich wie im Fall Ägyptens, die wohl situierten Afghanen aus der Diaspora zu den Hauptaktivisten. Jedoch beteiligen sich auch afghanische Migranten mit einem niedrigeren sozialen Status in Deutschland an den Infrastrukturprojekten. Die hohe Mobilisierung der im Ausland lebenden Afghanen für Entwicklungsbelange ihres Herkunftslandes ist eine der wichtigsten Bedingungen für den großen Umfang und die Intensität des Engagements. Insbesondere nach dem 11. September und dem darauf folgenden Einsatz der NATO in Afghanistan stieg das Interesse der Weltgemeinschaft, unterschiedlicher Internationaler und Entwicklungsorganisationen, gleichzeitig aber auch der Migrantenorganisationen für die wirtschaftliche, politische und soziale Situation in ihrem Herkunftsland. Es waren nicht nur die alteingesessenen Vereine der Afghanen in Deutschland, die ihr Augenmerk auf Afghanistan richteten. Viele Migrantenorganisationen entstanden erst im Zuge der gestiegenen Bedeutung Afghanistans in der internationalen Politik. Auch das nationale Bewusstsein der Afghanen, das Gefühl der Zugehörigkeit und der Verantwortung ihrem Herkunftsland gegenüber, wuchs. Dies kann man insbesondere an der zweiten Gene-

ration der Afghanen in Deutschland beobachten. In einem politischen Kontext, in dem Afghanistan seitens deutscher Außen- und Entwicklungspolitik, aber auch seitens der internationalen Politik hohe Aufmerksamkeit geschenkt wird, sind afghanische Organisationen mit dem Fokus auf das Herkunftsland sehr gefragt und können somit auf verschiedene Ressourcen zurückgreifen (Gelder unterschiedlicher Geber, wie Entwicklungsorganisationen, Internationalen Organisationen und Regierungen, Spenden der Migranten sowie auf den individuellen Einsatz von Afghanen und Deutschen). Es bleibt abzuwarten, inwiefern diese unterschiedlichen Aktivitäten im Herkunftsland auch nach der politischen Normalisierung in Afghanistan bestehen bleiben werden.

Im Falle Serbiens war das Engagement der serbischen Migranten für den Aufbau der Infrastruktur durch die politischen Konflikte in Serbien induziert. Hauptbeweggrund war hier der in den 1990er Jahren wiederbelebte serbische Nationalismus. Das Engagement richtete sich daher auf die Milderung der Krisensituation in Serbien. Engagierte Migrantenorganisationen und einzelne Personen hofften dabei, in diesem neu gegründeten Nationalstaat eine politische Rolle spielen zu können. Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht. Nachdem Serbien tatsächlich die politische Eigenständigkeit erreicht hatte, verloren serbische Aktivisten aus dem Ausland an politischem Einfluss und das Mobilisierungspotenzial der breiten Migrantenbevölkerung sank. Den serbischen Clubs und einzelnen Aktivisten wurden sowohl finanzielle als auch politische Ressourcen entzogen, was dazu führte, dass diese ihre Aktivitäten einstellten. Viele Clubs stehen heute kurz vor der Schließung. Zwar finden dort kaum noch Aktivitäten statt, dennoch bestehen die Verbindungen der Clubaktivisten zueinander fort: man kennt und trifft sich. Nach Meinung unserer Gesprächspartner könnten gerade diese Verbindungen von neuem für Projekte im Herkunftsland mobilisiert werden. Die Clubs erwarten Mobilisierungsanstöße (etwa finanzielle Unterstützung für einzelne Projekte, aber auch die Benennung wichtiger Infrastruktursektoren, in welchen Unterstützung notwendig ist) entweder vom serbischen Staat oder von anderen Geldgebern, wie etwa Entwicklungsorganisationen. Was die Bereitstellung von Geldern aus den eigenen Reihen betrifft, so hielten unsere Gesprächspartner dies für wenig realistisch.

Beim Vergleich der Fälle wird deutlich, dass die Aktivitäten der Migranten, welche auf den Aufbau der Infrastruktur gerichtet sind, stark von der politischen Situation im Herkunftsland abhängen. Politische Instabilität in den Herkunftsstaaten bis hin zu militärischen Konflikten scheint ein Grund für die Diasporamobilisierung zur Lösung der dortigen Infrastrukturprobleme zu sein. Dies konnte im Fall von Afghanistan und Serbien beobachtet werden. Hingegen initiieren Migranten relativ wenige Infrastrukturprojekte, wenn sie aus Staaten mit hoher politischer Stabilität kommen. Es sind allenfalls wohlhabende Migranten, die sich in Infrastrukturprojekten der politisch stabilen Staaten, wie etwa in Ägypten, engagieren. Sie haben im Laufe und durch ihre Migration den sozialen Aufstieg erlebt. Infrastrukturprojekte im Herkunftsland verschaffen ihnen nun die Möglichkeit, für ihren privilegierten sozialen Status auch im Herkunftsland symbolische Anerkennung und u.U. finanzielle Gewinne zu erzielen. Dabei ist bedeutsam, ob Güter der Erziehung und Ausbildung, Wissenschaft, Gesundheit, Energie- und Wasserversorgung sowie Verkehrswege primär staats- oder primär marktvermittelt bereit gestellt werden. Werden solche Güter primär staatlich bereitgestellt, ist das Engagement von Migranten für den Aufbau der Infrastruktur im ausgeführten Sinne national und international politisch kontextuiert und erfolgt in mehr oder weniger großer Nähe zur Politik und Regierung des Herkunftslandes (Bsp. Serbien, Afghanistan). Es zielt auf jene Infra-

struktursektoren ab, die aufgrund unterschiedlicher Formen des Leistungsversagens des Staates unterentwickelt sind. Erfolgt die Bereitstellung der genannten Güter dagegen auch marktvermittelt, eröffnet dies für die Migranten Möglichkeiten, in die Infrastruktur ihrer Herkunftsländer zu investieren und damit Gewinn zu erzielen.

Die unten stehende Tabelle versucht thesenartig, die Ausrichtung von Diasporaaktivitäten und das Engagement der Migranten in Abhängigkeit von zwei Faktoren zu fassen: der politischen Situation im Herkunftsland und dem Modus der Bereitstellung von Infrastruktur im Herkunftsland.

Modus der Bereitstellung von Infrastruktur	Politische Situation im Herkunftsland	
	Politische Konflikte/Instabilität	Politische Stabilität
Markt		Engagement aus Eigennutz: ökonomische Investitionen in Infrastruktur durch einzelne wohlhabende Migranten. (Ägypter)
Staat	Engagement aus Patriotismus: a) vorübergehende Kompensation von partiellem Staatsausfall via Bereitstellung von Infrastruktur wie Wasserversorgung, Verkehrswegen, Bildung, Gesundheit und humanitäre Hilfe (Serben); b) langfristige Kompensation der destruktiven Folgen von komplettem Staatsausfall durch Bereitstellung von Infrastruktur wie Bildung und Ausbildung, Gesundheit, Wissenschaft, Energie- und Wasserversorgung, humanitäre Hilfe, (Afghanen).	Engagement aus Gründen von Macht, Zugehörigkeit, Moral, Ehre und Ansehen: Projekte in ggf. mangelhaft ausgestatteten Bereichen (Gesundheit, Sozialwesen) oder in prestigeträchtigen Sektoren (Bildung, Kultur und Wissenschaft) (Ägypter, jedoch in geringen Umfang)

In der hier vorgelegten Studie haben wir, dieser Typisierung folgend, drei Formen des Engagements von Migranten identifizieren können. Zum einen ist der Fall Ägypten ein Beispiel für das Engagement von Migranten in Orientierung an Eigennutz sowie der Mehrung von Ansehen und Ehre. Die Fälle Afghanistan und Serbien fallen unter den Typus des Engagements aus Patriotismus. Im Folgenden wird auf die Interpretation zweier dominanter Typen der Aktivitäten der ägyptischen, afghanischen und serbischen Migranten beim Aufbau der Infrastruktur genauer eingegangen. Der dritte Typus, „Engagement aus Gründen von Macht, Zugehörigkeit, Moral, Ehre und Ansehen“, der anhand der Aktivitäten von ägyptischen Migranten beobachtet werden konnte, wird hier nicht näher untersucht, da er eher am Rande unserer Untersuchung auftauchte. Es wäre jedoch die Aufgabe einer weiterführenden Studie, auf der hier vorgeschlagenen Typisierung aufbauend, einen systematischen Vergleich der drei Typen von Aktivitäten anzustreben.

a) Engagement aus Eigennutz

Der Fall Ägypten ist paradigmatisch für das Engagement der Migranten in einem politisch stabilen Staat mit einer marktvermittelten Infrastrukturbereitstellung. Das mehrheitlich individuelle Engagement zeugt von einer relativ schwachen Mobilisierung der ägyptischen Migranten in Deutschland. Die in Ägypten bestehende Möglichkeit, Gesundheits-, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen marktvermittelt anzubieten, zieht Migranten mit hohen finanziellen Ressourcen und professioneller Expertise an. Beim Aufbau solcher Infrastruktureinrichtungen (Universitäten, Schulen, Kliniken, Forschungseinrichtungen) zielen sie auf Gewinn. Dabei haben die hochqualifizierten Migranten bei Investitionen in diesen Bereiche einen erheblichen komparativen Vorteil im Vergleich zu einheimischen Professionellen, aber auch im Vergleich zu ausländischen Investoren.

Ein Beispiel für eine solche erfolgreiche Nutzung der politischen und professionellen Kontakte in Deutschland ist die Gründung der Deutschen Universität in Kairo, welche durch eine Patenschaft mit einer deutschen Universität und sechs deutschen Wissenschaftsförderungseinrichtungen unterstützt wird. Einige unserer Experten und Gesprächspartner, die mit der Gründungsgeschichte der Deutschen Universität vertraut waren, waren der Ansicht, dass ein solcher Erfolg einzig mit der gelungenen Nutzung dieser Kontakte und der „geschickten PR-Strategie“ des Gründers zu erklären sei. Nicht nur die Kontakte zu deutschen Institutionen, sondern auch Kontakte innerhalb der Diaspora bildeten eine Ressource, zu welcher Hochqualifizierte im Herkunftsland keinen Zugang haben. Ägyptische Vereine funktionieren, wie beschrieben, in Deutschland ähnlich den „Rotary Clubs“ und dienen der Reproduktion professioneller ägyptischer Elite in Deutschland. Die über die Vereine geknüpften und gepflegten Kontakte erstrecken sich nicht allein auf Deutschland, sondern erlauben zugleich den Ausbau wichtiger Beziehungen in Ägypten.

Bei ihren Investitionen in die Infrastruktur haben ägyptische hochqualifizierte Migranten auch eine Nische besetzt, die für ausländische Investoren weniger interessant ist, da solche Investitionen eine langfristige Bindung erfordern und daher riskant sind. Sie erfordern zudem ein hohes Maß an lokalem Wissen und an sozialen Kontakten. Viele unserer Gesprächspartner haben sich deshalb maßgeblich selbst am Aufbau und der Führung ihrer Geschäfte beteiligt, was ihre ständige Präsenz vor Ort implizierte. Die Gründung eines Unternehmens in solchen Feldern geht daher meist mit einer Quasi-Rückkehr nach Ägypten einher. Ausländische Investoren sind aus solchen Gründen oftmals nicht bereit, „sich auf das Land einzulassen“. Für ägyptische Migranten war ihr Herkunftsland gerade aus diesen Gründen ein attraktiver Geschäftsstandort.

Zusammenfassend lässt sich für diesen Typus von Engagement feststellen, dass in politisch stabilen Kontexten bestehender Marktliberalismus im Infrastruktursektor insbesondere für ressourcenreiche Migranten eine wichtige Voraussetzung für Investitionen zu sein scheint. Ihr Engagement zeichnet sich durch individuelle, an Gewinn orientierte und langfristige Investitionen aus und ist auch deshalb wahrscheinlich, weil hochqualifizierte Migranten in ihrem Herkunftsland über erhebliche komparative Vorteile verfügen.

b) Engagement aus Patriotismus

Im Gegensatz zum Engagement aus Eigennutz, wie dies – wenn auch nicht ausschließlich - im Fall der Ägypter zu registrieren war, handelt es sich in den Fällen der Afghanen und Serben eher um Formen des Engagements aus Patriotismus. Die Ähnlichkeit beider Fälle

besteht darin, dass die Aktivitäten der Migranten in beiden Fällen für den kompensatorischen Aufbau von kriegszerstörter Infrastruktur in den Herkunftsländern und partiellen (Serbien) bzw. kompletten (Afghanistan) Staatsausfall induziert waren. Die jeweiligen Konflikte und ihre Folgen lösten eine Welle der Mobilisierung der Diaspora im Ausland aus. In beiden Fällen entstanden neue Migrantenorganisationen mit dem Fokus, die fehlende Infrastruktur aufzubauen bzw. die negativen sozialen Folgen der politischen Konflikte in den Herkunftsländern abzumildern. Auch solche Migrantenorganisationen, die ansonsten überwiegend an der Interessenvertretung der Migranten im Aufnahmeland orientiert waren oder die religiöse und kulturelle Selbstentfaltung der Migranten unterstützten, beteiligten sich an der Entwicklung von Infrastrukturprojekten in den jeweiligen Herkunftsländern. Solche Projekte fanden hohe Anerkennung unter den in Deutschland ansässigen Migranten und mobilisierten diese erfolgreich, insbesondere für finanzielle Unterstützung. Das Engagement der serbischen Migranten ging jedoch schon bald nach dem Ende des militärischen Konfliktes im Kosovo wieder zurück. Das Engagement der afghanischen Migranten durchlief seit Ende der 1970er Jahre verschiedene Konjunkturen, hat bis in die Gegenwart nicht nachgelassen und ist im Kontext der politischen Erneuerung Afghanistans seit dem Sturz der Taliban sogar noch gestiegen.

Es stellt sich die Frage, warum das Engagement der serbischen Migranten eher kurzlebig war, während das Engagement der in Deutschland lebenden Afghanen in ihrem Herkunftsländ vergleicht betrachtet auf hohem Niveau fortbesteht.

Der Rückgang des Engagements der serbischen Migranten hat eine seiner Ursachen in den durch den neuen serbischen Staat enttäuschten Erwartungen der serbischen Aktivisten. Nachdem sich die Migranten insbesondere in der Zeit der Auflösung Jugoslawiens, der Kriege und der Neuformierung des serbischen Staates in verschiedenen Bereichen erheblich engagiert hatten und gewissermaßen kompensatorisch für den im Krieg gebundenen Staat eingesprungen waren, stießen sie im Gefolge des Abgangs Milosevics sowie der Veränderung der Machtverhältnisse und Parteienlandschaft auf politisches Misstrauen oder Ignoranz. Die Hoffnungen insbesondere der Intellektuellen in der Diaspora auf politischen Einfluss und Beteiligung wurden weitgehend enttäuscht, weshalb ihr Engagement ebenso wie die Mobilisierung der Migranten durch die serbischen Vereine erheblich nachließ. Die Mobilisierung der Migranten unterlag von Beginn an zwei erheblichen Restriktionen: Zum einen waren die finanziellen Ressourcen der Arbeitsmigranten und ihrer Familien recht eingeschränkt. Zum anderen standen die Serben in Deutschland national und international weitgehend isoliert da, mussten ihr Engagement gegen eine öffentliche Meinung aufrechterhalten, in der sie als Verursacher des Balkankonfliktes galten, und fanden entsprechend weder politische noch finanzielle Unterstützung. Daher war das Mobilisierungspotenzial einer nationalen Rhetorik, die auf ethnische Identität, nationalen Stolz und Solidarität mit dem serbischen Volk abzielte, für ein fortgesetztes Engagement nach dem Ende des Kosovo-Krieges aus Gründen der innerserbischen Entwicklung wie der Isolierung der Diaspora relativ bald erschöpft.

Eine solche Erschöpfung ist im Falle der Afghanen bislang (noch) nicht eingetreten. Viele Gesprächspartner sind zwar mit den politischen Entwicklungen vor Ort unzufrieden, aber ihr Infrastrukturengagement in Afghanistan ist in geringerem Maße als bei den Serben an politischer Teilhabe orientiert, sondern wird getragen von einer eher professionellen Ausrichtung von Medizinern, Ingenieuren, Lehrern oder Wissenschaftlern an der Wiederherstellung von Funktions- und Leistungsstandards in den Bereichen, in denen sie selbst tätig sind. Ihr Engagement ist zwar auch von nationaler Zugehörigkeit motiviert, aber doch primär geleitet von den Normen professioneller Ethik und beruflichem Engagement und daher weniger anfällig

für Enttäuschungen, wie sie von der Politik im sich neu formierenden Staat Afghanistan ausgehen. Afghanische Migranten in Deutschland haben ein langfristiges Interesse daran, Infrastrukturprojekte in Afghanistan auf- und auszubauen. Zudem erfährt Afghanistan und damit auch ihr Engagement noch immer große Aufmerksamkeit in der internationalen Politik. Daher können Migrantenorganisationen, die in Afghanistan Infrastrukturaufbau leisten, weiterhin auf die Unterstützung unterschiedlicher Geberorganisationen (Regierungen, Internationale Organisationen, Entwicklungsorganisationen etc.) zurückgreifen. Aber auch für den Fall Afghanistans ist zu befürchten, dass die Zahl der Infrastrukturprojekte mit dem Rückgang des Interesses der internationalen Gemeinschaft an der politischen Situation im Land stark abnehmen könnte. Einiges wird auch davon abhängen, ob es den Migrantenorganisationen gelingt, sich im Feld der internationalen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit so zu etablieren, dass sie auch eine solche Phase des Aufmerksamkeitsverlustes überstehen können.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Beobachtung, dass politische Konflikte im Herkunftsland eine (Neu)Identifikation mit dem Herkunftsland und ein gesteigertes gemeinnütziges Engagement der Diaspora hervorzurufen vermögen, in mehreren Studien zum Migrantentransnationalismus bestätigt wird (z.B. in der vielfältigen Literatur zu den Tamilen). Politische Konflikte sind in der Gegenwart keine rein innenpolitische Angelegenheit der betroffenen Staaten mehr, sondern Gegenstand internationaler Politik und der Medien. Instabile Staaten ziehen die Aufmerksamkeit Internationaler Organisationen, darunter auch entwicklungspolitisch orientierter Organisationen, auf sich. Dies erzeugt im Wesentlichen den politischen Kontext, in dem sich Migranten für Problemstellungen in ihren Herkunftsländern hochgradig mobilisieren. Wie produktiv und problemlösend dieses Engagement ausfällt, hängt von den gesellschaftlichen Konstellationen im Herkunftsland, von der Wanderungsgeschichte und sozialen Integration der Migranten im Zuwanderungsland, von ihren Ressourcen sowie von der internationalen Resonanz auf ihre Projekte ab.

3.3. Politische Beteiligung der Migranten in ihren Herkunftsländern

Zum transnationalen politischen Engagement von Migranten gibt es bereits einige Untersuchungen.⁴² Zum einen wird behauptet, dass politische Migrantenbündnisse autonome transnationale Akteure seien, die mittlerweile starken Einfluss auf die Politik ihrer Herkunftsländer ausüben (Koopmans und Statham, 2003; Ostergaard-Nielsen, 2002). Andere Studien wiederum stellen die sogenannte Diasporapolitik der Herkunftsländer in den Mittelpunkt und behaupten, dass die gezielte Politik der Herkunftsländer die Art und Intensität der politischen Beteiligung von Migranten beeinflusst (Frykman, 2002; Koser, 2002; Wayland, 2004). Unsere Pilotstudie zeigt, dass sich sowohl die erste als auch die zweite Behauptung als richtig erweisen können, je nachdem, welche Art von Migranten untersucht wird. Sogenannte Diasporapolitik übt einen begrenzten Einfluss auf Migrantennetzwerke aus, die sich entlang der Zugehörigkeit zu Profession, sozialer Schicht oder gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen formieren. Unter bestimmten Umständen können diese Netzwerke als eigenständige Akteure der Politik ihres Herkunftslandes agieren. Ist die Entstehung der Migrantennetzwerke jedoch

⁴² Einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zum Thema politischer Migrantentransnationalismus findet man bei Eva Estergaard-Nielsen (2003).

durch politische Konflikte im Herkunftsland induziert, übt die Diasporapolitik des Landes einen großen Einfluss auf sie aus.

In unserer Pilotstudie wird die politische Beteiligung der Migranten in ihren Herkunftsländern anhand von zwei Fällen - Serbien und Ägypten – eingehend untersucht. Der Fall Afghanistan wird bei der Analyse der politischen Partizipation von Migranten in ihren Herkunftsländern nicht berücksichtigt. Zum einen, weil uns über die politische Beteiligung der in Deutschland lebenden Afghanen weitgehend nur Sekundäranalysen vorliegen. Während der Erhebungsphase konnten wir weder politische Vereinigungen noch einzelne politische Aktivist*innen ausfindig machen. Zum anderen fehlt es an Daten über die Diasporapolitik Afghanistans. Die Fälle Ägypten und Serbien sind dagegen sehr materialreich, da wir in den jeweiligen Ländern Interviews mit Experten führen und relevante Dokumente zur Diasporapolitik sammeln konnten. Die Fälle Serbien und Ägypten sind außerdem für die Argumentation dieses Abschnittes paradigmatisch: Die in Deutschland lebenden serbischen Migranten waren sehr an der Politik Serbiens interessiert. Die politische Beteiligung der Ägypter hingegen reduziert sich auf Lobbyarbeit für eigene Elitennetzwerke und ist wenig von der Diasporapolitik Ägyptens beeinflusst. Die Fälle Serbien und Ägypten stellen also zwei kontrastierende Beispiele der politischen Beteiligung von Migranten dar. Ihre Analyse weist deshalb auf die Faktoren hin, welche die politische Partizipation der Migranten in ihren Herkunftsländern vorantreiben bzw. verhindern. Es zeigt sich, dass die Art der politischen Beteiligung der Migranten mit dem Entstehungs- und Funktionsmodus ihrer jeweiligen Netzwerke zusammenhängt. Im Folgenden wird anhand der Fälle Ägyptens und Serbiens beschrieben, wie sich die politischen Aktivitäten von Migranten und die Diasporapolitik des jeweiligen Herkunftsstaates aufeinander beziehen.

3.3.1. Fall Ägypten

a) Politische Partizipation der Migranten

In Deutschland lebende ägyptische Migranten, die wir interviewt haben, verhalten sich gegenüber der Politik in ihrem Herkunftsland unter Opportunitätsgesichtspunkten. Viele verstehen sich als regimekritische, demokratisch orientierte Menschen, vermögen es jedoch nicht, ihre Einstellungen in politisches Handeln zu übersetzen. Da viele ägyptische Migranten die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, stellen Ägypter in Deutschland kein nennenswertes Wählerpotenzial für ihr Herkunftsland dar. Ägyptische Organisationen in Deutschland wiesen ebenfalls eine opportune Haltung gegenüber der jetzigen politischen Machtkonstellation auf. Die Hochqualifizierten setzten eher auf den Ausbau ihrer politischen Kontakte als auf Konfrontation mit der Macht. Ebenfalls erklären sich religiöse Vereine der Ägypter in Deutschland offiziell für apolitisch. So hält die koptische Kirche in Deutschland Distanz zu Fragen der ägyptischen Politik. Es sei besser, mit der Regierung Frieden zu halten, als auf Konfrontationskurs zu gehen. Einer unserer Gesprächspartner erklärte: „Würden Kopten im Ausland zu viel Wirbel machen, würde es den Brüdern und Schwestern in Ägypten schlechter und nicht besser gehen“.⁴³

⁴³ Politisch oppositionelle Einstellungen und oppositionelles Handeln findet man sicherlich in den muslimischen Vereinen. Die islamischen Konservativen, etwa die Muslimbrüder, bilden in Ägypten ein wichtiges politisches Gegengewicht zur jetzigen Regierung. Es ist davon auszugehen, dass den ägyptischen Muslimbrüdern nahestehende Organisationen, wie etwa die IGD, in der einen oder anderen Weise die politische Opposition in Ägypten unterstützen. Diese Unterstützung wird jedoch informell verlaufen. Uns war es nicht möglich, muslimische Organisation in Deutschland zu finden, deren offizielle Existenzberechtigung es war, einen politischen Widerstand in Ägypten zu organisieren und zu fördern.

Dieser politische Opportunismus der hochqualifizierten ägyptischen Migranten und vor allem auch der koptischen Minderheit ist nicht selbstverständlich. In den USA und im Vereinigten Königreich formierten sich sehr wohl ägyptische Organisationen mit deutlichen politischen Zielen für ihr Herkunftsland. So ist beispielsweise in den USA eine koptische Assoziation aktiv, die sich vorrangig gegen die Diskriminierung von Kopten einsetzt, gleichzeitig aber auch Menschenrechte und Demokratisierung in Ägypten fordert (Brainard, 2003). Insbesondere Kopten aus Nordamerika scheinen also politisch aktiv zu sein, was von der ägyptischen Regierung registriert wurde. Viele unserer Gesprächspartner wiesen darauf hin, dass eine der wichtigsten Personen im ägyptischen Diaspora-Ministerium Kopte sei. Unsere Gesprächspartner zogen daraus den Schluss, dass sie deshalb eine solch prominente Stelle einnahm, „damit Kopten aus dem Ausland, insbesondere aus den USA, weniger Probleme machen“, mit anderen Worten, um eine gute Beziehung zur koptischen Minderheit im Ausland zu gewährleisten.

Eine mögliche Erklärung für die Ursachen des politischen Opportunismus der in Deutschland lebenden Ägypter sind die unterschiedlichen Migrationsstrukturen nach Deutschland und in die USA. Während nach Deutschland hauptsächlich hochqualifizierte Ägypter kamen, war die Auswanderung in die USA und Kanada, insbesondere der Kopten, stärker politisch motiviert. Die Ägypter in Amerika haben sich daher tendenziell eher in Vereinigungen mit politischen Zielen organisiert.

Ägyptische Migranten in Deutschland sind trotz ihrer opportunen Haltung nicht politisch passiv. Ihre politische Beteiligung gestaltet sich in Form von Lobbyarbeit. Um die in Deutschland und Ägypten tätigen Unternehmer ägyptischer Herkunft formierten sich einige hochqualifizierte Migranten, die pragmatische politische Ziele in Ägypten verfolgen. Der Verband der ägyptischen Unternehmer baute aktiv Kontakte zur Politik auf, um die Interessen dieser Migranten durchsetzen zu können. Er bemühte sich um wichtige Beamte in Ägypten, übernahm Aufgaben für sie oder lieferte ihnen Informationen und Expertisen zu bestimmten, ihr Ressort betreffenden Fragen. Er engagierte Experten aus dem Ausland, um bestimmte Problemlösungen voranzutreiben, oder entwarf sogar Reden für Besuche der Ministerialbeamten in Deutschland. Im Gegenzug erhielt der Verband Unterstützung, vor allem in Form von Empfehlungen innerhalb der Regierung und nach außen, was des öfteren Früchte trug. Beispielhaft lässt sich hier die Initiative von einigen ägyptischen Naturwissenschaftlern anführen, die in Deutschland tätig waren, und ein Institut für Sonnenenergie in Ägypten gründen wollten, wofür sie vor allem finanzielle Hilfe benötigten. Bei den Vorbereitungen zur Eröffnung der Deutschen Universität in Kairo wirkte der Verband der ägyptischen Unternehmer mit. Er entwarf mit dem damaligen ägyptischen Ministerpräsidenten einen offenen Brief an den in Kairo erwarteten Bundeskanzler, in dem es vor allem um die Hilfeleistungen der deutschen Regierung an Ägypten ging. Die Solar- und Sonnenenergieerforschung wurde dort als ein Unterstützungsschwerpunkt aufgeführt. Der Bundeskanzler versprach daraufhin, 10 Mio. Euro an finanzieller Hilfeleistung für diese Zwecke bereitzustellen.

Die Lobbyarbeit der hochqualifizierten Ägypter aus der Diaspora unterscheidet sich vom üblichen politischen Lobbyismus dadurch, dass sie ausschließlich auf informeller Ebene abläuft und auf Kontakte zu Einzelpersonen (und nicht zu politischen Parteien wie im Falle der Bundesrepublik) baut. Die Informalität und die starke Personifizierung der Kontakte zur Politik bergen jedoch ein Problem: Politischer Einfluss, der über gegenseitige Gefälligkeiten aufgebaut wird, wird mit jedem Personalwechsel in der Regierung hinfällig. Auf diese Weise kamen beispielsweise die vom Bundeskanzler versprochenen 10 Mio. Euro für Forschungs-

zwecke nicht in vollem Umfang bei den Institutsgründern an. Brechen alte Kontakte ab, so müssen neue Kontakte mühsam aufgebaut werden. Solch eine Lobbyarbeit erfordert enorme soziale Ressourcen und ist daher vom persönlichen Engagement und Einfluss einzelner Ägypter der Diaspora abhängig. Sie ist wenig nachhaltig, weil sich derartige Vertrauensverhältnisse zur Politik nur schwer auf Dauer halten lassen.

b) Diasporapolitik Ägyptens

Die ägyptische Regierung hat früh den Nutzen der Auswanderung ägyptischer Arbeitnehmer erkannt. Zum einen entschärfte die Auswanderung die strukturellen Probleme auf dem ägyptischen Arbeitsmarkt. Zum anderen waren die im Ausland tätigen Ägypter durch regelmäßige Geldüberweisungen wichtige Devisenimporteure (Zohry, 2003). Im Jahre 1981 wurde das föderale Ministerium für Wanderungsbelange eingerichtet. Dieses kümmerte sich hauptsächlich um die temporären Migranten in die anderen arabischen Staaten. Ein weiteres Ziel war es, Beziehungen zu ökonomisch erfolgreichen Ägyptern in Europa und Nordamerika zu stärken (vgl. Sawi, 2005). Das Ministerium konzentrierte sich hauptsächlich darauf, das Interesse der wohlhabenden Migranten und der Hochqualifizierten für die ägyptische Wirtschaft zu stärken und diese in ökonomische Aktivitäten zu involvieren. Die politische Beteiligung der Migranten war nicht vorgesehen (vgl. Fargues, 2005). Im Jahr 1996 wurde das Migrationsministerium aufgelöst. Die Verantwortung für Wanderungsbelange ging auf das Ministerium für Beschäftigung über. So entstand ein neuer Verwaltungskörper: das Ministerium für Migration und Beschäftigung, dessen Migrationsabteilung für die Kontakte zur Diaspora zuständig ist.

Keiner von unseren in Ägypten aktiven Gesprächspartnern hatte Kontakte zum Migrationsministerium oder später zur Migrationsabteilung. Viele gaben an, dass die Tätigkeit des Ministeriums für sie nicht bedeutend sei. In der Tat ist es so, dass sich das Ministerium in seinen Projekten nur in geringem Maße mit den in Deutschland lebenden Ägyptern befasst. Die verantwortliche Person war nur unzureichend über die ägyptische Bevölkerung in Deutschland informiert. Das Ministerium wies zum Zeitpunkt der Befragung zwei Projekte vor, die beide von der italienischen Regierung und der International Organization for Migration (IOM) initiiert und finanziert wurden. Zielgruppe dieser Projekte sind entsprechend die Ägypter in Italien. Ein Resultat der Projekte ist die Diasporainternetseite des Ministeriums, die sich an alle Ägypter im Ausland richtet, recht anspruchsvoll aufgebaut ist und unterschiedliche Informationen für die Diaspora anbietet. Allerdings waren wiederum unsere Gesprächspartner über die Existenz dieser Internetseite nicht informiert. Auch im Ministerium des Inneren, im Außenministerium und im Sozialministerium gibt es Einheiten, die sich mit der ägyptischen Diaspora beschäftigen. Allerdings scheinen bislang keine substantiellen Diasporaprojekte aus der Tätigkeit dieser Einheiten hervorzugehen.

Die 1990er Jahre sind als Jahre der Liberalisierung des Wirtschaftssektors in die ägyptische Politikgeschichte eingegangen. Eine Liberalisierungsmaßnahme aus dem Jahr 1997 bezog sich unter anderem auf die Verabschiedung eines Investitionsgesetzes. Daraufhin wurde ein neues Ministerium (*General Authority for Investment and Free Zones / GAFI*) eingerichtet. Die Aufgabe des Ministeriums bestand vor allem in der aktiven Akquise ausländischer Investitionen. Zielgruppe für die Aktivitäten des Ministeriums waren unter anderem Ägypter im Ausland. So wurde ebenfalls eine Diasporaeinheit im Ministerium eingerichtet, wobei sich diese bisher auf wohlhabende Ägypter in den USA konzentriert hat. Vermutlich hängt dies mit persönlichen Kontakten einiger Ministerialbeamter zu Migranten in den USA

zusammen. Darüber hinaus seien, so die Erklärung des für die Diaspora zuständigen Teams, amerikanische Ägypter hervorragend organisiert und deshalb leicht identifizierbar. Im Raum New York führte das Ministerium eine Befragung der Ägypter über deren Wirtschaftsinteressen durch und organisierte eine entsprechende Informationsveranstaltung für einige der bedeutendsten Figuren der ägyptischen Diaspora in den USA. Mit den Ägyptern in Europa hat das GAFI jedoch noch nicht gearbeitet. Dem Ministerium stehen auch nur wenige Informationen über ägyptische Migranten in Europa und insbesondere in Deutschland zur Verfügung. Ägyptische Unternehmer aus Deutschland, die in Ägypten politischen Einfluss durch Lobbyarbeit anstreben, gaben allerdings an, dass sie bei der Kontaktaufnahme zum Ministerium auf Schwierigkeiten gestoßen seien. Im Rahmen unserer Interviews wurden hierzu jedoch keine genauen Angaben gemacht.

Eine weitere Organisation, die Ägypter im Ausland zu repräsentieren sucht, ist eine offiziell als Nichtregierungsorganisation registrierte, faktisch aber in der Obhut des Präsidenten stehende „Nationale Union der Ägypter im Ausland“. Ihre Haupttätigkeit bestand bis vor kurzem darin, jährliche Kongresse der Auslandsägypter zu organisieren. In den letzten zwei Jahren fanden diese Kongresse jedoch nicht mehr statt. Als Grund hierfür wurde der Verdacht politischer Illoyalität der Diaspora geäußert, welches dazu führte, dass der Präsident den Organisatoren seine Unterstützung entzog.

Bisher steht fest, dass keine von den diasporapolitischen Bemühungen der ägyptischen Regierung in irgendeiner Weise die Ägypter in Deutschland erreicht hat. Versuche der ägyptischen Politik, die Diaspora für das Engagement im Herkunftsland zu aktivieren, gehen also an den ägyptischen Migranten in Deutschland vorbei. Wirksam sind dagegen die Strategien des informellen Lobbyismus, die sich unter anderem auch auf die Kontakte zur ägyptischen Botschaft in Deutschland erstrecken. Außer ihrer eigentlichen Funktion der Staatsbürgerregistrierung, des Schutzes ägyptischer Staatsbürger und der Repräsentation des Landes, ist die Botschaft auch eine relevante Adresse für die ägyptische Diaspora. Sie pflegt Kontakte zu den ägyptischen Organisationen und Unternehmern in Deutschland und informiert engagierte Ägypter darüber, welche Infrastrukturprojekte in Ägypten unterstützungswürdig sind. Der Botschafter wird von ägyptischen Vereinen des Öfteren zu Vereinstreffen oder als Vortragender eingeladen. Es werden persönliche Bekanntschaft zu ihm gepflegt. Allerdings begrenzt sich die Ansprechbarkeit der Botschaft auf die Elite der ägyptischen Migranten in Deutschland.

3.3.2. Fall Serbien

Auf Serbien gerichtete politische Aktivitäten der Serben in Deutschland können sowohl aus historischer Sicht als auch heute kaum von der Diasporapolitik Jugoslawiens bzw. Serbiens getrennt werden. Bereits in den 1970er Jahren haben sich jugoslawische Gastarbeiter auf Anregung der jugoslawischen Konsulate organisiert und standen in engem Kontakt zueinander. Anfang der 1990er Jahre teilten sich jugoslawische Gastarbeitervereine in ihre ethnischen Bestandteile auf und neue Migrantenorganisationen entstanden. Sowohl serbische Clubs als auch andere Migrantenvereinigungen waren während der 1990er Jahre politisch aktiv. Fast alle serbischen Organisationen in Deutschland bezogen Stellung zur politischen Situation in Serbien. Dieses Interesse am politischen Geschehen im Herkunftsland hat bis heute nicht nachgelassen. Im Prinzip waren alle unsere Gesprächspartner über die Politik ihres Herkunftslandes informiert und wiesen zumindest ein Interesse an „passiver“ politischer Beteiligung (als Wähler) auf. Allerdings gehörten nur wenige unserer Gesprächspart-

ner zu den politischen Aktivisten der Diaspora. Diese wenigen waren während der 1990er Jahre Mitglieder in oder gründeten selbst Migrantenorganisationen, die politische Ziele in Serbien verfolgten. Sie versuchen auch heute noch, auf die Politik Serbiens einzuwirken. Besonderes Interesse bringen sie jenen Fragen entgegen, welche die Beziehung der Auslandsserben zum serbischen Staat betreffen.

Die Diasporapolitik Serbiens wusste dieses Interesse der Migranten für die Politik zu nutzen. In den 1990er Jahren arbeiteten die jugoslawischen Konsulate an der Wiederbelebung des nationalen Mythos in der Diaspora mit. Zwar riss die Beziehung des serbischen Staates zu den Migrantenorganisationen in Deutschland nach dem Fall der Milosevic-Regierung ab, jedoch wurde sie recht schnell, und zwar im Jahr 2004, wieder hergestellt. Mit dem neuen Diasporaministerium wird von Neuem versucht, die serbischen Aktivisten in Deutschland (und in anderen Ländern) für sich zu gewinnen. Und diese Versuche bleiben nicht ohne Folgen.

a) Politische Aktivitäten der Serben in Deutschland und die serbische Diasporapolitik

Die Phase der politischen Mobilisierung: Während der 1990er Jahre war das serbische Leben in Deutschland von massiven Umwälzungen betroffen. Vor dem Hintergrund der Wiederentdeckung des Nationalen und der Demokratisierung in Jugoslawien standen auch in den Organisationen der Migranten „die nationale Frage“ und die Zukunft des politischen Systems des Herkunftslandes im Mittelpunkt. Fast alle Organisationen waren demokratisch orientiert. Fast alle verhielten sich aber auch positiv zur Wiederbelebung des serbischen Nationalismus. Neu entstandene Organisationen der Serben beschäftigten sich in dieser ersten Mobilisierungsphase hauptsächlich mit der Pflege eigener ethnischer Wurzeln. Sie richteten neue Kirchengemeinden ein und veranstalteten Folkloreabende und Konzerte mit Volkssängern aus Serbien. Mit diesen Aktivitäten konnten sie relativ viele in Deutschland lebende Serben für sich gewinnen. Die Beteiligung der serbischen Migranten an den Veranstaltungen der Migrantenorganisationen war so groß, dass man geradezu von einer Massenmobilisierung sprechen konnte.

Jugoslawische Konsulate zeigten besonderes Interesse an den neuen Migrantenorganisationen. Sie führten Listen mit den in Deutschland aktiven serbischen Vereinen und besuchten regelmäßig Vereinstreffen. Die Konsulate versuchten des Weiteren, die Tätigkeit der Vereine tatkräftig zu unterstützen, z.B. durch die Vermittlung von Sängern oder Folkloregruppen für die Veranstaltungen der Vereine. Über die Aktivitäten in Bezug auf die Pflege der eigenen ethnischen Identität hinaus haben sich hochqualifizierte Serben insbesondere in Deutschland, aber auch in ganz Europa, im Rahmen von sogenannten Diskussionsforen getroffen. Dort hatten sie Gelegenheit, sich über verschiedene politische Fragen auszutauschen, und u.a. über die Rolle der Auslandsserben im Prozess der politischen Erneuerung Jugoslawiens.

Die Wiederentdeckung der ethnischen Identität der serbischen Migranten und gleichzeitig ihre politische Mobilisierung für das Herkunftsland bildeten einen fruchtbaren Boden für die jugoslawische Diasporapolitik. Wie es einer unserer Gesprächspartner formulierte: „Milosevic wusste sehr wohl, die Diaspora auszunutzen“. Anfang der 1990er Jahre verkündete die Milosevic-Regierung ein Programm, welches sich als „Leihgabe fürs Vaterland“ bezeichnen lässt. Das Programm warb für staatliche Investmentfonds mit attraktiven Zinsen, in welche Migranten investieren sollten. Mit diesem Geld subventionierte die Milosevic-Regierung zum einen

die marode Großindustrie, zum anderen floss das Geld auch, wie Milosevic später erklärte, in militärische Aktionen in Kroatien und Kosovo (Hockenos, 2003). Die „Investitionsstrategie“ war nicht profitabel und das Geld der Migranten ging mit dem Zusammenbruch des Systems verloren.

Durch ihre Geldanlagen wurde die Diaspora somit zum (unfreiwilligen) finanziellen Unterstützer der Milosevic-Regierung. Politisch engagierte Migrantenorganisationen fungierten jedoch auch als Sprachrohr Serbiens in den Zeiten der politischen Isolation und des Kosovo-Krieges. Als die Situation in Jugoslawien eskalierte, fingen mehrere Migrantenorganisationen in Deutschland an, sich öffentlich „gegen die Verleumdung der Serben“ zu wehren. Sie organisierten Demonstrationen und Appelle, verfassten öffentliche Briefe und veranstalteten Diskussionen mit deutschen Politikern. Sie wollten vor allem gegen die einseitige Berichterstattung in den Medien über die politische Situation in Jugoslawien vorgehen und ihre eigene Sicht darauf vermitteln. Diese öffentlichen Aktionen waren jedoch verhältnismäßig wirkungslos. Die mehrheitliche öffentliche Meinung in Deutschland, welche im serbischen Nationalismus einen maßgeblichen Grund für die politischen Konflikte in Jugoslawien sah, nahm die Aktionen der Migrantenorganisationen als Unterstützung für das Milosevic-Regime wahr.

Die Zuspitzung der politischen Situation in Serbien am Ende der 1990er Jahre einerseits, und die symbolische Anerkennung der politisch engagierten Migranten seitens der serbischen Regierung andererseits, führten dazu, dass Migranten faktisch an politischem Einfluss in Serbien gewannen. Im Jahr 1999 wurde in Belgrad eine Diasporakonferenz veranstaltet. Dort trafen sich Vertreter europäischer und amerikanischer Migrantenorganisationen. Sie gründeten einen Rat der Diaspora, der für die Belange der Auslandsserben zuständig sein sollte und formell an das Außenministerium angegliedert war. Bald darauf wurde Milosevic abgesetzt. Premierminister wurde der oppositionelle Politiker Zoran Zizic.

Die Zizic-Era: Zeit der Enttäuschung: Die Zizic-Regierung interpretierte die politische Rolle der Migrantenorganisationen neu. Die Auslandsserben wurden als konservative Milosevic-Anhänger gesehen und die Beziehungen zu ihnen mehr oder weniger abgebrochen. Z.B. hatten die Konsulate, die vor 1999 in engem Kontakt zu den serbischen Organisationen in Deutschland standen, nach der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit in Deutschland kaum noch Interesse an der Kooperation mit serbischen Vereinen. Plötzlich galten serbische Clubs als „Bauernvereine“, die kaum von Nutzen für die Politik waren. Die Beziehung der serbischen Vereine zu den Konsulaten hat sich bis heute nicht erholt.

Die politischen Erwartungen der engagierten Serben in Deutschland erfüllten sich nicht. Der Rat der Diaspora konnte in der Zizic-Zeit kaum etwas erreichen. Die Zizic-Regierung zeigte auch wenig Interesse daran, andere politische Repräsentanten der Diaspora einzusetzen, was besonders die ehemals oppositionellen, Zizic zugeneigten Migranten enttäuschte. Außerdem waren sie über die Ergebnisse der lang ersehnten Demokratisierung durch Zizic verärgert. In Serbien baute sich ein politisches System auf, das – laut unserer Gesprächspartner - vom Nepotismus durchdrungen war. Die Machtverteilung war zudem so organisiert, dass einzelne Parteien bestimmte Regierungsressorts direkt übernahmen. Fast alle Verwaltungsposten wurden auf Basis von Loyalität zu einer „das jeweilige Ministerium beherrschenden Partei“ besetzt. In einem solchen System zählten nur persönliche Beziehungen und Parteiangehörigkeit. In Einzelfällen konnten Migranten, die bestimmten Parteien nahe standen oder Beziehungen zu hochrangigen Persönlichkeiten hatten, diese für ihre eigenen Zwecke nutzen. Die meisten Serben in Deutschland fanden jedoch schwer Zugang

zu diesen politischen Netzwerken. Dies lässt sich insbesondere an der Beziehung der serbischen Parteien zu ihren Parteimitgliedern in Deutschland ablesen.

Bereits während der 1990er Jahre entstanden in Deutschland Vernetzungen politisch aktiver Serben, die einer bestimmten serbischen Partei nahe standen. Aktivisten dieser Netzwerke waren oft Parteimitglieder in Serbien. Sie unterstützten Kampagnen für lokale, regionale oder nationale Wahlen und agierten auch in Deutschland im Sinne ihrer Parteien. Anhand einer in Deutschland tätigen Parteiengruppe zeigt sich jedoch, dass der Kontakt der Migranten zu ihren Parteigenossen im Herkunftsland einseitig verlief. Die Heimatpartei brachte der Arbeit ihrer Mitglieder in der Diaspora kaum Anerkennung entgegen. Dies äußerte sich dadurch, dass die Migrantengruppen in keiner Weise in die Organisationsstruktur der Partei miteinbezogen wurden und kaum Chancen auf politische Karrieren innerhalb der Partei hatten. Grund dafür war, dass die Parteifunktionäre personelle Konkurrenz aus dem Ausland nicht zuließen. Folglich wurde keines der Parteimitglieder aus der Diaspora in das serbische Parlament gewählt. Zwar nutzte die Partei das politische Engagement der Migranten, ermöglichte ihnen jedoch nicht den Zugang zu eigenen politischen Netzwerken und somit zu politischem Einfluss in Serbien.

Wiedergeburt der serbischen Diasporapolitik nach 2004: Mit dem erneuten Machtwechsel in Serbien im Jahre 2004 wurde die Diaspora als politische und ökonomische Kraft in Serbien wiederentdeckt. Zum einen durften Migranten an den Wahlen im Jahre 2004 teilnehmen. Zum anderen wurde mit dem Amtsantritt des Präsidenten Kustunica ein Ministerium geschaffen, das sich für die Belange der Auslandsserben einsetzen sollte. Diese neuen Versuche der serbischen Regierung, Auslandsserben für Serbien zu mobilisieren, gelten jedoch aus der Sicht vieler engagierter Migranten in Deutschland als gescheitert. Sie erachten weder die Art und Weise, wie die serbischen Konsulate die Stimmabgabe der Migranten vorbereiteten, noch die Tätigkeit des Diasporaministeriums als effektiv.

Die Wahlbeteiligung der Migranten an den ersten Parlamentswahlen war verschwindend gering. Nach Angaben eines unserer Gesprächspartner, der als Politikinsider gelten kann, wählten in Deutschland nur etwa 1.000 Serben. Weltweit gingen rund 10.000 Serben zur Wahl. Diese niedrige Wahlbeteiligung lässt jedoch nicht auf das Desinteresse der Diasporaserben schließen. Vielmehr ist die serbische Politik und insbesondere die mangelnde Fähigkeit der Konsulate, die Wahlen zu organisieren, für die geringe Wahlbeteiligung verantwortlich. Migranten wurden über die Möglichkeit der Stimmabgabe nicht benachrichtigt, Briefwahl war nicht zugelassen und man musste im Vorfeld persönlich in den Konsulaten erscheinen, um sich registrieren zu lassen. Es wurde demnach von den Migranten erwartet, sich zunächst eigenständig über die Möglichkeit der Wahl zu informieren und im Anschluss noch mindestens zwei Mal beim jeweiligen Konsulat zu erscheinen. Da es in Deutschland nur wenige serbische Konsulate gibt, ist davon auszugehen, dass nur hartnäckige politische Aktivisten ihre Stimme abgegeben haben.

Das im Jahre 2005 entstandene Diasporaministerium soll durch seine Programme die Interessen der Diaspora in Serbien unterstützen. Jedoch hat das Ministerium bis dato nur wenig Konkretes erreicht. Z.B. gehört das Thema Wehrpflicht in Bezug auf die zweite Generation der Auslandsserben zu den regelmäßig diskutierten, jedoch noch immer ungelösten Problemen, welche die Beziehungen der Migranten zu Serbien erschweren. Die Befreiung von der Wehrpflicht für die zweite Generation wurde schon vom Rat der Diaspora angestrebt. Auch das neue Diasporaministerium versprach eine Neuregelung, jedoch ist bisher nichts passiert. Ein weiteres kontrovers debattiertes Thema betrifft die Finanzierung des mütter-

sprachlichen Unterrichts. Mit dem Zerfall Jugoslawiens wurde der muttersprachliche Unterricht für Serben eingestellt. Jetzt versuchen serbische Aktivisten in der Diaspora, die Wiederaufnahme des muttersprachlichen Unterrichtes zu erreichen. Das Ministerium erklärte, dass es sich um die Unterstützung der Sprachförderung kümmern wolle, jedoch bleibt dies bisher ebenfalls ohne sichtbare Ergebnisse.

Was sind die Ursachen für die mangelnde Effektivität der neuen serbischen Diasporapolitik? Sie liegen in den strukturellen Besonderheiten des politischen Systems Serbiens. Wie bereits erwähnt sind für die Kontakte zur Diaspora sowohl das Außen- als auch das Diasporaministerium zuständig. Das Außenministerium ist in dieser Hinsicht wenig aktiv, was – laut Aussagen der von uns Befragten – an der unzureichenden Sachkenntnis seines Personals liegt. Die wichtigen Posten in den Konsulaten werden meist mit politischen Beamten besetzt. Das Diasporaministerium hingegen wird von einer kleinen Partei beherrscht, die wenig Einfluss in der heutigen serbischen Politik besitzt. Deshalb hat das Ministerium kaum Handlungsspielraum und begrenzt sich auf symbolische Gesten.

b) Effekte der symbolischen Politik des Diasporaministeriums

Ein Fokus des Diasporaministeriums sind heute serbische Migranten, die in den Aufnahmeländern hohe berufliche Positionen erreichen sowie finanzielle Ressourcen akkumuliert haben. Für diese „Elite der serbischen Diaspora“ veranstaltet das Ministerium zusammen mit der serbischen Industrie- und Handelskammer jährliche Diasporakongresse in Belgrad. Im Mittelpunkt steht dort meist die gegenseitige Anerkennung. So wurden auf solchen Treffen „wichtige Diasporamitglieder“ für ihr Engagement in Serbien mit Medaillen ausgezeichnet. Darüber hinaus verkündet das Diasporaministerium in regelmäßigen Abständen seine neuen Förderpläne, und die serbische Industrie- und Handelskammer (SIHK) informiert über Investitionsmöglichkeiten in Serbien, was dazu führt, dass sich die Diaspora von neuem in die politische Gemeinschaft aufgenommen fühlt und auf die Unterstützung der serbischen Regierung hofft. Resultate blieben bislang aus.

Eine weitere Aktivität des Diasporaministeriums besteht darin, dass Ministerialbeamte gemeinsam mit Vertretern der SIHK serbische Migrantenorganisationen in verschiedenen Staaten Europas, Nordamerikas und in Australien besuchen. Einzelne hierdurch geknüpfte Beziehungen erwiesen sich für spätere ökonomische Tätigkeiten der Migranten in Serbien als hilfreich. Allerdings gingen auch aus solchen Treffen keine längerfristigen Infrastrukturprojekte oder politische Entscheidungen zugunsten der serbischen Diaspora hervor.

Fasst man die Tätigkeiten des Diasporaministeriums zusammen, kommt man zu dem Ergebnis, dass es sich hierbei hauptsächlich um symbolische Politik handelt. Diese erschöpft sich in der rhetorischen Anerkennung der Diaspora und geselliger Kontaktpflege. Ein Nebeneffekt dieser Politik ist es jedoch, dass neue informelle Kontakte zwischen serbischen Wirtschaftsleuten aus dem Ausland, serbischen Politikern und aktiven serbischen Migranten geknüpft werden. Außerdem fangen serbische Migranten wieder an, sich auf Anregung des Diasporaministeriums zu organisieren. Im Jahre 2006 entstand in München ein vereinsübergreifender Zusammenschluss „Serbische Diaspora“. Das Ziel des Verbundes ist es, Beziehungen der Serben zu ihrem Herkunftsland zu stärken, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen Serbien und Deutschland zu fördern sowie Infrastrukturprojekte zu organisieren. In Norddeutschland entstand des Weiteren ein Bündnis der serbischen Diaspora, das Serben aus acht norddeutschen Städten zusammenbringen will. Auch auf europäischer E-

bene gründete sich eine Diasporaorganisation, die angibt, staatenübergreifend die serbische Diaspora bei der EU zu vertreten. Es ist noch zu früh, das Handlungspotenzial und die Effektivität dieser und anderer Neugründungen zu bewerten. Allerdings wird deutlich, dass es die serbische Diasporapolitik mit geringen Mitteln erneut geschafft hat, einige Serben im Ausland für die politische Unterstützung des Landes zu gewinnen.

3.3.3. Vergleich der Fälle

Die Muster der politischen Partizipation der serbischen und ägyptischen Migranten unterscheiden sich stark. Entsprechend unterschiedlich sind auch die Möglichkeiten des Herkunftsstaates, auf die Migrantennetzwerke in Deutschland einzuwirken. Die politische Beteiligung der ägyptischen Migranten beschränkt sich auf die informelle Lobbyarbeit der ägyptischen Unternehmer und Hochqualifizierten im Ausland. Diese Migranten bilden in Deutschland gewissermaßen ein eigenständiges Elitennetzwerk. Durch Kontakte zur ägyptischen Botschaft, aber auch zu den wichtigen Leuten in der ägyptischen Politik, versucht dieses Elitennetzwerk, an politischem Einfluss zu gewinnen. Dabei verfolgt das Netzwerk pragmatische politische Ziele (z.B. Akquise von Geldern für eigene Projekte, Einfluss auf politische Entscheidungen usw.). Die Programme unterschiedlicher Organisationen der ägyptischen Regierung, welche offizielle Diasporapolitik betreiben, erreichen dieses Netzwerk in keinsten Weise. Die für Migranten zuständigen politischen Organisationen verhalten sich eher reaktiv. Sie warten auf die Kontaktaufnahme aus der Diaspora, die oft über informelle Bekanntschaften erfolgt. Gelingt diese Kontaktaufnahme nicht, können auch die offiziell aufgelegten Diasporaprogramme kaum Wirkung entfalten.

Die politische Beteiligung der in Deutschland lebenden serbischen Migrantenorganisationen ist vielschichtig und relativ intensiv. Im Laufe der 1990er Jahre nahm sie unterschiedliche Formen an: von der Öffentlichkeitsarbeit zugunsten der Politik Jugoslawiens bis hin zu Hilfen beim Aufbau der politischen Parteien und Etablierung eigener „Diasporagremien“ in der politischen Landschaft Serbiens. Das Interesse an der politischen Entwicklung des Herkunftslandes ist sehr groß, weshalb die Maßnahmen der serbischen Diasporapolitik greifen. Für die Diaspora zuständige Akteure des serbischen Staates besitzen jedoch nur wenige politische und finanzielle Ressourcen und sind deshalb nicht im Stande, die Interessen der Auslandsserben im Herkunftsland tatkräftig zu unterstützen. Nicht zuletzt deswegen betreiben sie fast ausschließlich symbolische Politik, die sich auf die Kontaktpflege zu wichtigen Serben und serbischen Organisationen im Ausland und auf gegenseitige Anerkennungsgesten beschränkt. Erstaunlich ist jedoch, dass diese symbolische Politik des serbischen Staates nennenswerte Effekte zu erzielen scheint. Sie trägt nicht nur dazu bei, für die wirtschaftlichen Aktivitäten der Diaspora in Serbien folgenreiche politische Beziehungen zu schaffen. Mehr noch: Durch die symbolische Politik des Herkunftsstaates wurde die Entstehung neuer Migrantenbündnisse in den Aufnahmeländern erreicht, die sich hauptsächlich der Unterstützung ihres Herkunftslandes verpflichtet fühlen.

Wie kann man die Unterschiede in den Mustern der politischen Beteiligung von Migranten in den Fällen Serbien und Ägypten erklären? Unserer Meinung nach muss man hier den Entstehungs- und Funktionsmodus der jeweiligen Migrantennetzwerke betrachten. Hoch organisierte ägyptische Netzwerke in Deutschland sind Elitennetzwerke der wohlhabenden Bildungsmigranten, die im Sinne der „Rotary Clubs“ zur Reproduktion, Stabilisierung und Stärkung der eigenen sozialen Position sowohl im Aufnahme- als auch im Herkunftsland beitragen. Es ist demnach nicht überraschend, dass ihre politische Beteiligung sich in Form

von Lobbyarbeit für eigene Interessen entfaltet. Serbische Migranten organisierten sich vor dem Hintergrund politischer Konflikte in ihrem Herkunftsland. Ihre Vernetzung und Aktivitäten wurden durch einen neu entflammten serbischen Nationalismus Anfang der 1990er Jahre, aber auch später unter nationalen Vorzeichen stimuliert. Die politische Mitgestaltung der Zukunft Serbiens war daher eines der Hauptziele ihrer Aktivitäten. Dieses Ziel hat sich in den für moderne Nationalstaaten typischen Formen der individuellen und kollektiven politischen Partizipation entfaltet.

Der Entstehungs- und Funktionsmodus der jeweiligen Migrantennetzwerke erklärt des Weiteren, wie beeinflussbar diese sind. Ägyptische Elitennetzwerke agieren weitgehend autonom von den Akteuren ägyptischer Diasporapolitik. Umgekehrt aber sind serbische Migrantennetzwerke für die Versprechungen des Herkunftslandes sehr offen. Diese Orientierung an den politischen Vorgaben aus dem Herkunftsland hat auch nach mehreren enttäuschenden Erfahrungen nicht an Bedeutung verloren. Verantwortlich dafür scheint die Tatsache zu sein, dass die ethnisch-nationale Identität dieser Migranten eine der wenigen Legitimationsgrundlagen für ihre Selbstorganisation in Deutschland darstellt, weshalb an sie adressierte politische Signale aus dem Herkunftsstaat für sie so wichtig sind.

Diese anhand der exemplarischen Untersuchung zweier Fälle gemachten Überlegungen liefern Ansatzpunkte zum weiteren Nachdenken über die Wirksamkeit der politischen Bemühungen der Herkunftsländer, ihre Diaspora in die politische Gemeinschaft einzubeziehen oder zu entwicklungspolitischen Aktivitäten zu bewegen. Die Effektivität dieser Bemühungen scheint, unserer Untersuchung zufolge, weitgehend davon abhängig zu sein, ob sie die Modi der Entstehung und Funktion der Netzwerke von Migranten entziffern konnten. Die Komplexität dieser Aufgabe erhöht sich u.a. dadurch, dass sich Entstehung und Funktionsweisen der Migrantennetzwerke je nach Aufnahmeland erheblich unterscheiden können.

4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Für die Analyse der entwicklungspolitischen Beiträge von Diasporagemeinden haben wir folgende Rahmenbedingungen zu Grunde gelegt und die Fallbeispiele der Ägypter, Afghanen und Serben in Deutschland in dieser Perspektive untersucht: (a) die Migranten selbst, d.h. ihr Humankapital, (b) die Gründe für ihre Migration (Arbeit, Bildung, Flucht, Familie/Heirat), (c) die sozialen Bedingungen im Aufnahmeland und ihre dortige soziale Integration, (d) die sozialen Bedingungen im Herkunftsland und die Stellung der Migranten bzw. ihrer Familien dort sowie (e) die sozialen Organisationsformen von Migranten im Aufnahmeland (Struktur der Diaspora).

4.1. Feststellungen

Je nach Diasporagemeinde treten die Variablen dieses Bezugsrahmens in unterschiedlichen Kombinationen auf, wie sich bei den von uns betrachteten Gemeinden in Deutschland zeigt:

Ägypter

Bei den Ägyptern handelt es sich hauptsächlich um Elitenwanderung von Bildungsmigranten der oberen Mittelschicht seit den 1950er Jahren nach Deutschland. Ein hoher Anteil der Ägypter gehört zum akademischen Fachkräftepersonal, weist relativ hohe Einbürgerungszahlen sowie deutsch-ägyptische Ehen auf und ist in Deutschland gut integriert. Hochqualifizierte mit ägyptischem Hintergrund organisieren sich mehrheitlich in professionellen Vereinen oder ägyptischen Kulturvereinen. Ähnlich den ‚Rotary Clubs‘ dienen auch diese Vereine der Reproduktion, Stabilisierung und Stärkung der eigenen Elitennetzwerke. Im Vergleich zu den beiden anderen von uns betrachteten Gruppen bzw. Herkunftsländern herrschen in Ägypten relativ stabile politische und ökonomische Verhältnisse, verbunden mit zahlreichen Möglichkeiten zu profitablen Investitionen. Diese Möglichkeiten werden auch von einer Reihe von Ägyptern ergriffen, weswegen wir auf eine beträchtliche Anzahl von gewinnorientierten Investitionen sowie von individuell motivierten, gemeinnützigen Aktivitäten stießen, vor allem in den prestigeträchtigen Bereichen Bildung und Wissenschaft.

Gleichwohl treffen diese produktiven Investitionen und Aktivitäten in Ägypten auch auf Rahmenbedingungen, die, entwicklungspolitisch betrachtet, ihr Entfaltungspotenzial erheblich einschränken und viele Auslandsägypter davon abhalten, sich dort zu engagieren. Diese betreffen Probleme der Transparenz des Rechtswesens, mangelnde Produktions- und Qualitätsstandards im ökonomischen Bereich sowie die Abhängigkeit von persönlichen Kontakten zu und darüber vermittelten Einfluss auf politische Entscheidungsträger. Die zentrale Bedeutung von Netzwerken für das Zustandekommen erforderlicher Entscheidungen und Zusagen birgt die Gefahr, dass Entscheidungen und Verfahren mit dem Wechsel von politischen Amtsträgern und dem entsprechenden Funktionsverlust oder Zerfall von Netzwerken keinen Bestand mehr haben und entsprechend durch einen Mangel an Verlässlichkeit und Sicherheit gekennzeichnet sind.

Afghanen

Die ersten afghanischen Migranten, die ab den 1950er Jahren nach Deutschland kamen, waren vorrangig Geschäftsleute, besonders Teppichhändler, sowie Studierende unterschied-

licher Fachbereiche, vor allem der Medizin und des Ingenieurwesens. Seit Beginn des Krieges im Jahr 1979 und den darauf folgenden mehrfachen politischen Machtwechseln kamen Flüchtlinge nach Deutschland, die über die für den Fluchtweg notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen verfügten. Zunächst suchten vor allem Angehörige der westlich orientierten Bildungselite (z.B. Universitätsprofessoren, Lehrer, Studenten) in Deutschland Asyl, und nach Machtübernahme der Mujaheddin kamen Anhänger der kommunistischen Partei. Das Taliban-Regime löste eine weitere Fluchtwelle von vorwiegend Angehörigen der urbanen Mittelschicht sowie ethnischer und religiöser Minderheiten aus. Aus den verschiedenen motivierten und sozial differenziert zusammengesetzten Zuwanderungen aus Afghanistan resultierte eine sehr heterogen zusammengesetzte Diaspora, deren Angehörige sich nach ethnischer Zugehörigkeit, ihren religiösen und politischen Orientierungen, ihrem Bildungshintergrund und ihrer sozialen Schichtzugehörigkeit erheblich unterscheiden.

Flüchtlinge der späteren Wellen waren und sind zumeist mit erheblichen Integrations-schwierigkeiten in Deutschland konfrontiert, die aus den aufenthalts- und arbeitsmarktrechtlichen Einschränkungen ihrer Handlungsmöglichkeiten in Deutschland sowie bei Hochqualifizierten zudem aus der Nicht-Anerkennung ihres Humankapitals resultieren. Die zweite Generation afghanischer Zuwanderer ist jedoch zunehmend erfolgreich in das deutsche Bildungssystem eingebunden und interessiert sich zudem nach den Ergebnissen unserer Untersuchung in hohem Maße für die Entwicklung in ihrem Herkunftsland.

Das Engagement in Afghanistan durch individuelle (z.B. Rücküberweisungen und vereinzelte Investitionen) und vor allem kollektive, durch eine Vielzahl von Vereinen organisierte Aktivitäten setzte mit dem Beginn des Kriegs 1979 ein und hat sich bis in die Gegenwart, insbesondere im Gefolge der politischen Entwicklungen nach 2001, noch intensiviert. Durch den mehr als zwei Jahrzehnte andauernden Krieg sind weite Teile der physischen und sozialen Infrastruktur des Landes weitgehend zerstört. Der neue afghanische Staat ist (noch) nicht in der Lage, die erforderlichen öffentlichen Güter zur Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens zur Verfügung zu stellen. Dem Engagement der Diaspora in Infrastrukturprojekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wissenschaft, Mädchen- und Frauenförderung, humanitäre Hilfe, Energie, Wasser und Verkehr kommt daher eine kompensatorische Funktion für den Ausfall des Staates zu. Das gesteigerte Engagement der Diaspora in Afghanistan ist ohne Zweifel durch die große internationale Aufmerksamkeit (besonders unmittelbar nach dem Nato-Einsatz im Jahr 2001) stimuliert und unterstützt worden. In diesem Zusammenhang konnten erfolgreich finanzielle und politische Ressourcen nationaler und internationaler Geber sowie weiterer Akteure wie Nichtregierungsorganisationen mobilisiert und zum Teil auch synergetisch mit den Projekten der Diaspora verknüpft werden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich entwicklungs-politisch die dringende Frage, ob es den Migrantenorganisationen sowie anderen relevanten Beteiligten gelingt, das gegenwärtige Engagement auf einem Niveau zu stabilisieren, dass das Erreichte erhalten und der weiterhin im Lande erforderliche Aufbau auch dann fortgeführt werden kann, wenn zukünftig - sei es entweder durch eine innere Stabilisierung Afghanistans oder aber durch soziale oder ökologische Katastrophen an anderen Orten der Welt - das Maß internationaler politischer und medialer Aufmerksamkeit und damit die Bereitschaft der Ressourcenbereitstellung weiter absinken sollte.

Serben

Die Zuwanderung der Serben - zunächst als Jugoslawen – nach Deutschland begann in den 1960er Jahren mit dem Gastarbeiterabkommen und erfolgte auf dieser Basis bis zum Anwerbestopp im Jahr 1973. Ihre Qualifikationsstruktur reichte von ungelerten bis zu qualifizierten Facharbeitern, eine größere Zahl der niedrig Qualifizierten kehrte jedoch nach dem Anwerbestopp in ihr Herkunftsland zurück. Anschließend erfolgte die Zuwanderung der Serben nach Deutschland maßgeblich auf der Grundlage der Familienzusammenführung. Neben den Gastarbeitern war darüber hinaus bereits seit den 1950er Jahren eine geringe, jedoch stete Zahl von serbischen Intellektuellen, in ihrer Mehrzahl Gegner des kommunistischen Regimes, zugewandert.

Jugoslawen und später Serben organisierten sich in der Regel in Clubs (oder Sportvereinen), die im Kern am Leben der serbischen Migranten in Deutschland ausgerichtet waren. Mit dem Anwachsen der ethnischen Konflikte in Jugoslawien und seinem einsetzenden Zerfall nahm auch das nationale Bewusstsein der Serben in Deutschland zu. Es wurden serbische anstelle der jugoslawischen Clubs gegründet, und diese widmeten sich hauptsächlich der Pflege der neu entdeckten nationalen Identität.

Vor dem Beginn der Konflikte in Jugoslawien und bis in die Gegenwart standen im Fokus der auf das Herkunftsland bezogenen Aktivitäten der serbischen Migranten hauptsächlich individuelle Investitionen, insbesondere der Erwerb von Immobilien. Demgegenüber war im Vergleich zu den Ägyptern und Afghanen ihr Engagement in Infrastrukturentwicklungsprojekten in Jugoslawien eher gering. Anders stellte sich dies zur Zeit der jugoslawischen Auflösungskriege sowie im Kosovo-Konflikt dar. Hier sprang die serbische Diaspora vergleichbar zu den Afghanen, wenn auch weniger umfassend als diese, aus patriotischem Engagement heraus kompensatorisch für den im Krieg gebundenen Staat ein und engagierte sich in verschiedenen Projekten in den Bereichen Gesundheit, Wasserversorgung, Verkehr sowie humanitäre Hilfe.

Der Unterschied zu den Afghanen besteht darin, dass dieses Engagement auf die Stützung des geschwächten Staates zielte, von dem sich die Migranten national vereinnahmen und patriotisch mobilisieren ließen. Die Aktivitäten der Afghanen sind demgegenüber sehr viel stärker durch Staatsausfall gekennzeichnet, weshalb insofern auch der Staat gar nicht der Adressat ihrer Aktivitäten ist. Die Serben in Deutschland hingegen engagierten sich öffentlich, um das ihrer Ansicht nach einseitige Bild Serbiens in der internationalen Öffentlichkeit zu korrigieren. Umso enttäuschter waren sie, als nach dem Sturz Milosevics und dem Ende des Kosovo-Konfliktes die Nachfolgeregierungen dieses Engagement abwerteten und sie weitgehend von Einfluss in der Politik abschnitten.

Erst in jüngster Zeit gibt es wieder ernst zu nehmende Bemühungen des serbischen, 2005 eingerichteten Diasporaministeriums, das ökonomische und politische Potenzial der serbischen Diaspora zu reaktivieren. Dies verdeutlicht, dass Organisationsformen wie auch politische Ausrichtung und Engagement im Herkunftsland bei den serbischen Migranten – ganz anders als in den beiden anderen von uns untersuchten Fällen – in starkem Maße durch die politische Entwicklung im Herkunftsland bestimmt sind. Die Mehrzahl der serbischen Migranten in Deutschland sind Arbeitsmigranten, die sich zwar in Deutschland niedergelassen, sich aber dennoch für den serbischen Staat und seine Politik insbesondere in Zeiten des Konfliktes stark mobilisieren lassen.

Die von uns untersuchten Fälle machen deutlich, dass es einer genauen Fall-zu-Fall-Analyse des Zusammentreffens der unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu verschiedenen Zeitpunkten und ihrer kombinierten Wirkung auf die Mobilisierung von Diasporagemeinden bedarf, um erkennen zu können, an welchem Punkt eine entwicklungspolitisch orientierte Unterstützung ansetzen könnte. Auf dieser Basis lassen sich Handlungsempfehlungen in unterschiedlichen Bereichen formulieren:

- (A) Unterstützung der Aktivitäten im wirtschaftlichen Bereich,
- (B) Unterstützung der Aktivitäten im Bereich der sozialen Infrastruktur,
- (C) Unterstützung der politischen Partizipation der Diaspora,
- (D) Unterstützung vorhandener Diaspora-Strukturen,
- (E) Gestaltung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen im Aufnahmeland sowie
- (F) Internationale Kooperation.

Im Folgenden werden verschiedene Ideen für diese Handlungsbereiche skizziert.

4.2. Handlungsempfehlungen

A) Unterstützung der Aktivitäten im wirtschaftlichen Bereich

- Im Fall Ägyptens sowie Serbiens wurde in unseren Interviews mehrfach darauf hingewiesen, dass die mangelnde Einhaltung von **Qualitätsvorschriften** und fehlende **Produktionsstandards** große Hindernisse für den Ausbau von Exporten nach Deutschland und in die EU darstellen. Ein bereits von der GTZ gefördertes Programm zur Unterstützung der serbischen Exportindustrie hat zum Ziel, serbische Produzenten über EU kompatible Produktionsstandards und Wege ihrer Erreichung zu informieren und zu beraten. Ein ähnliches Programm wäre auch für Ägypten interessant. Es wäre hier denkbar, Kooperationen mit Fachleuten aus der Diaspora zur Förderung der Qualität in den Herkunftsländern anzustreben, z.B. in Form von Public Private Partnerships.
- Der Ausbau des **Energiesektors** als Grundlage für die Erfolgsaussichten zahlreicher laufender und zukünftiger infrastruktureller und ökonomischer Aktivitäten ist für Afghanistan von zentraler Bedeutung. Afghanische Ingenieure mit unterschiedlichen Spezialisierungen aus der Diaspora sind in diesem Feld bereits aktiv. Sie wünschen sich vor allem eine bessere Integration in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und die Vermittlung von Kooperationspartnern mit fachlichem Know-How. Hier könnte ein besonderer Schwerpunkt in der Zusammenarbeit zwischen Diaspora-Ingenieuren und der GTZ zukünftig auf regenerative Energie gelegt werden, da die natürlichen Voraussetzungen in Afghanistan dafür optimal sind. Ein praktischer Vorschlag beinhaltete die systematische und umfangreiche Erfassung von Winddaten in verschiedenen Regionen, um die Effektivität des Einsatzes von Windrädern auszutesten.
- Ein ähnlich großes Interesse gilt dem **Agrarsektor**. In der afghanischen Diaspora in Deutschland lebt eine Reihe von Agraringenieuren, die bereits Untersuchungen zum Wiederaufbau der Landwirtschaft durchgeführt haben und die in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit als Experten eingesetzt werden könnten. Da Afghanistan ein Agrarland ist, kommt dem Landwirtschaftssektor für den wirtschaftlichen Wiederaufbau eine große Bedeutung zu.

- Darüber hinaus sollte **Aktivitäten in den ruralen Regionen** Afghanistans (im Vergleich zu den Städten) mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Viele der ausländischen Nicht-regierungsorganisationen sind überwiegend in Kabul tätig. Afghanische Diaspora-Organisationen scheinen es aufgrund ihrer spezifischen Kenntnisse über ihre Herkunftsregionen eher zu wagen, auch in ländlichen Regionen Projekte aufzubauen. Eine Unterstützung dieser Projekte käme also insbesondere der Entwicklung in den ländlichen Regionen zugute.

B) Unterstützung der Aktivitäten im Bereich der sozialen Infrastruktur

- Aufbauend auf den individuellen, prestigeträchtigen Projekten in Ägypten, wie beispielsweise der Deutschen Universität in Kairo, würde es die Entwicklung von Modellen zur Finanzierung von **Stipendiatenprogrammen** ermöglichen, diese Einrichtung für alle Interessierten – und nicht ausschließlich für jene, die über die nötigen finanziellen Ressourcen verfügen – zu gewährleisten. Gleiches gilt für die Deutschen Schulen in Kairo.
- In Afghanistan scheint zunächst die Unterstützung beim Wiederaufbau und Ausbau des **Bildungssektors** vonnöten. Die Analphabetenquote in Afghanistan gehört zu den höchsten in der Welt, daher kommt der Bildung und Ausbildung eine zentrale Rolle zu. In diesem Zusammenhang sind sowohl die Unterstützung des Aufbaus von Schulgebäuden als auch die Entwicklung und Bereitstellung von Lehrmaterialien erforderlich. Der größte Bedarf an Unterstützung besteht jedoch bei der **Qualifizierung von Lehrpersonal**. Auf Basis des vom afghanischen Erziehungsministerium entworfenen Curriculums muss neues Lehrpersonal ausgebildet bzw. das bisherige Personal neu geschult werden. Für eine solche Qualifizierung vor Ort könnten für eine befristete Zeit auch entsprechend qualifizierte Personen aus der Diaspora in Deutschland eingesetzt werden. Hier sollte an die bereits bestehende Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen angeschlossen werden, die an der im Text erwähnten Iserlohner Tagung teilgenommen haben und sich bereits seit einiger Zeit mit Problemstellungen und Erfordernissen einer angemessenen Lehrerqualifizierung beschäftigen.
- Ein weiterer Schwerpunkt sollte auf der Verbesserung der **Gesundheitsversorgung** in Afghanistan liegen. Hier mangelt es zum einen an einer adäquaten Ausstattung von Kliniken und Ambulanzen z.B. mit medizinischen Geräten, Medikamenten und pflegerischen Hilfsmitteln (z.B. Betten, Rollstühle). Aus den Interviews ging deutlich hervor, dass es zudem oftmals an logistischen Mitteln für den Transport von medizinischen Geräten zu mangeln scheint. Dies kann ein wichtiger Ansatzpunkt bei der Unterstützung von Projekten für die Verbesserung des Gesundheitssektors in Afghanistan sein. Zum anderen aber mangelt es insbesondere an **qualifiziertem Personal**. Afghanische Ärztevereine in Deutschland stellen hier beispielsweise Stipendien für die Fortbildung bzw. Spezialisierung von Ärzten aus Afghanistan, die in Deutschland hospitieren, zur Verfügung und führen selbst auch in Afghanistan Fortbildungen entsprechend ihrer eigenen medizinischen Spezialisierungen durch. Diese Aktivitäten stellen sinnvolle Ansätze dar, um die Qualifizierung von Medizinern in Afghanistan zu verbessern, und sie könnten durch geeignete Formen der finanziellen Förderung weiter ausgebaut werden. So könnte die Ermöglichung des Austauschs im Rahmen von internationalen Kongressen das Wissen über moderne medizinische Standards fördern.
- An dieser Stelle ist allgemein zu bemerken, dass die Förderung des **Wissenschaftsaustauschs** und **Wissenstransfers** insbesondere im Bildungs-, Forschungs- und Gesund-

heitsbereich, aber auch in anderen Bereichen auf unterschiedlichen Ebenen (Studenten, Dozenten oder Professoren) für alle drei Länder wünschenswert wäre. Aus unseren Interviews werden verschiedene Formen des Austauschs und Wissenstransfers deutlich, was zeigt, dass es hier nicht nur ein großes Interesse, sondern vor allem auch ein großes Potenzial bei den Diasporagemeinden in Deutschland gibt.

C) Unterstützung der politischen Partizipation der Diaspora

- Aus unseren Analysen geht hervor, dass die Serben ein starkes politisches Interesse an ihrem Herkunftsland haben. Wie in der Studie beschrieben, hat jedoch die Mehrzahl der Serben in Deutschland aufgrund des organisatorischen Aufwands an den **Wahlen** im Jahr 2004 nicht teilgenommen, obwohl sie rechtlich die Möglichkeit dazu besaßen. Da es in der internationalen Zusammenarbeit (und insbesondere im Rahmen von Maßnahmen zur Förderung der Demokratisierung) durchaus üblich ist, auf die Expertise von internationalen Organisationen zurückzugreifen, die sich wiederum an nationale Experten wenden (siehe hier: Expertise der OSZE zu Wahlen), wäre es denkbar, auch bilateral die serbische Regierung beim Aufbau eines effizienten Wahlverfahrens (z.B. mittels Briefwahl o.ä.) zu unterstützen.

D) Unterstützung vorhandener Diaspora-Strukturen

In den Ergebnissen einer neuen Diaspora-Studie (De Haas, 2006) hält der Autor u.a. fest: „Recognising that migrants are already mobilised for development on their own initiative. Rather than ‚mobilising diasporas‘, development actors themselves should be ‚mobilised‘ to engage with and to learn from diasporas in development cooperation so as to establish a genuine two-way working relationship“.

Dieser Aussage können wir aufgrund unserer Ergebnisse nur zustimmen. Es gilt, das Potenzial gegebener Strukturen und Netzwerke zu unterstützen und nicht davon auszugehen, dass zunächst eine Notwendigkeit der externen Mobilisierung besteht. Wir schlagen daher vor:

- Im Fall der ägyptischen Diaspora, die vergleichsweise ressourcenreich ist und daher weniger finanzielle und institutionelle Unterstützung benötigt, wäre zu überlegen, ob nicht eine **Förderung des wechselseitigen Kontakts** und der Information zwischen offizieller ägyptischer Politik und der ägyptischen Diaspora in Deutschland gefördert werden sollte, denn aus unserer Untersuchung geht hervor, dass weder das Potenzial der Ägypter in Deutschland, noch die spezifischen Probleme seiner Realisierung der ägyptischen Politik präsent sind.
- Ein Problem stellt der Verlust der „Quasi-Rückkehrer“ dar. Migranten, die in Ägypten eigene Unternehmen aufbauen und sich daher immer weniger in Deutschland aufhalten, fallen aus den Netzwerken (Tätigkeiten der Vereine) heraus. Jedoch können gerade diese **erfolgreichen Unternehmer** als Multiplikatoren des Wissens über die Formen, Möglichkeiten und Perspektiven des Engagements in Ägypten fungieren. So können Unternehmer, die mittlerweile in Ägypten erfolgreich sind, am Besten darüber Auskunft geben, wo und in welcher Form investiert werden könnte und mit welchen Schwierigkeiten man gegebenenfalls rechnen muss. Gerade diese Unternehmer könnten Interesse und Vertrauen aufbauen, in Ägypten zu investieren.

- Auch in der ägyptischen Diaspora gibt es einzelne Akteure, die zwar interessiert, kompetent und engagiert sind, jedoch nicht über die **notwendigen finanziellen Ressourcen** verfügen. Auch hier könnten Möglichkeiten der Unterstützung vorgesehen werden.
- Eine starke Fraktionierung wie in der afghanischen Diaspora behindert die Wirksamkeit entwicklungsrelevanten Engagements, da vorhandene Aktivitäten oftmals nicht gebündelt werden, wo dies sinnvoll erscheint. Einzelne Hilfsorganisationen arbeiten oft unabhängig voneinander oder stehen auch in Konkurrenz zueinander. Eine Ausnahme ist der Dachverband für afghanisches medizinisches Personal, in dem mehrere Ärztevereine zusammengeschlossen sind. Im Übrigen scheint ein Austausch über die Arbeit der einzelnen Vereine und ihre Projekte nur selten stattzufinden. Ein Forum zum Austausch von Erfahrungen zwischen den verschiedenen NGOs, die in Afghanistan aktiv sind, bietet zwar eine Tagung in Iserlohn. Diese findet jedoch nur einmal im Jahr statt. Hier könnte die Unterstützung der Schaffung einer **Koordinationsstelle**, die den Austausch über und die Verknüpfung von Engagement und laufenden Projekten organisieren könnte, Abhilfe schaffen.
- Darüber hinaus wäre eine Steigerung der **Professionalisierung** von Diasporaprojekten wünschenswert. Dies könnte beispielsweise über ein (länderspezifisches) Seminarangebot zu *Fundraising* erreicht werden, das die erforderlichen Kenntnisse und Kompetenzen zu potenziellen Geldgebern, Verfahren, Personalmanagement, Rekrutierung von Freiwilligen u.ä. vermittelt.
- Ein besonderes Augenmerk sollte auf die **zweite Generation** gerichtet werden. Bei dieser besteht insbesondere in der afghanischen und ägyptischen Diaspora ein großes Interesse an ihrem jeweiligen Herkunftsland und ersichtlich auch ein ernst zu nehmendes Potenzial, sich zu engagieren. Zudem scheinen gerade die afghanischen Migranten der zweiten Generation eher bereit zu sein, Misstrauen und Vorurteile gegenüber anderen afghanischen Gruppen abzubauen. Mehrere Gesprächspartner hoben dieses Potenzial der jüngeren Generation hervor und führten dies auf ihre Bildung und Ausbildung nach modernen Standards zurück. Auf der Grundlage ihrer guten sprachlichen und kulturellen Kenntnisse beider Länder (Afghanistan und Deutschland) könnten einige von ihnen, wenn sie eine angemessene Unterstützung erfahren, in eine Brückenfunktion als interkulturelle Vermittler hineinwachsen. Aber auch den Serben der zweiten Generation und der wachsenden Zahl serbischer Bildungsmigranten könnte in Zukunft eine solche Mittlerrolle zufallen. Hier könnte die Durchführung von Sommerschulen als Katalysator wirken, indem auf diese Weise die zweite Generation und Studenten aus Serbien miteinander in Kontakt gebracht werden und das Thema Diaspora eigens zum Thema gemacht wird.
- Unsere Gesprächspartner, insbesondere die Afghanen und Serben, haben im Rahmen unserer Untersuchung ein großes Interesse an **weitergehenden Informationen über die Strukturen der Diaspora** selbst, ihr Spektrum und die von ihr ausgehenden verschiedenen Aktivitäten in den Herkunftsländern bekundet. Zwar existieren oftmals eine Vielzahl von Zeitschriften, Newslettern, Websites u.ä., auch gibt es Fernseh- und Radio-sendungen in den jeweiligen Sprachen. Aber zwischen Überangebot und mangelnden Ressourcen zur Verbreitung scheint es einen Bedarf der strukturierten Selbstverständigung über das eigene Potenzial zu geben. In diesem Zusammenhang wurde von unseren serbischen Gesprächspartnern die Idee geäußert, ein **Informationszentrum** zu eröffnen, welches Möglichkeiten des Engagements (Fördermöglichkeiten, Investitionsschwerpunkte etc.) aufzeigt. Informationen über Engagement und erfolgreiche Projekte

unterstützen die Wertschätzung der eigenen Arbeit und können im Weiteren als „Best Practices“ dienen.

E) Gestaltung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen im Aufnahmeland

- Grundsätzlich tragen vor allem jene Migranten, die auf der Basis eines **gefestigten Aufenthaltsstatus** und eines **gleichberechtigten Zugangs zum Arbeitsmarkt** eine gute soziale Stellung in der Aufnahmegesellschaft erreicht haben und damit gut integriert sind, durch ihr oftmals hohes Engagement zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer bei. Dagegen reduziert sich durch einen unsicheren Aufenthaltsstatus und eine unsichere soziale Stellung im Aufnahmeland das Potenzial von Migranten, zur Entwicklung ihres Herkunfts- und ihres Aufnahmelandes beizutragen. Das jahrelange Verbleiben außerhalb des Arbeitsmarktes, der beschränkte Zugang zu bestimmten Berufen und/oder zu Fortbildungen hat zur Konsequenz, dass das Potenzial vieler Migranten, ihr mitgebrachtes Wissen und ihre Fähigkeiten mit der Zeit verfallen. Aus dem Ausgeführten ergibt sich, dass das Potenzial von Migration sich nur entfalten kann, wenn es allen drei Parteien zugute kommt – zunächst den Migranten, dann dem Aufnahmeland durch ihre soziale Integration und auf dieser Basis schließlich dem Herkunftsland auf der Grundlage von Engagement, Kompetenz und Ressourcenreichtum der Migranten – und dafür ist die Gewährung eines gefestigten Aufenthaltsstatus von zentraler Bedeutung. Die Integration von Migranten würde unseres Erachtens auch „**Brain Circulation**“ fördern.
- In diesem Zusammenhang ist auch die Zulassung der **doppelten Staatsbürgerschaft** von Bedeutung. Der Verlust der Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes bei der Einbürgerung in Deutschland führt dazu, dass Diasporamitglieder oftmals mit höheren Hürden zu kämpfen haben, wenn sie sich in ihrem Herkunftsland engagieren: dem Verlust des Wahlrechtes sowie dem Verlust des Rechtes, Grund und Boden zu erwerben, und der Visumpflicht bei der Einreise. Die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft kann daher auch eine angemessene Strategie sein, um das Engagement der in Deutschland niedergelassenen Zuwanderer bei der Entwicklung ihrer Herkunftsländer zu unterstützen.

In der Konsequenz dessen liegt, dass eine Migrations- und Integrationspolitik mit der Zielsetzung der sozialen Integration der absehbar dauerhaft im Lande verbleibenden Migranten zusammen mit einer Politik, die die Migrantendiaspora in ihrem Engagement für ihr Herkunftsland im Sinne der hier vorgeschlagenen Richtung unterstützt, zugleich Teil einer guten Entwicklungspolitik ist, die eben an die **Ressourcen der Betroffenen** selbst anschließt und für Entwicklung zu mobilisieren versucht. In diesem Zusammenhang ist bedeutsam, dass nach unserem Eindruck eine Reihe der Migranten in den Diasporagemeinden und ihre Netzwerke über spezifisches und wertvolles Wissen verfügen, das in dieser Perspektive bei der Entwicklung künftiger entwicklungspolitischer Strategien aufgegriffen werden sollte. Daher sollte man darüber nachdenken, in welcher Weise Vertreter der Diasporagemeinden zukünftig in **konsultativer Funktion** stärker in die Entwicklungspolitik einbezogen werden können.

F) Internationale Kooperation

- Nicht nur auf der nationalen Ebene im Aufnahmeland, sondern international stellt eines der wichtigsten Themen im Zusammenhang mit den Aktivitäten von Diasporagemeinden ihre **Rücküberweisungen** dar. Wie von vielen internationalen Organisationen mittlerweile angeregt, gilt es, durch internationale Kooperationen transparente und vor allem kostengünstigere Systeme des Geldtransfers zu entwickeln. Soweit dies Rücküberweisun-

gen zum Aufbau von Infrastruktur (besonders in ländlichen Regionen) betrifft, können hier Ko-Finanzierungsprogramme eine wichtige Rolle spielen. Diese könnten beispielsweise auf die jahrelange Erfahrung des „Tres por uno“-Programms in Mexiko oder auch auf EU-Finanzierungsprogrammen aufbauen. Entscheidend für den Erfolg solcher Projekte ist jedoch, dass die Projektleitung von den lokalen Gemeinschaften und/oder der Diasporagemeinschaft übernommen wird, um so Vertrauen zu schaffen und damit Investitionen zu stimulieren.

- Sinnvoll wäre zudem ein **internationaler (oder bilateraler) Austausch** mit Staaten, die ihrerseits Aufnahmeländer größerer Diaspora-Gemeinden unterschiedlicher Herkunft sind. So wäre etwa im Fall Serbien ein Vergleich der Aktivitäten und Erfahrungen der Serben in den USA in ihrem Herkunftsland sowie der Bedeutung dieser Diaspora für die Entwicklung in Serbien mit den Erfahrungen in Deutschland sicher aufschlussreich für ein genaueres Verständnis des Verhältnisses zwischen Diaspora und Herkunftsland und seine entwicklungspolitische Bedeutung.

Darüber hinaus könnte, wie von Vertretern der ägyptischen Diaspora gewünscht, die Unterstützung einer **internationalen Vernetzung** der ägyptischen Diaspora ein Ansatz sein, der bilateral oder auch international ausführlicher im Hinblick auf seine Potenziale diskutiert werden sollte.

Literaturverzeichnis

AASF (Afrikanisch-Asiatische Studienförderung e.V.) (2002) – „Afghanistan – Hoffnung und Perspektiven“, Jahrbuch 2002, Beiträge zu einem interkulturellen Wissenschaftsverständnis und zu den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Frankfurt am Main: IKO-Verlag.

Adams, R. H. (2003) – “International Migration, Remittances, and the Brain Drain”, Washington DC: The World Bank, Poverty Reduction and Economic Management Network, Poverty Reduction Group: 29.

Adamson, F. B. (2002) – “Mobilizing for the transformation of home. Politicized identities and transnational practices”, in *New Approaches to Migration? Transnational communities and the transformation of home*, hg. von Nadjeh Al-Ali und Khalid Koser, London and New York: Routledge. S. 155 – 169.

AGEF (2002) – „Analyse des Fachkräftepotenzials unter afghanischen Migrantinnen und Migranten in Deutschland: Ausgewählte Ergebnisse und Empfehlungen“, Unveröffentlichte Studie, erstellt im Auftrag der ZAV und des BMZ.

Al-Ali, N. (2002) – “Trans- or a-national? Bosnian refugees in the UK and the Netherlands”, in *New Approaches to Migration? Transnational communities and the transformation of home*, hg. von Nadjeh Al-Ali und Khalid Koser, London and New York: Routledge. S. 96 – 118.

Anderson, B. R. (1998) - „The Spectre of Comparisons. Nationalism, Southeast Asia, and the World“, London & New York: Verso.

Anwar, M.; Blaschke, J.; Sander, Å. (2004) - “State Policies Towards Muslim Minorities: Sweden, Great Britain and Germany”. Berlin.

Arendt-Rojahn, V.; Buchberger, E.; El-Mogaddedi, B.; Freckmann, H.; Pfaff, V. (2005) – „Rückkehr nach Afghanistan. Unter welchen Umständen können Flüchtlinge zurückkehren?“, Bericht über eine Untersuchung in Afghanistan im Zeitraum März/April 2005.

Balakrishnan, J. (2003) – „Capacity Development for RRR & Development in North and East of Sri Lanka“, in „Wenn es in der Heimat um Krieg und Frieden geht: Die Rolle der Diaspora in Krisenentwicklung und ziviler Konfliktberatung. Dokumentation einer Tagung der Loccumer Protokolle 70/03“, hg. von Jörg Calließ. Rehbürg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum. S. 211 – 239.

Biao, X. (2005) – “Promoting Knowledge Exchange through Diaspora Networks (The Case of People's Republic of China)”, Oxford: ESRC, Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS): 101.

Bieber, F. (2005) – „Nationalismus in Serbien vom Tode Titos bis zum Ende der Ära Milošević“, Wien: Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut.

Bommes, M. (2003) – „Der Mythos des transnationalen Raumes. Oder: Worin besteht die Herausforderung des Transnationalismus für die Migrationsforschung?“, in Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat, Leviathan, Sonderheft 22, hg. von Dietrich Tränhardt und Uwe Hunger. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 90 – 117.

Bommes, M. (1999) – „Migration und nationaler Wohlfahrtsstaat. Ein differenzierungstheoretischer Versuch“, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Braakmann, M. (2005) – “Roots and Routes. Questions of Home, Belonging and Return in an Afghan Diaspora”, Leiden University.

Brainard, L. A.; Brinkerhoff, J. M. (2003) – “Digital Diasporas and Human Rights: Strengthening National Governments”, in Occasional Paper Series, The GW Center for the Study of Globalization: 17.

Brieden, T. (1996) – „Konfliktimport durch Immigration: Auswirkungen ethnischer Konflikte im Herkunftsland auf die Integrations- und Identitätsentwicklung von Immigranten in der Bundesrepublik Deutschland“, Hamburg: Kovac'.

Carling, N. (2005) – „Migrant remittances and development cooperation“, International Peace Research Institute, Report I/2005, Oslo.

Cassanelli, L. (2001) – „Diaspora und Entwicklung. Potenziale und Grenzen des diasporagestützten Entwicklungswegs“, epd-Entwicklungspolitik 23/24.

Centlivres-Demont, M. (2000) – „Die afghanische Diaspora in Europa“, in Afghanen im Exil, Identität und politische Verantwortung, Ev. Akademie Iserlohn, Tagungsprotokolle.

Central Intelligence Agency (2006) - The World Factbook 2006, Washington D.C.: CIA.

Cohen, R. (1999) – “Global diasporas”, Oxon: Routledge.

Conversi, D. (2000) – “Central Secession: Toward a New Analytical Concept? The case of Former Yugoslavia”, in Journal of Ethnic and Migration Studies 26(2): 333 - 357.

Daume, H. (2004) – „Afghanische Hindus und ihr Tempel in Hamburg-Rothenburgsort“, in Ethnoscripts (6/2004), S. 162-181.

De Haas, H. (2006) – “Engaging Diasporas - How governments and development agencies can support diaspora involvement in the development of origin countries”, A study for Oxfam Novib, June 2006.

Delwari, N. (2004) – “Migration and Development. Working with the Diaspora. The affect of Immigrant Remittances on the Economy of Afghanistan”.

ECORYS (Hg.) (2005) – „Study on improving the efficiency of workers' remittances in Mediterranean countries“, Rotterdam: ECORYS.

Elwert, G. (2002) – „Unternehmerische Illegale. Ziele und Organisationen eines unterschätzten Typs illegaler Einwanderer“, IMIS-Beiträge 19: 7 - 21.

European Council on Refugees and Exiles (ECRE) (Hg.) (2001) – Presentation on behalf of ECRE to European Union High Level Working Group on Afghanistan. www.ecre.org/speeches/hlwgafg.shtml.

Fair, C. (2005) – “Diaspora Involvement in Insurgencies: Insights from the Khalistan and Tamil Eelam Movement”, in *Nationalism and Ethnic Politics* 11:125 – 156.

Faist, T. (1997) – „Migration und Transfer sozialen Kapitals oder: Warum gibt es relativ wenige internationale Migranten?“, in *Transnationale Migration, Soziale Welt, Sonderband*, hg. von Ludger Pries, Baden-Baden: Nomos-Verlag, S. 63 – 85.

Fargues, P. (2005) – “How Many Migrants, from and to, Mediterranean Countries of the Middle East and North Africa?”, Florence, Euro-Mediterranean Consortium for Applied Research on International Migration, CARIM-AS 2005 16: 28.

Fargues, P. (Hg.) (2005) – “Mediterranean Migration – 2005 Report”, Euro-Mediterranean Consortium for Applied Research on International Migration, European University Institute, Florenz.

Frykman, M. P. (2002) – “Homeland lost and gained. Croatian diaspora and refugees in Sweden”, in *New Approaches to Migration? Transnational communities and the transformation of home*, hg. von Nadje Al-Ali und Khalid Koser. London and New York: Routledge. S. 118 - 138

Gaillard, J.; Gaillard, A. M. (1997) – „The International Mobility of Brains: Exodus or Circulation?“ in *Science, Technology and Society* 2: 195 - 228.

Gehrig, T. (2004) – „Randzonen des Rechts. Afghanische Erfahrungen mit dem Asyl in Deutschland“, in: *Ethnoscripts* 6/2004 (1).

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (1995) - Fachkräfteprogramm Afghanistan, Schlussbericht.

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (2004) – „Migration und Entwicklung“, in Heft des Expertentreffens „Kooperation mit der Diaspora - ein neuer Weg für die Internationale Zusammenarbeit?“, 3./4. Mai 2004, Berlin.

Gesemann, F. (1995) - „Ägyptische Migranten in Deutschland - Materialien zur Geschichte und Entwicklung einer arabischen Minderheit“, Berlin, Edition Parabolis.

Glatzer B. (2005) – „Afghanistan – Staat im Umbruch“, in *Entwicklung & Ländlicher Raum* 6: 11-13.

Glatzer, B. (2003) – „Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse: Afghanistan“, im Auftrag der FES und GTZ.

Glick-Schiller, N.; Basch, L.; Szanton, C. B. (1997) – „From Migrant to Transmigrant: Theorizing Transnational Migration“, in *Internationale Migration*, hg. von Ludger Pries, Baden-Baden: Nomos-Verlag, S. 121 – 141.

Global Commission on International Migration (2005) – “Migration in an interconnected world: New directions for action”, Final report.

Glytsos, N. P. (1997) – “Remitting Behaviour of Temporary and Permanent Migrants: The Case of Greeks in Germany and Australia”, *Labour* 11 (3): 409-435.

Goldring, L. (1997) – „Power and Status in Transnational Social Spaces”, in *Transnationale Migration*, hg. von Ludger Pries, Baden-Baden: Nomos-Verl. S. 179 – 197.

Guarnizo, L. E.; Portes, A.; Haller, W. (2003) – „Assimilation and Transnationalism: Determinants of Transnational Political Action among Contemporary Migrants”, in *American Journal of Sociology* 108: 1211 - 49.

Haberl, O. N. (1978) – „Die Abwanderung von Arbeitskräften aus Jugoslawien. Zur Problematik ihrer Auslandsbeschäftigung und Rückführung“, München, R. Oldenbourg Verlag.

Haidari, M. A. (2004) – “Rebuilding Afghanistan: The Diaspora Role”, in *The Asian Magazine* 10(09).

Hammar, T. (1989) – “State, Nation and Dual Citizenship” in *Immigration and the Politics of Citizenship in Europe and North America*, hg. von Rogers W. Brubaker, Boston and London: University Press of America, S. 81 - 97.

Hansen, P. (2004) – „Migrant Remittances as a Development Tool: The Case of Somaliland”, IOM Migration policy research, Working Papers Series 3.

Hillmann, F.; Hedwig, R. (1997) – „S(Z)eitenwechsel - Internationale Mobilität Hochqualifizierter am Beispiel Polen“, in *Transnationale Migration*, hg. von Ludger Pries. Baden-Baden: Nomos-Verl. S. 245 – 265.

Hockenos, P. (2003) – “Homeland Calling. Exile Patriotism and the Balkan Wars”, Ithaca & London: Cornell University Press.

Horr, M.; Klein H. G., Pezaro A., Schönmeier, H. (1989) – „Fachkräfteprogramm Afghanistan.“ Band III Kurzbericht, Saarbrücken, Universität des Saarlandes, Forschungsstelle für Entwicklungsplanung (SFE).

Hötzeldt, A.; Pugliese, E. (2004) – „Draft Report. The Afghan Diaspora in Germany“, Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung.

Hunger, U. (2003a) – „Brain drain oder brain gain: Migration und Entwicklung“, in *Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat*, hg. von Dietrich Thränhardt und Uwe Hunger: Leviathan, Sonderheft, S. 58 – 76.

Hunger, U. (2003b) – „Migration im Wettbewerbstaat“, Opladen: Leske + Budrich.

Ibrahim, B.; Ibrahim, F. (2000) – „The Contribution of Immigrants towards Processes of Globalization in Germany - The Example of the Egyptian Copts“, in *Migration aus Nordafrika, Ursachen und Probleme*, hg. von M. Koller, Neuried: ars una, S. 99 - 132.

Ibrahim, F. (2005 (forthcoming)) – “The Egyptian Coptic Diaspora in Germany - A Study in Local Cultural Vitality. Religion in the Context of African Migration”, hg. von A. Adogame und C. Weisskoppel, Bayreuth.

Internationaler Währungsfonds (2005) – „Balance of Payments Statistics Yearbook 2005“, New York: IWF.

IOM (2003) – “Data on Migration and Development Report”, IOM's International Dialog on Migration, S. 1 – 12.

IOM (2005) – “International Dialogue on Migration; Mainstreaming Migration into Development Policy Agendas”, in cooperation with the UK Department for International Development and the Netherlands Ministry of Foreign Affairs, results of a workshop held on 2-3 February 2005 in Geneva.

IOM (2005) – “Engaging Diasporas as Agents of Developments”, results of the survey.

Jajayery, L. (2002) – “The Migration-Development Nexus: Afghanistan Case Study”, in *International Migration* 40 (5): 231-254.

Jelasic, R. (2004) – „Remittances: macro, micro, and socioeconomic impact“, Vortrag beim Expertentreffen „Kooperation mit der Diaspora - ein neuer Weg für die Internationale Zusammenarbeit?“, 3./4. Mai 2004, GTZ, Berlin.

Jäger, T.; Reso, J. (1999) – „Zur sozialen Situation der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland“, in: <http://www.proasyl.de/lit/bosnien/text1.htm>.

Koc, I.; Onan, I. (2004) – “International Migrants' Remittances and Welfare Status of the Left-Behind Families in Turkey”, in *International Migration Review* 38(1): 78 - 113.

Koopmans, R.; Statham P. (2003) – „How National Citizenship Shapes Transnationalism: Migrant and Minority Claim-making in Germany, Great Britain and the Netherlands“, in *Toward Assimilation and Citizenship: Immigrants in Liberal Nation-States*, hg. von Christian Joppke und Ewa Morawska, Basingstoke and New York: Palgrave Macmillan, S. 195 – 238.

Koser, K. (2002) – „From refugees to transnational communities?“ in *New Approaches to Migration? Transnational communities and the transformation of home*, hg. von Nadjie Al-Ali und Khalid Koser, London and New York: Routledge. S. 138 – 153.

Koser, K.; Van Hear, N. (2003) – “Asylum Migration and Implications for Countries of Origin”, Discussion paper No. 2003/20, United Nations University, WIDER World Institute for Development Economics Research.

Levitt, P. (1998) – „Social Remittances: A Local-Level, Migration-Driven Form of Cultural Diffusion“, in *International Migration Review* 32: 926 - 949.

Levitt, P. (2003) – „You Know, Abraham was Really the First Immigrant“, *Religion and Transnational Migration*, in *International Migration Review* 37: 847 - 874.

Lucas, R. E. B.; Stark, O. (1985) – “Motivations to Remit: Evidence from Botswana”, in *Journal of Political Economy* 93 (5): 901-918.

Luhmann, N. (2000) – „Organisation und Entscheidung“, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Mahler, S. J. (1998) – „Theoretical and Empirical Contributions Toward a Research Agenda for Transnationalism“, in *Transnationalism from Below*, hg. von Michael Peter Smith und Luis Eduardo Guarnizo, New Brunswick and London: Transaction Publishers, S. 64 – 103.

Malac'ic, J. (1996) – „Arbeitsmigration aus Ex-Jugoslawien“, in *Migration in Europa, Historische Entwicklung, aktuelle Trends und politische Reaktionen*, hg. von H. Fassmann und R. Münz, Frankfurt/New York: Campus. S. 231 - 245.

Martin, P. L. (2004) – „Migration and Development: Toward Sustainable Solutions“, Geneva: International Institute for Labour Studies: 29.

Massing, S. (2003) – „Der Afghanistan-Konflikt: Chronik der Ereignisse von 1973-2003“, <http://www.suedasien.net/laender/afghan/geschichte.htm>.

Meyer, J. B. (2001) – „Network Approach versus Brain Drain: Lessons from the Diaspora“, in *International Migration* 39: 91 - 111.

Münz, R.; Straubhaar, T.; Vadean, F.; Vadean, N. (2006) – „The Costs and Benefits of European Immigration“, HWWI Policy Report No. 3 (forthcoming), Hamburg: HWWI.

Naby, E. (2005) – “The Afghan Diaspora: reflection on the imaged country“, in *Central Asia and the Caucasus*, S. 169-183.

Nassery, H. G. (2003) – “The Reverse Brain Drain: Afghan-American Diaspora in Post-Conflict Peacebuilding and Reconstruction“, www.aisk.org/reports/diaspora.pdf (14.11.2005).

Newland, K. (2003) – „Migration as a Factor in Development and Poverty Reduction“, Migration Information Source, Migration Policy Institute, Washington.

O'Neil, K. (2003) – “Discussion on Migration and Development: Using Remittances and Circular Migration as Drivers for Development“, summary report, Migration Policy Institute, Washington.

Ostergaard-Nielsen, E. (2002) – „Working for a solution through Europe. Kurdish political lobbying in Germany“, in *New Approaches to Migration? Transnational communities and the transformation of home*, hg. von Nadje Al-Ali und Khalid Koser, London and New York: Routledge, S. 186 – 202.

Ostergaard-Nielsen, E. (2003) – “International Migration and Sending Countries: Key Issues and Themes“, in *International Migration and Sending Countries, Perceptions, Policies and Transnational Relations*, hg. von E. Ostergaard-Nielsen, New York: Palgrave Macmillan. S. 3 - 33.

Pellegrino, A. (2001) – „Trends in Latin American Skilled Migration: "Brain Drain" or "Brain Exchange"?" in *International Migration* 39: 111 - 132.

Portes, A.; Haller, W. J.; Guarnizo, L. E. (2002) – „Transnational Entrepreneurs: An Alternative Form of Immigrant Economic Adaptation“, in *American Sociological Review* 67: 278 - 298.

Pribilski, J. (2004) – ‚'Apredemos a convivir': conjugal relations, co-parenting, and family life among Ecuadorian transnational migrants in New York City and the Ecuadorian Andes“, in *Global Networks* 4: 313 - 334.

Radtke, K. (2003) – „Diaspora und Konfliktfinanzierung: Die moralische Ökonomie des Bürgerkrieges in Sri Lanka“, in „Wenn es in der Heimat um Krieg und Frieden geht“, Die Rolle der Diaspora in Krisenentwicklung und ziviler Konfliktberatung, Dokumentation einer Tagung der Loccumer Protokolle 70/03, hg. von Jörg Calließ, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum, S. 245 – 263.

Röben, B. (2004) – „Afghanische Diaspora – ‚wichtige Größe‘ in der Entwicklungszusammenarbeit.“ in *Zeitschrift Entwicklungspolitik* 17/2004.

Safran, W. (1991) – „Diasporas in modern Societies: Myths of Homeland and Return“, in *Diaspora* 1: 83 - 99.

Sawi, A. (2005) – „Egypt: the Political and Social Dimension of Migration“, in *Mediterranean Migration Report*, hg. von P. Fargues, Florence, European University Institute, S. 105 - 109.

Schetter, C. (2004) – „Kleine Geschichte Afghanistans“, München.

Schmidt-Fink, E. (2001) – „Ausländer in Deutschland“, *Isoplan* 17(2).

Sheffer, G. (Hg.) (1986a) – „Modern Diasporas in International Politics“, New York: St. Martin's Press.

Sheffer, G. (1986b) – „Political Aspects of Jewish Fundraising for Israel“, in *Modern Diasporas in International Politics*, hg. von Gabriel Sheffer, New York: St. Martin's Press. S. 258 – 294.

Sheffer, G. (2003) – „Diaspora Politics: at Home Abroad“, Cambridge: Cambridge University Press.

Simeunovic, D. (1997) – „Migration und sozioökonomische Transformation in Jugoslawien/Serbien“, in *Migration und sozioökonomische Transformation in Südosteuropa*, hg. von W. Heller, München: Südosteuropa-Ges. 59. S. 283 - 295.

Skrbis', Z. (2000) – „Long-distance nationalism. Diasporas, Homelands and Identities“, Aldershot: Ashgate.

Smith, R. C. (2003) – „Migrant Membership as an Instituted Process: Transnationalization, the State and the Extra-Territorial Conduct of Mexican Politics“, In *International Migration Review* 37: 297 - 344.

Smith, R. C. (1998) – „Transnational Localities: Community, Technology and the Politics of Membership within the Context of Mexico and U.S. Migration“, in *Transnationalism from Below*, hg. von Michael Peter Smith und Luis Eduardo Guarnizo, New Brunswick and London: Transaction Publishers. S. 196 – 241.

Steinbeis, M. (2001) – „Größte Afghanen-Gemeinde Europas lebt in Hamburg“, *Handelsblatt*, 12.10.2001, Düsseldorf.

Stichweh, R (2000) – „Soziologie des Vereins. Strukturbildung zwischen Lokalität und Globalität“, in *Organisierte Privatinteressen, Vereine in Österreich*, hg. von Emil Brix und Rudolf Richter, Wien: Passagen Verlag. S. 19-31.

Straubhaar, T.; Vadean, F. (2006) – „International Migrant Remittances and their Role in Development“, in *International Migration Outlook: SOPEMI 2005*.

Stroux, S. (2002) – „Afghanische Teppichhändler in der Hamburger Speicherstadt“, in *Ethnoscripts* 4/2002 (1).

Tietjens, H. (2002) – „Rückkehrerprojekte für in Deutschland lebende Afghanen/-innen im Bereich der Erwachsenenbildung“, Institut für internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschulverbandes (IIZ/DVV), Institut für international und interkulturell vergleichende Erziehungswissenschaft, Arbeitsbereich Interkulturelle Bildungsforschung der Universität Hamburg.

Van Hear, N. (2002) – „From ‚Durable Solution‘ to Transnational Relations. Home and Exile among Refugee Diasporas“, Centre for Development Research Copenhagen, CDR-Working Paper 02.9.

Vertovec, S. (2005) – „The political Importance of Diasporas“, Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS), University of Oxford, Working paper 13.

Wayland, S. (2004) – „Ethnonationalist Networks and Transnational Opportunities: The Sri Lankan Tamil Diaspora“, in *Review of International Studies* 30: 405 - 426.

Weber, M. (1972) – „Wirtschaft und Gesellschaft“, 5. rev. Auflage, Tübingen: Mohr.

Weltbank (2004) – „The Financial Sector in Afghanistan, South Asia Finance and Private Sector Unit“, Washington, D.C.

Weltbank (2005) – „Global Economic Prospects 2006: Economic Implications of Remittances and Migration“, International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank, Washington, DC.

Weltbank (2005) – „The Investment Climate in Afghanistan, South Asia Finance and Private Sector Unit“, Washington D.C.

Wimmer, A.; Glick-Schiller, N. (2003) – „Methodological Nationalism, the Social Sciences, and the Study of Migration: An Essay in Historical Epistemology”, in *International Migration Review* 37: 576 - 611.

Zamani, S. (1998) – „Afghanen in Berlin“, Afghanisches Kommunikations- und Kulturzentrum e.V.

Zohry, A. (2003) – „Contemporary Egyptian Migration 2003“, Italia Cooperation and International Organization for Migration (IOM).

Zohry, A.; Harrell-Bond, B. (2003) – “Contemporary Egyptian Migration: An Overview of Voluntary and Forced Migration”, Brighton, Working paper, C3, American University of Cairo, Development Research Center on Migration, Globalization and Poverty: 72.

Zulfacar, M. (1998) – “Afghan Immigrants in the USA and Germany: a Comparative Analysis of the Use of Ethnic Social Capital”, Münster.

HWWI Research Papers

des HWWI-Kompetenzbereiches „Migration – Migration Research Group“

4. Arbeitsmarkt und Migration – eine empirische Analyse der Lohn- und Beschäftigungseffekte der Zuwanderung in Deutschland
Max Steinhardt
Hamburg, November 2006

3. Peer Effects, Social Multipliers and Migration at School: An International Comparison
Horst Entorf, Martina Lauk
Hamburg, July 2006

2. The Impact of Student Diversity in Secondary Schools. An Analysis of the International PISA Data and Implications for the German Education System
Katharina Michaelowa, Jean Bourdon
Hamburg, July 2006

1. Migration and Innovation. Does Cultural Diversity Matter for Regional R&D Activity?
Annekatriin Niebuhr
Hamburg, July 2006

Das **Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)** ist ein gemeinnütziger, unabhängiger Think Tank mit den zentralen Aufgaben:

- die Wirtschaftswissenschaften in Forschung und Lehre zu fördern,
- eigene, qualitativ hochwertige Forschung in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu betreiben,
- sowie die Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und die interessierte Öffentlichkeit über ökonomische Entwicklungen unabhängig und kompetent zu beraten und zu informieren.

Das HWWI betreibt interdisziplinäre Forschung in den folgenden Kompetenzbereichen: Wirtschaftliche Trends und Hamburg, Internationaler Handel und Entwicklung, Migration – Migration Research Group sowie Internationale Klimapolitik.

Gesellschafter des im Jahr 2005 gegründeten Instituts sind die Universität Hamburg und die Handelskammer Hamburg.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Neuer Jungfernstieg 21 | 20354 Hamburg

Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 76

infowww.hwwi.org